Mittwoch, 17. Dezember 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. (0 20 54) 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 293 - 51. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 850 Tl.

Heute in der WELT

Nichts geht mehr ohne Innovation

Alle reden von Innovation. Kaum jemand weiß, was es damit auf sich hat und welche Bedeutung der Schöpfungskraft der Wirtschaft überhaupt zukommt. Die WELT hat in Zusammenarbeit mit dem Institut für Innovations- und Kommunikationsforschung (IIK), Münster, die Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer der größten deutschen Kapitalgesellschaften gefragt. Resultat: Die deutsche Wirtschaft ist in die Weltspitze aufgerückt. Die Forderung der Wirtschaft: Schranken auf für weitere Innovationen! Seite 12.

Morgen in der WELT

Organspende und Transplantation

Das Leben vieler Patienten könnte durch mehr Organspenden gerettet werden. Obwohl 1986 die Zahl der Transplantationen angestiegen ist, kann der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden. Kann der Notstand durch ein Transplantationsgesetz beseitigt werden? Wird ein internationales Datenverbundsystem in der Lage sein, bessere Entscheidungshilfen für die Verteilung der gespendeten Organe zu schaffen?

POLITIK

Abkommen: Nach 13 Monate dauernden Verhandlungen haben die Türkei und die USA ihre Gegensätze überbrückt und ein neues Verteidigungsabkommen paraphiert. Ankara erwartet eine höhere Militärhilfe zu günstigeren Bedingungen als bisher.

Handelskrieg? US-Marineminister John Lehman hat von Washington Wirtschaftssanktionen gegen Neuseeland gefordert, weil sich das Land weigert, amerikanische Kriegsschiffe mit Atombetrieb oder Atomwaffen an Bord in seine Häfen einlaufen zu lassen.

Freizeit: Die 2,7 Millionen Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden erhalten vom kommenden Jahr an zusätzlich zwei freie Tage. Die jetzt in Kraft tretende Arbeitszeitverkürzung war von den Tarifparteien bereits 1984 ausgehandelt worden.

Prüfstand: Das Bundesverfassungsgericht hat mit der Prüfung einer Verfassungsbeschwerde gegen den Bau der Daimler-Benz-Teststrecke Boxberg begonnen. Stuttgarts Landwirtschaftsminister Weiser erhofft sich von dem Bau wirtschaftlichen Aufschwung im Main-Tauber-Kreis. (S. 4)

Risiken: Bereits in den 70er Jahren hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen öffentlich-rechtliche Kreditinstitute auf die Risiken ihres Engagements bei der Neuen Heimat hingewiesen. Das wurde gestern im Bundestag bekannt. (S. 8)

Diepgen: Die britische Premierministerin Thatcher hat den Berliner Regierenden Bürgermeister Diepgen zu einem Meinungsaustausch empfangen. Statusrechtliche Fragen eines offiziellen Besuchs von Diepgen in Ost-Berlin standen im Mittelpunkt.

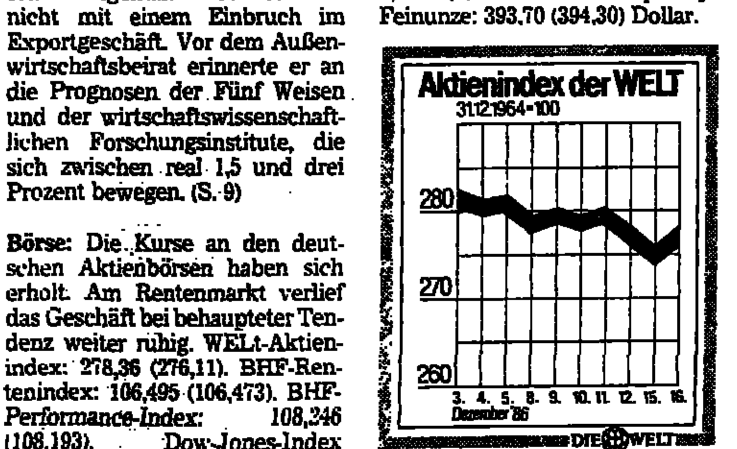
Transit: Das am 17. Dezember 1971 zwischen Bonn und Ost-Berlin abgeschlossene Transitabkommen hat sich nach Auffassung der im Bundestag vertretenen Parteien bewährt. Es habe dazu beigetragen, die Lage in und um Berlin zu stabilisieren.

Verurteilt: Wegen Beihilfe zum Mord in 161 Fällen ist der ehemalige SS-Hauptsturmbannführer Friedrich Paulus in Frankfurt zu vier Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Der heute 81jährige hatte im Frühjahr 1940 an einer Vergeltungsaktion in der Nähe von Lublin teilgenommen.

WIRTSCHAFT

Impulse: Bundeswirtschaftsminister Bangemann rechnet 1987 nicht mit einem Einbruch im Exportgeschäft. Vor dem Außenwirtschaftsbeirat erinnerte er an die Prognosen der Fünf Weisen und der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die sich zwischen real 1,5 und drei Prozent bewegen. (S. 9)

Börse: Die Kurse an den deutschen Aktienbörsen haben sich erholt. Am Rentenmarkt verlief das Geschäft bei behaupteter Tendenz weiter ruhig. WELt-Aktienindex: 278,36 (276,11). BHF-Rentenindex: 106,495 (106,473). BHF-Performance-Index: 108,246 (108,193). Dow-Jones-Index (15.12.): 1922,80. Dollarmittelkurs: 2,0232 (2,0143) Mark. Goldpreis je Feinunze: 393,70 (394,30) Dollar.



KULTUR

Literatur: Es ist eine frische Brise, sehr angenehm in der Wirkung und ziemlich unberechenbar in ihrer Entwicklung – Italiens Autoren erfreuen sich, spätestens seit der Frankfurter Buchmesse, zunehmender Beliebtheit. (S. 19)

Broch: Großer Aufwand und geringer Gewinn. „Aus der Luft gegriffen", Hermann Brochs Hochstapler-Komödie, vor 50 Jahren geschrieben, ist von Fred Berndt im Berliner Schiller-Theater inszeniert worden. (S. 19)

SPORT

Tennis: Eric Jelen, hinter Boris Becker Zweiter der deutschen Rangliste und bei den nationalen Hallenmeisterschaften in Mainz an Nummer 1 gesetzt, mußte gestern wegen einer Stirnhöhlen-Vereiterung absagen. (S. 7)

Ski Alpin: Dem Italiener Ivano Edalini gelang beim Slalom in Madonna die Campiglio der erste Weltcup-Sieg. Die deutschen Fahrer Armin Bittner, Stefan Pistor und Florian Beck überraschten mit den Rängen 7, 11 und 13. (S. 7)

AUS ALLER WELT



Lottokönig: Vor 30 Jahren gewann Walter Knoblauch (Foto) eine halbe Million und dann noch einmal 300 000 Mark. An seinem Hotel ließ er ein Schild anbringen: „Wegen Reichtum geschlossen". Heute erhält er Sozialhilfe. Wie gewonnen, so zerronnen. (S. 20)

„Klangkörper": Tschaikowsky, die Beatles oder Benny Goodman waren von der Konzerthalle begeistert. Nach sieben Monaten Renovierungsarbeiten ist die New Yorker Carnegie Hall mit einer Gala wieder eröffnet worden. (S. 20)

Reagan forciert Aufklärung über Hintergründe der Affäre

Aussageerlaubnis für seinen Stabschef / CIA-Chef erlitt Hirnschläge

D. SCHULZ/DW. **Washington**

Die Iran-Affäre sorgt für wachsende Nervosität im Weißen Haus. Berichte, daß Gelder aus dem Waffengeschäft zur Finanzierung der Wahlkämpfe konservativer Kandidaten und Bekämpfung von Gegnern der Mittelamerika-Politik des Präsidenten ausgegeben worden sein sollen, haben eine hochbrisante innenpolitische Situation geschaffen. Sollten die Vorwürfe zutreffen, wären die Ausmaße eines Skandals erreicht, der einen Vergleich mit der Watergate-Affäre herausfordern würde.

Die angeblich unmittelbar Beteiligten, das entlassene Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats, Oberstleutnant North, und der Chef mehrerer obskurer konservativer Organisationen, Carl Channell, schwiegen sich aus oder waren unauffindbar. Patrick Buchanan, der Direktor der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit im Weißen Haus, sagte, er habe an Treffen zwischen North und Channell teilgenommen; von Geldern aus den Waffenlieferungen sei dabei jedoch nicht die Rede gewesen.

Larry Speakes, der Pressesprecher des Präsidenten, versicherte: „Wenn öffentliche Gelder auf illegale Weise zur Finanzierung von Wahlkämpfen verwendet worden sein sollten, so würde das Weiße Haus dafür sorgen, daß die Verantwortlichen so schnell wie möglich zur Rechenschaft gezogen werden."

Präsident Reagan hat seinem Stabschef Donald Regan erlaubt, unter Eid in öffentlicher Sitzung vor einem Kongreßausschuß auszusagen. Die Stabs- oder Amtschefs des Weißen Hauses erscheinen normalerweise nicht vor solchen Ausschüssen. Reagans Entscheidung kann zweierlei bedeuten: Er weiß um die Gefährdung der eigenen Position und möchte dem Eindruck entgegentreten, er versuche die Untersuchungen zu sabotieren, oder er ist sich sicher, daß Donald Regan nichts zu sagen hat. Dies könnte die Lage jedoch weiter verschlimmern.

SEITE 2:
Zwei Krisen

Der Geheimdienstausschuß des Senats hat geheime Anhörungen von Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger und Justizminister Meese angekündigt. CIA-Chef Casey konnte gestern nicht verhört werden, weil er zwei leichtere Gehirnschläge erlitten hat.

Der Leiter der politisch-militärischen Abteilung des Nationalen Sicherheitsrates, Howard Teicher, ist zurückgetreten. Dies meldete die „Jerusalem Post". Er soll im Mai mit dem damaligen Sicherheitsberater McFarlane und Oberstleutnant North nach Teheran gereist sein. Beide wurden angeblich von Amiram Nir, einem Berater des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Peres, begleitet.

Unterdessen ist ein Bericht des Pentagon bekannt geworden, in dem es heißt, die Sowjets hätten 1980 unmittelbar an der Nordgrenze nach Iran die Besetzung des Landes geübt. Zu dieser Zeit befanden sich amerikanische Botschaftsangehörige in Teheraner Geiselhaft. Präsident Carter habe daraufhin eine „energische Botschaft" an den Kreml gerichtet, hieß es in der „New York Times".

DER KOMMENTAR

Zwei Seelen

HEINZ HECK

Wer zwei Hüte trägt, gerät leicht in Gefahr, mit zwei Zungen zu sprechen. Das ist – zumindest für die Öffentlichkeit – so lange unbeachtlich, wie nicht jemand mit der Autorität eines hohen Amtes noch dazu in einer zentralen politischen Frage an die Öffentlichkeit tritt.

Die charmante und streitbare Vizepräsidentin der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit läßt sich nicht selten als Gegenstimme ihres eigenen Hauses vernehmen. Unterschiedliche Interpretationen bestimmter Sachverhalte müssen auch in steigender Wahlkampfhitze zu ertragen sein. Doch bei der unterschiedlichen Wiedergabe von Fakten hört die Gemütlichkeit auf.

Nach raschen und durchschlagenden Erfolgen der seit Herbst 1982 verfolgten Wirtschafts- und Finanzpolitik etwa bei Preisstabilität, Zinsentwicklung und Abbau der Haushaltsdefizite hat sich eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erst spät und nicht so überzeugend eingestellt, wie es die Regierungskoalition erwartet – und zum Teil angekündigt – hatte. Zweifellos hatte man die Schwierigkeiten beim Stoppen der rasanten Talfahrt unterschätzt.

Die Opposition sieht nun, nachdem alle ihre Prognosen der Düsternis und des „Kaputtsparens" für jedermann sichtbar mit der wirtschaftlichen Realität nichts gemein haben, auf dem Arbeitsmarkt die Achillesferse der Regierung, der es nicht gelungen ist, den Arbeitsmarkt gleichsam über Nacht leerzufegen. Wenn sie sich dazu einer Expertin bedienen kann, umso besser für die SPD, könnte man meinen.

Oder vielleicht doch nicht? Denn wer seine argumentativen Breitseiten auf der zweiten Stelle hinter dem Komma fährt, könnte seine Zuhörer leicht ins Grübeln darüber bringen, ob die Argumente denn wirklich so durchschlagend sind. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat nicht nur wegen der Arbeitslosen eine sachlichere Erörterung verdient.

„Polizei leistet Dienst am Frieden"

Kohl stellt sich vor die Sicherheitsbehörden / Kompetenzen kommen auf den Prüfstand

G. BADING, **Wiesbaden**

Bundeskanzler Helmut Kohl will zu Beginn der nächsten Legislaturperiode die grundsätzliche Frage prüfen lassen, ob die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern einschließlich jener der Polizei sich in der seit 40 Jahren bestehenden Form bewährt hat oder ob Veränderungen mit dem Ziel einer höheren Effektivität notwendig sind.

Beim Besuch des Bundeskriminalamtes (BKA) in Wiesbaden nahm der Regierungschef in dieser Form zu der Frage nach einer möglichen Kompetenzerweiterung der Bundespolizei Stellung. Noch habe er „keine abschließende Meinung" dazu. Er *könne sich jedoch eine Überprüfung in* diesem Sinne vorstellen.

Der Kanzler, der gestern neben dem BKA auch die Generalbundesanwaltschaft und den Bundesgerichtshof besuchte, versicherte in Reden vor den Belegschaften, daß seine Regierung zu den Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden stehe. Diese Beamten, die in diesen angesichts der terroristischen Bedrohung ungeheuer schweren Tagen treu ihre Pflicht erfüllten, müßten sowohl von der politischen Führung als auch aus der Bevölkerung Anerkennung, Respekt und Sympathie erfahren. „Unsere Polizeibeamten leisten im besten Sinne des Wortes einen Dienst am Frieden des Landes."

Der Kanzler bedauerte, daß das Verständnis für die schwierige Aufgabe der Sicherheitsbehörden nicht überall gleich im politischen Leben vertreten sei. So müsse man feststellen, daß es noch immer Sympathie für Gewalttäter gebe, obwohl die als Unrechtstatbestand heruntergespielte Gewalt gegen Sachen mit nahezu tödlicher Sicherheit in Gewalt gegen Personen münde. Seine Regierung werde es nicht zulassen, sagte Kohl, daß Terroristen das freiheitliche Klima in der Bundesrepublik Deutschland zerstörten.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann nutzte eine kurze Ansprache vor den Beamten des Bundeskriminalamtes zu einer überraschenden Dankadresse an den Bundeskanzler. Nachdem er darauf verwiesen hatte, daß im Bundeshaushalt „alles, was wir für unerläßlich hielten", auch gegen Widerstände des Bundesfinanzministeriums durchgesetzt worden sei, sagte Zimmermann: „Dies ist vor allem dem persönlichen Einsatz des Bundeskanzlers zu verdanken." Bei der Bekämpfung des Terrorismus mahnte der Bundesinnenminister zur Geduld. Erfolg werde sich hier „nur einstellen, wenn man konsequent seine Pflicht tut".

BKA-Präsident Heinrich Boge hob die zentralen Funktionen seiner Behörde innerhalb der deutschen Polizei und auf internationaler Ebene hervor. Bei der Vereinheitlichung der Verbrechensbekämpfung im europäischen Rahmen, die Boge als „besonderes Anliegen" des BKA bezeichnete, bedürfe es der Unterstützung der politischen Führung. In der Zusammenarbeit mit Frankreich seien hier „ermutigende Ansätze erkennbar und schon konkrete Vereinbarungen vor dem Abschluß."

Streit um Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit

Bonn: Frau Engelen-Kefer spricht mit zwei Zungen

HEINZ HECK, **Bonn**

„Wie würde die Öffentlichkeit reagieren, wenn der Chef des Volkswagenwerks den Golf lobte und sein Stellvertreter an dem Erfolgsmodell herummäkelte?" Mit diesen Worten kritisiert der Parlamentarische Staatssekretär im Arbeitsministerium, Wolfgang Vogt (CDU), Äußerungen der Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Ursula Engelen-Kefer, die zugleich Mitglied im SPD-Vorstand ist. Vogt zur WELT: „Frau Engelen-Kefer stellt in der Öffentlichkeit Entwicklungen in Frage, die durch Zahlen nicht nur der Bundesanstalt, sondern auch des Statistischen Bundesamtes erhärtet sind".

Stein des Anstoßes waren ihre Äußerungen auf einer Arbeitsmarktkonferenz der Hans-Böckler-Stiftung Anfang Dezember in ihrer Eigenschaft als BA-Vizepräsidentin: „Wenn heute in der Öffentlichkeit gejubelt wird, das Wirtschaftswachstum habe bereits 600 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, so ist dies schlicht falsch und kehrt die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einfach unter den Teppich." Die Zahl der Erwerbstätigen sei von 1984 bis 1986 „jahresdurchschnittlich betrachtet um 450 000 gestiegen". Und fügt hinzu, daß die „von der BA an die Öffentlichkeit gegebenen Zahlen ... bereits jetzt um etwa 20 000 nach unten korrigiert werden mußten".

Dazu Vogt: „Die aktualisierte Beschäftigtenstatistik zeichnet sich durch hohe Treffsicherheit aus." Monatlich würden nicht nur die neuesten Zahlen bekanntgegeben, sondern auch die des Vormonats nachträglich korrigiert (wie dies in zahlreichen Statistiken, etwa auch beim Auftragseingang, der Fall sei). Die Korrekturen hätten sich in den vergangenen Monaten zwischen etwa 1000 und 6000 bewegt und im September tatsächlich 21 000 ausgemacht. Gemessen an der Beschäftigtenzahl von 26 Millionen entspreche selbst dieser Ausrutscher nur eine Abweichung von 0,08 Prozent und könne immer noch als „Punktlandung" angesehen werden.

Vogt warf Frau Engelen-Kefer vor, „mit zwei Zungen zu sprechen", und erinnerte daran, daß die für die Arbeitsmarktpolitik wichtige zeitnahe Beschäftigtenstatistik in der BA vorberaten und vorbewertet worden sei.

„Berlin bindet die USA an Europa"

Amerikanischer Gesandter kündigt gemeinsame Haltung der Alliierten zu Diepgen-Reise an

DIETHART GOOS, **Bonn**

Nach dem französischen Außenminister Raimond hat jetzt auch die amerikanische Seite Vorbehalte gegen einen „dynamischen Berlin-Status" signalisiert. Diese Formel hatte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, geprägt. Der amerikanische Gesandte in Berlin, John C. Kornblum, ließ keinen Zweifel an der gemeinsamen Auffassung der drei westlichen Schutzmächte, wonach der alliierte Status Berlins nicht angetastet werden dürfe.

Zurückhaltend äußerte sich Kornblum vor den Deutschlandexperten des Bundeskanzleramtes und des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen zur Frage, ob Bürgermeister Diepgen im kommenden Jahr der Einladung von SED-Chef Honecker zur Teilnahme am offiziellen „DDR"-Staatsakt anläßlich der 750-Jahr-Feier Folge leisten soll. Dieses Thema werde auf der Basis des Berlin-Status sorgfältig geprüft. Dabei kommen auch das Für und Wider eines Besuchs zur Sprache. Es sei jetzt noch viel zu früh, eine endgültige Entscheidung zu treffen. „Wir werden irgendwann zu einer gemeinsamen alliierten Auffassung in dieser Frage kommen", kündigte der 43jährige Diplomat an.

Für die Erhaltung von Frieden und Stabilität in Europa hat Berlin nach Darstellung des US-Gesandten eine wichtige Rolle. Die „Kleinarbeit der vier Mächte" ermögliche es vor Ort, mit einer Art Frühwarnsystem Krisen vorauszusehen und die Lage zu beherrschen. Dieser Rahmen sei für Europa sehr wichtig.

Für das fortdauernde Engagement der Vereinigten Staaten in Europa sei Berlin von herausragender Bedeutung, versicherte Kornblum. „Berlin bindet die Vereinigten Staaten in Europa auf eine einzigartige Weise, die sonst nicht erreicht werden könnte."

Kornblum, der vom gastgebenden Berliner Bundessenator, Professor Rupert Scholz, als einer der besten Deutschlandkenner der USA bezeichnet wurde, hob besonders die moralische Verpflichtung seines Landes für die Aufrechterhaltung der Freiheit Berlins und die Sicherung des alliierten Status der alten deutschen Hauptstadt hervor. Dies sei eine Aufgabe von größter Bedeutung, die auch immer wieder in den Vereinigten Staaten selber deutlich gemacht werden müsse.

Positiv bewertete der amerikanische Spitzendiplomat die Zukunft Berlins. Über sie mache er sich keine Sorgen, denn „Berlin ist das, was die deutsche Nation als Weltstadt und als Hauptstadt haben möchte: Eine großartige, manchmal auch etwas unordentliche und verwirrende Stadt". Es gelte für die Alliierten, die Bundesregierung und den Senat, den Status glaubwürdig und zeitgemäß zu beschreiben. Dabei müssen vor allem auch der jüngeren Bevölkerung deutlich gemacht werden, daß sich der Status nicht gegen die Berliner richte, sondern für den Fortbestand und ihre positive Zukunft von grundlegender Bedeutung sei.

122 Tote in Karatschi

DW. **Karatschi**

Bei zweitägigen blutigen Ausschreitungen in der pakistanischen Hafenstadt Karatschi sind 122 Menschen getötet worden; mindestens 500 Personen wurden verletzt. Zwischen Pathanen und Biharsis waren Gewalttätigkeiten ausgebrochen, nachdem die Polizei Razzien begonnen hatte, um den verbotenene Drogen- und Waffenhandel zu beenden. Pathanen und Biharsis sind die größten Konkurrenten bei diesem Handel. Ihre Lager bei Karatschi gelten als die bedeutendsten Drogenumschlagplätze in Asien.

Burt weist Perle in die Schranken

dpa, **Stuttgart**

Der US-Botschafter in Bonn, Burt, hat dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, die Kompetenz zu Äußerungen über die US-Politik zu innerdeutschen Fragen bestritten. Perle habe mit seinen Äußerungen nicht die amerikanische Politik dargestellt, erklärte Burt gestern. Perle hatte in einem Interview gefordert, die Bundesrepublik Deutschland solle ihre Verteidigungsausgaben erhöhen und dafür ihre Kredite an die „DDR" kürzen.

Wallmann stützt FDP-Forderung

DW. **Pforzheim**

Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) erwartet, daß die Frage einer Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz nach der Bundestagswahl ein Thema von Koalitionsverhandlungen zwischen Union und FDP sein wird. Bislang hat sich die Union dagegen ausgesprochen, dem Umweltschutz Verfassungsrang zu geben, wie dies die FDP fordert.

In einem Gespräch mit der „Pforzheimer Zeitung" sagte Wallmann, zwar werde durch die Aufnahme in das Grundgesetz allein noch keine Verbesserung erreicht, doch könne eine verfassungsrechtliche Verankerung des Umweltschutzes bewußtseinsbildend wirken. Als er sein Amt angetreten habe, „stand dieses Thema noch nicht auf der Tagesordnung. Es wird aber auf die Tagesordnung kommen", äußerte der Minister. Gegen eine Grundgesetzänderung ist jetzt nur noch die CSU.

EG einig bei Überschuß-Abbau

dpa, **Brüssel**

Die EG-Agrarminister haben gestern in Brüssel eine Kompromißlösung zur Reduzierung der Produktion sowohl bei Milch als auch bei Rindfleisch gefunden. Nach Angaben verschiedener Delegationssprecher zog die irische Regierung ihre ursprüngliche Drohung mit einem Veto gegen die Begrenzung der Rindfleischproduktion zurück.

Nachdem die Minister am Nachmittag damit die beiden schwierigsten Streitpunkte erledigt hatten, diskutierten sie weiter über sogenannte „agrimonetäre" Fragen – zum Beispiel den Währungsausgleich und wollten danach über Agrar-Strukturpolitik sprechen. Eine Einigung in allen Bereichen dieses „Pakets" ist Voraussetuung dafür, daß die Maßnahmen zur Eindämmung der Milch- und Rindfleischproduktion endgültig in Kraft treten können.

Seiten 2 und 9: Weitere Beiträge

Machtwechsel in Kasachstan

rtr, **Moskau**

Der Parteichef der zentralasiatischen Sowjetrepublik Kasachstan, Kunajew, hat seinen Posten verloren. Radio Moskau meldete gestern, der 74jährige Gefolgsmann des früheren Staats- und Parteichefs Breschnew, der auch dem zwölf Mitglieder umfassenden Politbüro der Kommunistischen Partei angehört, sei „in Verbindung mit seinem Rücktritt von seinen Pflichten entbunden worden".

Zum Nachfolger wurde der bisherige Parteichef der Stadt Uljanowsk in Zentralrußland, der 59jährige Gennadi Kolbin bestimmt. Daß ein Russe in einer nicht-russischen Republik dieses Amt bekommt, deutet darauf hin, daß den einheimischen Politikern offenbar nicht zugetraut wird, mit den anstehenden Problemen fertig zu werden. Beobachter erwarten, daß Kunajew auch seinen Platz im Politbüro, in das er 1966 auf Veranlassung Breschnews gewählt worden war, verlieren wird.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Eine wichtige Einigung

Von Wilhelm Hadler

Die Landwirtschaftsminister der EG haben sich wieder einmal schwer getan mit ihren Beschlüssen. Sieben Tage und zwei Nächte brauchten sie, um ein Paket von Maßnahmen zur Drosselung der Milch- und Rindfleischproduktion zu schnüren. Diesmal markiert die Einigung jedoch nicht nur den üblichen, von Jahr zu Jahr schwieriger werdenden Interessen-Ausgleich auf europäischer Bühne. Vielleicht wird man sogar einmal sagen können, daß der gestrige Kompromiß den Bestand und die Entwicklungschancen der Gemeinschaft auf Jahre hinaus gesichert hat.

Es ist jedenfalls allerhöchste Zeit, daß die EG mit ihren Überschußproblemen fertig wird. Sie haben der Idee der europäischen Einigung mehr geschadet, als Fortschritte in anderen Bereichen wettmachen konnten. Die Reform der Agrarpolitik ist nicht nur die Voraussetzung für eine Aufstockung der EG-Finanzen, sondern auch für die Aufrechterhaltung des freien Welthandelssystems. Sie entscheidet darüber hinaus über die Glaubwürdigkeit des gesamten bisherigen Ansatzes der Europa-Politik.

Der Weg, auf den sich die Agrarminister begeben haben, wird freilich manchem nicht gefallen. Statt über die Preise, soll die Agrarerzeugung künftig noch stärker über weitgehend willkürlich festgelegte Produktionskontingente gesteuert werden. Die Gefahr einer Verewigung unwirtschaftlicher Agrarstrukturen liegt somit auf der Hand. Auch der Renationalisierung der europäischen Agrarpolitik wird erneut Vorschub geleistet.

Immerhin war die Verschärfung des Milchquotensystems politisch der einzig gangbare Weg, um die europäische Idee nicht vollends im Milchsee ertrinken zu lassen. Eine Preissenkung schied aus, weil die meisten Regierungen ihren Landwirten keine Einkommenseinbußen zumuten wollten. Den Bauern wird also ihr Verzicht auf Milchproduktion durch Ausgleichszahlungen belohnt. Es wird sich zeigen, ob dies auf die Dauer finanziell zu verkraften ist.

Hallo Partner

Von Uwe Bahnsen

Ausgebuffte Strategen sind sie, die Hamburger GAL-Damen. Derzeit führen sie der Öffentlichkeit vor, wie sie die SPD vorzuführen gedenken. Noch äußert sich SPD-Fraktionschef Henning Voscherau erleichtert darüber, daß in Sachen vorläufige Haushaltsführung ein Deal mit der GAL „gelungen" und damit das parlamentarische Überleben für die nächsten Monate gewährt worden ist – da zeigt die GAL ungeniert die Folterwerkzeuge vor, mit denen die Rathausregenten zermürbt werden sollen.

Die GAL-Abgeordnete Ursula Jelpke hat bei der Polizei eine Demonstration für den Sonnabend angemeldet. Sie soll unter dem Motto „Solidarität – Hafenstraße muß bleiben" durch die Hamburger Innenstadt zur St. Pauli-Hafenstraße führen, wo vorgestern wieder eine Barrikade brannte.

Dies ist eine doppelte Herausforderung für den Innensenator Alfons Pawelczyk, der die GAL bekanntlich dort geortet hat, wo immer Gewalt am Werk ist. Zum einen kann sich jeder leicht ausrechnen, welche Folgen eine Demonstration zu diesem Thema und mit diesem Ziel am letzten verkaufsoffenen Sonnabend vor Weihnachten in der überfüllten Hamburger Innenstadt haben wird. Zum anderen aber – und darin liegt der eigentliche Denkzettel für die SPD-Führung – enthält das Motto eine beinharte Absage an die Erklärungen Pawelczyks und Voscheraus vom Montag, das alternative Wohnprojekt Hafenstraße sei gescheitert und müsse beendet werden.

Das Ziel der GAL ist klar: Die Hafenstraße soll instrumentalisiert werden, um den linken SPD-Flügel ins Grüne herüberzuziehen und die Partei nicht nur zu spalten, sondern zu zerstören. Die Sozialdemokraten sollen zerrieben werden. Die Reaktion der SPD-Führung auf dieses durchsichtige Spiel besteht im wesentlichen aus dem Versuch, Zeit zu gewinnen (und dabei Verzögerungen durch Gerichtsentscheidungen einzukalkulieren), und aus der betulichen Umständlichkeit, die eine Folge dieser Taktik zu sein pflegt. Anscheinend sind die Grün-Alternativen entschlossen, zu zeigen, daß sie nicht nur auf Bundesebene untaugliche Bündnispartner sind – und daß die SPD sich trotzdem genötigt fühlt, sich ihnen zu unterwerfen. Ein interessantes Lehrstück.

Der teure Beste

Von Helmut Breuer

Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Johannes Rau wird in diesen Wahlkampf-Wochen von seiner Partei gern als fürsorglicher Landesvater gepriesen, der sich durch seine Regierungserfolge in Nordrhein-Westfalen auch als der „Beste für Deutschland" profiliert habe. Im Düsseldorfer Landtag, der bis zum Freitag den Landeshaushalt 1987 abschließend berät, könnte dieses Breitwandgemälde Risse bekommen.

Denn schließlich geht es um das Schicksalsbuch des Landes, das seit 1978 von Rau regiert und in eine lähmende Finanzkrise geführt worden ist. Eine sich der Hundert-Milliarden-Grenze nähernde Verschuldung, die der ebenfalls seit 1978 amtierende Fianzminister Diether Posser bereits mit der Lage Polens oder Mexikos verglichen hat, die unheilvoll wachsende Zinsbelastung und sinkende Investitionsquoten geben ein objektives Zeugnis über einen Politiker, der in Wirklichkeit als fideler Schuldenmacher in die Geschichte des bevölkerungsreichsten Landes eingehen wird.

Daß Rau sich mit diesen in Zahlen formulierten „Bewerbungsunterlagen", wie der CDU-Finanzexperte Hartmut Schauerte jüngst den Etat der SPD-Landesregierung nannte, jetzt allen Bundesbürgern zur Wahl stellt, spricht mehr für die Unbekümmertheit als für das politische Verantwortungsbewußtsein des Kandidaten. Man wird daran erinnert, daß alle Kanzleramtsanwärter von Kiesinger über Brandt bis Kohl, die auch aus Staatskanzleien der Länder kamen, weitaus bessere Bilanzen vorzuweisen hatten als der SPD-Kandidat 1987.

Wer sich noch an das fatale Interview erinnert, in dem der damals frischgebackene Kandidat die Rücknahme aller Sozialkürzungen versprach, der sollte an die Hauptursache für die Schuldenlawine in Düsseldorf denken. Es waren – wie Posser in seinem Brief an Rau hervorhob – vor allem die sozialdemokratischen Sozialwohltaten, die Rau seit seinem Amtsantritt unters Volk streute und später zum größten Teil zurücknehmen mußte, die die Finanzen des SPD-Stammlandes ruinierten. Gerade vor diesem Hintergrund ist Raus Gerede von der sozialen Kälte, die er als Bundeskanzler schon bannen werde, eine ebenso einfältige wie leichtfertige Demagogie.



KLAUS BÖHLE

Zwei Krisen

Von Herbert Kremp

Die Auseinandersetzungen in den USA und in Frankreich fördern Krisen der Regierungssysteme zutage, unabhängig von den Anlässen des Iran-Nicaragua-Falles bzw. der „Bildungs-Demonstrationen" in Paris. Beide Ereignisse sind Ausdruck von Machtkämpfen zwischen Institutionen der Verfassung.

In Washington macht der Kongreß einen neuen Anlauf, den Präsidenten außenpolitisch einzuengen, ein Prozeß, der in der Nixon-Ära im Zusammenhang mit dem Vietnam-Engagement einen dramatischen Höhepunkt erreicht hatte. In Frankreich sind Staatspräsident und Premier zum Duell angetreten – im Rahmen einer Verfassung, die für diesen Modus des Umgangs nicht geschaffen wurde. Die Folgen können in beiden Fällen eine Lähmung oder zumindest eine Schwächung der Autorität und Handlungsfähigkeit bewirken, die vermutlich bis 1988, bis nach den Wahlen für die höchsten Staatsämter, anhält.

Der Unterschied besteht darin, daß in den USA der Konflikt zwischen den Verfassungsorganen eingebaut und daher voraussehbar ist. Die Amerikaner, ihre Verbündeten und Gegner müssen ihn grundsätzlich einkalkulieren, unberechenbar ist nur sein Ausbruch. Washington beherbergt eine konstitutionelle Monarchie mit einem Präsidenten als Wahlmonarchen und einem Kongreß, der das Staatsoberhaupt weder wählt noch beruft, der keinen Einfluß auf die Zusammensetzung der Regierung besitzt, sondern seine ganze Kraft auf die Kontrolle der Exekutive und auf die Legislative konzentriert. Aus der Exekutive kann dem amerikanischen Präsidenten keine Konkurrenz erwachsen. Anders in Frankreich. De Gaulle hatte sich 1958 die Verfassung der V. Republik in einer Schwächephase des Landes wie eine Uniform auf den Leib schneidern lassen. Sie „sitzt", solange Präsident und Premier in hierarchischer Ordnung zueinander stehen. Ergeben Präsidentschafts- und Parlamentswahlen unterschiedliche Mehrheiten, verkehrt sich die hierarchische in eine oppositionelle Ordnung, sieht alles anders aus.

Es sieht dann so aus wie jetzt: Was wohltönend mit „Cohabitation" bezeichnet wird, sieht der Geist der Verfassung (genauer, der Geist de Gaulles) nicht vor. Das Gegeneinander von Staatspräsident und Premier war nicht vorausgedacht, war nicht berechnet, konnte aber angesichts der unterschiedlichen Wahl-Legitimationen nicht ausgeschlossen werden und nimmt im gegebenen Fall die Gestalt eines Machtkampfes zwischen Elysée und Matignon an, bis – wiederum durch Wahl – die hierarchische Beziehung zwischen den Institutionen restauriert ist, und das steht in den Sternen der Republik. Bis dahin zerfällt die Exekutive Frankreichs in zwei oppositionelle Mächte, während im amerikanischen Konflikt der Kongreß den Präsidenten zu lähmen versucht. Blockierungen über große Zeiträume sind möglich.

Ronald Reagan wird in der sich vertiefenden Iran-Nicaragua-Affäre zur (fast ausschließlichen) Beschäftigung mit sich selbst und „seinem" Fall gezwungen. Sollten tatsächlich Iran-Gelder in den Wahlkampf geflossen sein, würde der Präsident zu Boden gehen. Chirac kann seine Reformpolitik nicht fortsetzen und bleibt auf den unkreativen Positionskampf fixiert. So ist die innere Lage bei den beiden wichtigsten Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland.

Die Folgen treffen auch die deutsche Politik. Die Harmonie, die zwischen Bonn und Washington seit Beginn der Ära Kohl zu verzeichnen war, beruhte auf der bemerkenswerten Regeneration der USA, auf der Überwindung des Vietnam-Watergate-Komplexes in der Ära Reagan, also auf der Stärke des Präsidenten. Eine „lame duck" im Oval Office paßt nicht zu den



Blockierungen nicht ausgeschlossen: Chirac FOTO: CAMERA PRESS

Anforderungen der Zeit, die durch Spannung und Dialog zwischen den Weltmächten gekennzeichnet ist. Die Sowjetunion würde ein Vakuum, entstünde es, mit eigenen Aktivitäten zu füllen versuchen. Die Ära des schwachen Präsidenten Carter hat auf diesem Gebiet unangenehme Erinnerungen hinterlassen. In Frankreich wiederum tauchen unangenehme Erinnerungen an das Ende der Zeit de Gaulles auf. Achtzehn Jahre wurde das Land stabil regiert, von wem auch immer. Die Verwandlung der hierarchischen in eine oppositionelle Regierungsordnung gleicht einer „Nova" am begrenzten europäischen Himmel.

Die USA und Frankreich sind Deutschlands wichtigste Verbündete. Von ihrer inneren Stabilität hängen die äußere Sicherheit und der Gang der Weltwirtschaft ab. Beide neigen zur protektionistischen Allüre. Der Westen ist die Hauptversammlung der Gläubiger eines tief verschuldeten Globus. Reagan schlittert mit einem Haushaltsdefizit in die Krise, was Gerhard Stoltenberg in einem Gespräch zu der Frage veranlaßte, ob Reagan wirklich als einer der großen Präsidenten in die amerikanische Geschichte eingehen wird. Militärisch sind die USA erstarkt – dies ist die bedeutendste Leistung Reagans –, der Westen kann ohne Furcht vor Erpressungen und Machtprojektionen mit der Sowjetunion über alles verhandeln. Diese Fähigkeit muß über die Krise hinweg erhalten bleiben.

Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist ein europäischer Akkord in der Sicherheitsfrage. Hier trifft es sich gut, daß in der Außen- und Sicherheitspolitik der hierarchische Grundzug des französischen Regierungssystems erhalten geblieben ist. Die Übereinstimmung zwischen Mitterrand und Chirac läßt sich auf eine kurze Formel bringen: Krieg in Europa kann nur durch nukleare Abschreckung verhindert werden. Abschreckung setzt die strategische Anbindung der USA an Europa und die Präsenz ihrer Streitkräfte voraus. Die Bundesrepublik muß ein Teil des westlichen Systems bleiben. In diesen Grundsätzen kennt Paris kein Schwanken. Das ist wichtig in einer Situation, in der die Weltmächte womöglich riskante Manöver der Annäherung unternehmen, um sich vom Zentrum ihrer inneren Krisen zu entfernen.

IM GESPRÄCH Tyll Necker

Gegen Vollkasko-Denken

Von Heinz Heck

„Ich bin Unternehmer im Hauptberuf", erklärt der neue Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Tyll Necker (56), auf die Frage, wie er als Mittelständler die aufreibenden Ehrenämter mit seiner Unternehmertätigkeit unter einen Hut bringt. Er fügt hinzu: „Ich habe eine gute Mannschaft." Aber die Legitimation für sein neues Amt, das sieht Necker ganz klar, kommt aus dem erfolgreichen Unternehmen.

Da hat der gelassen und auf eine unaufdringliche Weise selbstsicher wirkende neue Spitzenmann etwas vorzuweisen. Noch während des Studiums der Volkswirtschaftslehre arbeitete er als Werkstudent in dem Flüchtlingsunternehmen Hans Koch & Sohn in Bad Oldesloe. Seit 1960 ist er Mitgeschäftsführer und Mitgesellschafter des inzwischen als Hako-Werke GmbH & Co firmierenden Herstellers von Maschinen für die Betriebsreinigung und Grundstückspflege, das heute vierzehn Tochter-Firmen in Europa, den USA, Kanada, Australien und Japan hat.

Necker verbindet eine Freundschaft nicht nur mit dem fast zeitgleich ins Amt gekommenen Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Klaus Murmann, sondern auch mit dem noch bekannteren Landsmann Gerhard Stoltenberg. Sie segeln gemeinsam (auf Murmanns Boot, wie Necker hinzufügt) und diskutieren viel. Stoltenberg sucht den Rat des Unternehmers Necker, der sich weit über seine Unternehmensbelange hinaus mit wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Problemen auseinandersetzt.

Sinn für eingängige Formulierungen beweist der als Verkaufs-As geltende Necker, wenn er mit Begriffen wie „Vollkasko-Mentalität" aufwartet oder zu den Problemen der Rentenversicherung erklärt: „In Kenntnis



Nicht nur für die Großunternehmer: Necker FOTO: DIE WELT

der Rentnerflut dürfen wir nicht die Deiche abtragen." Wie groß auch seine Wertschätzung für Stoltenberg ist, wurde deutlich, als er dessen Entscheidung, in der schwersten Nachkriegsrezession die jährlichen Steigerungsraten der Bundesausgaben von neun auf zwei Prozent herunterzufahren, mit dem Mut von Ludwig Erhard verglich, der nach der Währungsreform 1948 die Bewirtschaftung aufhob.

Der grundlegende wirtschaftspolitische Fehler der siebziger Jahre ist für Necker, daß man sich schon übers Verteilen unterhielt, bevor etwas produziert war. Die neue Regierung habe die „Prioritätenumkehr auf den Weg gebracht". Doch bleibe noch viel zu tun, vor allem in der Steuer- und Rentenpolitik. Necker kennt die Probleme des Mittelstands aus eigener Erfahrung und wäre froh, wenn dieser „sich durch ihn besonders repräsentiert fühlen wird". Im übrigen sei der BDI nie eine Veranstaltung nur für die Großunternehmen gewesen. Man denke nur an Fritz Berg.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen fragen nach dem Zustand der SPD:

NÜRNBERGER Nachrichten

Eins muß man den Genossen lassen. Wenn sie mit sich selbst beschäftigt sind, dann fliegen die Fetzen, daß es für Heiner Geißler ein Quell wahrer Freude sein muß. Da quälen sie sich derzeit durch einen Wahlkampf, an dessen Erfolg kaum einer noch recht glauben mag. Doch als wäre dies des Übels noch nicht genug, zettelt ausgerechnet SPD-Chef Brandt ohne Not eine unnütze Personaldiskussion über seine Nachfolge an.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Wer SPD-Vorsitzender nach Willy Brandt wird, scheint für Sozialdemokraten zuweilen viel interessanter zu sein als die Frage, wie der nächste Kanzler heißt. Für den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau offenbar auch.

WP WESTFALENPOST

Zwei Vorhersagen sind schon jetzt bestätigt: Raus Versuch, eine Wählermehrheit zu finden, ist mißlungen. Seine zweite Aufgabe, die SPD auf sich zu konzentrieren und zu disziplinieren, ist ebenfalls gescheitert. So wird er verheizt, und manche Spitzenkollegen lassen es gern geschehen. (Hagen)

Schwarzwälder Bote

Eine von Rau geführte SPD mit einem von diesem geprägten Programm bliebe die notwendige, im Interesse des demokratischen Kräftespiels unverzichtbare Konkurrenz zu der anderen großen Volkspartei. Vieles wird freilich vom Ergebnis des 25. Januar abhängen. (Oberndorf)

Eßlinger Zeitung

SPD-Kanzlerkandidat Rau tauchte gestern wieder in Bonn auf, ging vor die Presse, da er nicht mehr damit rechnen mußte, vor den Bundestag zu müssen. Deutlich zeigte sich ein Defizit an Siegeszuversicht: Indem er seinen Führungsanspruch für die Zeit nach der Wahl erneuerte, deutete er an, daß er sich bereits mit einer „Überlebensstrategie" beschäftigt.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Was von dem angeblich gebremsten Ehrgeiz des Oskar Lafontaine zu halten ist, auch das wird vom Wahlergebnis abhängen. Fällt die SPD am 25. Januar nämlich ins Loch, dürfte der Neuanfang der Partei von Lafontaine und der Linken bestimmt werden. (Heidelberg)

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Je näher die Bundestagswahlen rücken, um so deutlicher werden die Fehler und Defizite der Sozialdemokraten in den vergangenen vier Jahren.

SÜDKURIER

Es ist mindestens eigenartig, wenn der SPD-Vorsitzende dem Kanzlerkandidaten seiner Partei auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes neue Stolpersteine in den Weg legt, nachdem er Wochen zuvor schon einmal zu seiner Demontage beigetragen hatte. (Konstanz)

Madrid, die Basken und die Fracht der „Bente Fomer"

Die Schulen schicken eine neue Generation von Terroristen auf die Straße / Von Rolf Görtz

Einen „Wahlkampf der Angst" nannte der baskische Anwalt und Chef der gemäßigten „Baskischen Linken" (Eskerra Euskadi, EE), José Maria Bandres, die Landtagswahlen im Baskenland. In den drei Wochen nach ihrem unseligen Ausgang ohne klaren Sieger zeichnet sich eine neue Landesregierung noch lange nicht ab. Aber nicht nur die parlamentarisch-politische Unsicherheit blieb.

Bei Straßendemonstrationen wird die Konfrontation immer deutlicher zwischen den linksradikalen Separatisten, in deren Hintergrund die Terrororganisation ETA steht, und friedfertigen Bürgern, die aus dem mörderischen Klima der Angst ausbrechen möchten. Wenn diese eines Tages zurückschlagen, so sollte sich niemand wundern.

Erste Schlägereien zwischen beiden Gruppen trennte die Polizei, wobei Offiziere der Guardia Civil ihren Kollegen der baskischen Landespolizei Ertzaintza demonstrativ die Hand reichten. Die Drift in den Separatismus als Vorstufe zur Revolution wird dieser Händedruck kaum aufhalten können.

Bei den Wahlen errang der Sozialist Txiki Benegas 19 von 75 Sitzen im Landtag. Zu viel, um inaktiv zu bleiben, zu wenig, um die nationalistischen Parteien zur Mitarbeit in einer künftigen Landesregierung zu bewegen. Untereinander können sich diese vier – zwei rechte und zwei linke Parteien – nicht einigen. Aber selbst wenn sich eine Mehrheit im Parlament der Streitsüchtigen finden sollte: auf der Straße folgt der Kampf den unkontrollierbaren Gesetzen revolutionärer Bewegungen.

Im Madrider Innenministerium meint man, daß die ETA schwere taktische Fehler begeht. Dabei wird in dieser Behörde auf die brutale Rücksichtslosigkeit hingewiesen, mit der die ETA-Kommandos ihre baskischen Landsleute zunehmend erschrecken. Selbst die Herri-Batasuna-Partei, bisher der politisch lenkende Arm der ETA, muß erkennen, daß sie die Kontrolle über die etwa vierhundert aktiven Etarras in Spanien und Südfrankreich zu verlieren beginnt.

Aber die Revolution geht ihren eigenen Weg. Und nicht etwa, weil die französische Polizei die Chefs der ETA in ihrem südfranzösischen Refugium aufstöberte und damit die Organisation „enthauptete". Auch die sechs neuen Bandenchefs sind mindestens seit fünfzehn Jahren dabei. Das Erschreckende ist vielmehr der Nachwuchs linksradikaler Separatisten, wie ihn die Ikastolas, die vom Madrider Kultusministerium nicht mehr zu kontrollierenden Schulen in baskischer Sprache, Jahr für Jahr auf die Straße schicken.

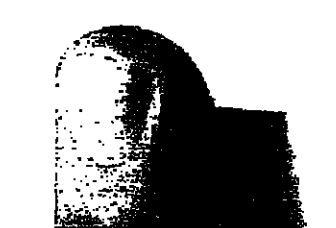
Das ist wörtlich gemeint; jüngste Massendemonstrationen zu Gunsten der ETA zeigen es. Die Madrider Regierung hat vergeblich versucht, die internationalen Verbindungen der ETA herunterzuspielen. Nur ungern gab man Hilfeleistungen aus Libyen und Syrien zu. Die jüngsten Attentate französischer Terroristen im französischen Teil des Baskenlandes aber sind nicht der einzige Hinweis darauf, wie international hier die Beziehungen sind.

Schon im Juli vergangenen Jahres informierte der damalige US-Botschafter in Madrid, Thomas Enders, die Spanier über den Aufenthalt von Etarras im kommunistischen Nicaragua. In einem südamerikanischen Hafen fand man, wie Enders mitteilte, zweihundert Maschinenpistolen sowjetischer Herkunft im dänischen Frachtschiff "Bente Fomer". Die Waffen sollten die Etarras von Nicaragua nach Spanien schleusen.

In diesen Tagen nun teilten amerikanische Nachrichtendienste den Regierungen in Paris und Madrid mit – wie spanische und französische Zeitungen melden –, daß eine unbestimmte Zahl von Etarras in einem Speziallager in Nicaragua ausgebildet wird.

Wie sagte doch der damalige Chefideologe der ETA, Mario Onaindia, vor genau sechzehn Jahren vor dem spanischen Kriegsgericht in Burgos: „Wir sind keine Nationalisten, wir sind Internationalisten, Soldaten der Revolution im Kampf gegen den Kapitalismus in ganz Spanien und ganz Frankreich."

Onaindia scheint heute als Generalsekretär der Baskischen Linken EE einen friedfertigen Kurs der Mäßigung zu verfolgen. Der baskische Terrorismus aber bleibt ein Teil jener Revolution, die keineswegs an ein demokratisches Baskenland denkt. Der Prawda-Chefredakteur Viktor Afanasjew hat eben erst wieder darauf hingewiesen, daß – „Marxisten sind keine Pazifisten" – die UdSSR nach wie vor „Befreiungsbewegungen" unterstütze, und zwar „in der ganzen Welt". Die Ladung der „Bente Fomer" erinnert daran, daß das auch die Dritte Welt meint, aber eben nicht nur die Dritte Welt.



Fröndenberg – Patienten hinter Mauer und Gittern

Als erstes Bundesland unterhält Nordrhein-Westfalen seit kurzem ein zentrales Krankenhaus für Gefangene. Mehr Knast als Klinik? „So viel Krankenhaus wie möglich, so wenig Vollzug wie nötig", heißt die Devise.

Von HELMUT BREUER

Alfred Lecki hat uns sehr geholfen. Eigentlich darf ich das gar nicht sagen." Fast scheint Klaus Hübner den Satz zu bedauern. Doch dann strafft sich der 45 Jahre alte Gefängnisbeamte mit dem sorgfältig gestutzten schwarzen Schnurrbart, blickt wie ein stolzer Bauherr auf das mit dunkelgrünem Metall verkleidete moderne Klinikgebäude und wiederholt entschlossen: „Alfred Lecki hat uns sehr geholfen." Geholfen, letzte bürokratische Hürden zu nehmen.

Daß der Leiter des Justizvollzugs-Krankenhauses Fröndenberg seinen überraschenden Dank dem flüchtigen Polizistenmörder Lecki möglichst bald persönlich abstatten kann, dies dürfte auch einer der Weihnachtswünsche von Hübners Dienstherr Rolf Krumsiek sein. Denn der nordrhein-westfälische Justizminister betont nicht nur wie im November bei der Eröffnung des zumindest in der Bundesrepublik einmaligen zentralen Krankenhauses für Strafgefangene immer wieder, daß dem „Ausbrecherkönig" seine jüngste Flucht wohl kaum geglückt wäre, wenn die Anstalt in Fröndenberg früher fertig geworden wäre.

Die Mauer ist das ungewöhnlichste Bauwerk im zersiedelten Fröndenberg am Rande des Ruhrgebiets. Das kleine Städtchen, das sich gern das „Tor zum Sauerland" nennt, wird jedoch die 540 Meter lange und in allen Farben des Regenbogens leuchtende Mauer wohl noch lange Zeit als Bedrückung empfinden. Denn der 5,50 Meter hohe Wall hat ein eher trübes Kapitel Fröndenberger Stadtpolitik auch äußerlich abgeschlossen. In diesem Streit stand das 1979 eingeweihte, auf dem nahen Hirschberg die 23 000 Einwohner kleine Stadt überragende Krankenhaus stets im Mittelpunkt. Das von renommierten Architekten für 40 Millionen Mark erbaute supermoderne „Städtische Krankenhaus Fröndenberg" war von Anfang an zu groß und damit unrentabel, lockte keine Patienten aus der mit Kliniken gut versorgten Umgebung und riß schließlich ein Loch von 18 Millionen Mark in den Haushalt der Sauerland-Gemeinde.

1984 verkauften deswegen nach langem Palaver die damals regierenden Ratsparteien CDU und FDP nach vergeblichen Stützungsversuchen das Haus entnervt an das Land, während die Fröndenberger SPD gegen diese Lösung Sturm lief. Bei der Düsseldorfer SPD-Landesregierung wiederum war man begeistert von diesem Sonderangebot für schließlich nur knapp zehn Millionen Mark, da Nordrhein-Westfalen mit seinen durchschnittlich 16 500 Gefangenen bereits in den sechziger Jahren Bedarf für ein zentrales Justizvollzugs-Krankenhaus festgestellt, sich aber nie zu dieser finanziellen Kraftanstrengung aufgerafft hatte.

Es blieb so noch Jahrzehnte bei den teilweise zu Recht berüchtigten Krankenabteilungen in den Gefängnissen, es blieb bei den Überweisungen von Gefangenen in schwer zu bewachende und deswegen bei Häftlingen beliebte „zivile" Krankenhäuser, wie der Bonner Universitätsklinik, aus der Alfred Lecki im September sein vierter Ausbruch gelang.

Während nun die Handwerker nach Fröndenberg kamen, um aus der städtischen Klinik ein „Krankenhaus für gefangene Patienten" zu machen, versteifte sich der Widerstand der Genossen. Er fand Unterstützung bei einer Bürgeraktion, die die geplante Justizklinik zum Reizwort werden ließ, gegen Straftäter stets wache Emotionen mobilisierte und sogar öffentlich die – natürlich rhetorisch gemeinte – Frage stellte: „Wollen Sie Schwerverbrecher und Mörder nur 100 Meter vom Seniorenheim?" Im Gegensatz zu Fröndenberger Wählern, die bei der Kommunalwahl 1984 der SPD zur Mehrheit verhalfen, ließ sich aber die Justiz nicht beeindrucken und konnte vor wenigen Wochen die in ihrer Art beispiellose Einrichtung feierlich eröffnen. Obwohl Minister Krumsiek bei dieser Gelegenheit von einem „Meilenstein", gar einem „Jahrhundertereignis" schwärmte, boykottierte der Fröndenberger Bürgermeister Willy Demmer trotz der Verärgerung des prominenten Genossen aus Düsseldorf die Festveranstaltung.

Er hatte sich auch nicht durch die Sorgfalt umstimmen lassen, mit der der neue Besitzer versuchte, die Fröndenberger Gegner des Krankenhauses für Gefangene umzustimmen. Es wurden nicht nur die Zugänge zu den 206 Krankenbetten mit Gucklöchern und Sicherheitsschlössern versehen, sondern auch die Fenster der über die Mauer herausragenden Gebäudeteile von innen vergittert, um den Fröndenbergern den ständigen Anblick der abweisenden Metallstäbe zu ersparen.



Im Krankenzimmer fällt der Blick auf das vergitterte Fenster und die gut fünf Meter hohe Mauer draußen
FOTOS: FERN MEHRING

Die Mauer schließlich, die aus dem attraktiven Krankenhaus erst ein Gefängniskrankenhaus gemacht hat, diese 540 Meter lange, durch Rundungen und winkelförmige Versetzungen fließend wirkende Mauer steht durch die Kunst des Malers Fritz Fuchs heute da wie ein in die Natur hineingestelltes Monument. Der in Schweden lebende Fuchs brachte durch zarte Pastelltöne Leben in die Zementstruktur, machte ihre Nähe fast angenehm und ihre Funktion fast vergessen, auch wenn der erste Sprayer bereits seine Visitenkarte ablieferte und im schreienden Rot nach „Gerechtigkeit?" fragt.

„Uns gefällt diese Mauer. Als sie noch grau war, erdrückte sie einen fast mit ihrer Massivität", lautet das Urteil der 26 Jahre alten blonden Brigitte Schenk, eine der 118 meist weiblichen Mitarbeiter im Pflegedienst des Krankenhauses, in dem insgesamt 250 Menschen, unter ihnen 22 Ärzte, für die inzwischen eingelieferten 82 Gefangenen verantwortlich sind. Vor allem die vielen jungen Krankenschwestern zeigen eine freundliche Hilfsbereitschaft, die die aus der bedrückenden Männerwelt der Gefängnisse kommenden „Knastologen" zugleich befremdet und fasziniert.

„Ich kann es immer noch nicht glauben", sagt der 42jährige Räuber Detlev S., der seit sechs Wochen in der Fröndenberger Anstalt als Koch arbeitet, zuvor sieben Jahre in einem „normalen" Gefängnis „immerzu vor eine Mauer" schaute, und jetzt von seinem Zimmer „über die auch noch bunte Mauer blicken, Bäume, Häuser, Straßen, Menschen und Autos, eben das Leben sehen" darf. Gerade erst hat der zu 15 Jahren Gefängnis Verurteilte wieder Besuch von seiner Frau bekommen, die sich zuvor eineinhalb Jahre nicht mehr in das alte Gefängnis getraut habe, weil sie bei den strengen Leibesvisitationen und der Gesprächsüberwachung „immer am ganzen Leib zitterte. Hier ist man viel humaner. Die haben nur einen Piepser."

Das Justizvollzugs-Krankenhaus Fröndenberg: 250 Personen Personal, 206 Betten

„Wir haben hier die modernste Hochsicherheitsschleuse in der Bundesrepublik", betont der Fröndenberger Verwaltungschef Hübner stolz, eine Schleuse, in der die Besucher von einer Lichtschranke und von einem Vollzugsbeamten peinlich korrekt mit dem auch auf Flughäfen verwendeten elektronischen Piepser auf Waffen kontrolliert werden. Nach der vom Minister ausgegebenen Devise „So viel Krankenhaus wie möglich, so wenig Vollzug wie nötig" hält Klaus Hübner engen Kontakt zu Dr. Wolfgang Riekenbrauck, dem medizinischen Leiter der Justizklinik, der wie die meisten seiner ärztlichen Kollegen „erst seit wenigen Wochen hinter Gittern lebt".

Riekenbrauck, der zuvor als Oberarzt in verschiedenen „zivilen" Krankenhäusern arbeitete, hat aber bereits Erfahrungen mit der Reserviertheit vieler Gefangener, „die uns bei ihrer Ankunft trotz der weißen Kittel für verkappte grüne Beamte, für die Büttel der staatlichen Gewalt halten und sich sperren". Der Arzt mit dem jungenhaften Lachen begreift diesen Widerstand als Herausforderung, wirbt in langen Gesprächen um das Vertrauen der „schwierigen Patienten, wie es sie auch draußen in den Krankenhäusern gibt". Er fürchtet sich auch nicht vor dem von manchem Experten erwarteten Andrang von Häftlingen auf die attraktive und bereits als „Kurklinik" gerühmte Anstalt, vor den Simulanten, die die früher berüchtigten „Fremdkörperschlucker" abgelöst haben. „Wir glauben erst einmal dem Patienten. Denn Vorteile wollen sich auch viele draußen verschaffen, die sich vor der Arbeit drücken, Kuren oder den längeren Bezug von Tagegeldern erliegen wollen. Das ist in Fröndenberg nicht verwerflicher als anderswo."

Ein großes Problem sind für Wolfgang Riekenbrauck und seine Kollegen allerdings Patienten im blauen Häftlingsdrillich geworden, „die nicht gesund werden wollen, weil sie nur in der Krankheit eine Perspektive sehen, vorzeitig in die Freiheit zurückkehren zu können". Für diese Menschen mit langen Freiheitsstrafen, die durch ihre ernsten Krankheiten oder auch „Allerweltsleiden" hoffen, haftunfähig zu werden, kann die Fröndenberger Klinik mit ihrem hohen medizinischen Anspruch sogar zur Bedrohung ihres Häftlingstraums werden, weil dort die unerwünschte Heilung droht.

Mit Herz und Sinn zurück in die Sechziger

Alles schon mal dagewesen? Manche Erscheinung dieser Tage scheint zu bestätigen: Fast eine Generation später erleben die sechziger Jahre eine Renaissance.

Von ALEXANDER SCHMITZ

Wir sind die Kinder der Achtziger. / Sind wir nicht gewachsen? / Wir sind zart wie ein Lotus, / Und wir sind zäher als Steine, / Und die Zeit unserer Unschuld / Ist vergessen in irgendeinem Garten."

So beginnt ein amerikanisches Lied, gesungen zur Gitarre von der ehemaligen Hohepriesterin der Protestfolklore Joan Baez. Und Joan Baez muß wissen, was sie singt, wenn sie dann fortfährt: „Wir mögen die Musik der Sechziger. / Wir glauben, jene Zeit muß was Besonderes gewesen sein. / Blumenkinder, Woodstock und Der Krieg. / Schmutzskandale, Entlarvungen und mehr ..."

Heute, singt sie, wüßten wir sehr wohl, was das bringt, wenn man sich wie einst Janis Joplin die Arme mit Drogenkanülen zersticht, würden andererseits aber in Diskotheken für die Zerstörung unseres Gehörs und mit Beruhigungspillen, „roten, blauen, gelben", für die „Vermarmeladung" unserer Gehirne sorgen, kurzum: „Wir tun alles, was uns unsere Eltern verboten hätten", und ansonsten stecke unser „Heil" im Rock 'n' Roll.

Und der ist mit Sicherheit das fetteste Indiz dafür, daß die guten, alten fünfziger Jahre als nostalgische Kuschelära ausgedient haben, und dafür, daß wir offenbar in unseren nostalgischen Zielvorgaben in Dekadenschritten voranrücken: Die Sechziger sind mächtig en vogue, und das Lied „Wonderful World", 1960 von dem vier Jahre später gestorbenen farbigen Sänger Sam Cooke gesungen und eher zufällig als Begleitmusik zu einer neuzeitlichen US-Jeans reklame wieder emporgespült, ist des neuen Trends große Hymne, geschätzt von Teens und Twens als Neu- und von Älteren als Wiederentdeckung.

Besucht freilich ein „Kind der Achtziger" heutzutage eine Diskothek, dann hegt und pflegt es seine frisch entdeckten Idole und vermag kaum zu verstehen, daß ein Mann wie Elvis Presley, dessen frühere Ehefrau Priscilla in den Achtzigern in „Dallas" als ranke Schwerenöterin herumgeistert, nicht ihnen exklusiv gehört: Der gehörte doch, genau genommen, in besagten Sechzigern längst zur Spätlese unter den Idolen, was den Twens von heute aber nichts ausmacht. Für sie sind all die Stars von vor zwanzig, fünfundzwanzig Jahren nagelneu, und jeder aufklärerische Hinweis auf die wahren „Besitzverhältnisse" löst gegenüber Vierzigern von heute die jungen Zungen: „Opa, ist dein Altersheim abgebrannt?"

Aber es ist tatsächlich so: New Yorks Bürgermeister Ed Koch läßt es sich anfangs der Achtziger nicht nehmen, Simon & Garfunkel, der sechziger Jahre berühmtestes Spezial-Duo, für vornehmlich intellektuelles Publikum an High School und College im Central Park zum Comeback-Konzert zu begrüßen. Die Beach Boys, Kaliforniens begabteste und populärste Gesangsgruppe jener Jahre, die mit Vorliebe Schule, frisierte Oldtimer-Autos, Surfing-Freuden und Sommersonne besang, haben kürzlich erst eine fast zweistündige Video-Bilanz von 25 Erfolgs- und Leidensjahren fabriziert.

Und Cliff belebt sein „Livin' Doll"

Die Everly Brothers haben sich auf Platten zum Comeback gefunden. Der erfolgreichste Rock-'n'-Roll-Gitarrist aller Zeiten, Duane Eddy, hat seinen New Yorker Industrie-Schreibtisch verlassen und schlägt wieder seine tiefen, vollen vibrierenden Töne an. In England hat der brave Cliff Richard seiner berühmten „Livin' Doll" zu neuem Leben verholfen.

Gesetztere Herren wie die Bluesrocker der Formation Status Quo machen verstärkt weiter wie eh und je, *und jede Menge Stücke aus den sechziger Jahren werden* – alter Wein in neuen Schläuchen – von jungen Gruppen aufgenommen, ein bißchen schneller vielleicht, etwas härter auch, wie die Formation „Doctor and the Medics" mit dem 1968er Pink-Floyd-Stück „Spirit in the Sky".

So mancher neue Song erklingt, als wäre er direkt am Ufer des Liverpooler Mersey gestrickt worden, die Beatles gehören krisenfest ins Musik-Repertoire aller Generationen, und hierzulande erinnern, mit lachendem und weinendem Auge, Achim Reichel, Ted Herold und Drafi Deutscher an die Sechziger.

Die Sechziger, das sind die Jahre von Kennedy und Mauerbau bis zum ersten Mann auf dem Mond, es sind die Jahre von Farbfernseh-Premiere und Twiggy, „Spiegel"-Affäre und Brigitte Bardot, von Ingmar Bergmans „Schweigen" und Oswald Kolles Aufklärungsflügen durch die verdatterten Medien. Sie sind die Zeit des Musicals „Hair" – ungewöhnliche Hommage an eine Äußerlichkeit als Zeitgeist-Indiz – und des Leinwand-Temperaments einer Melina Mercouri; von Twist und Andy Warhol, von Marilyn Monroe, Op-Art und „Twen", vom ersten Mann im Weltraum überhaupt, Jurij Gagarin, und von Mary Quant und ihrem Minirock, der auf einen Schlag durch die neue Strumpfhose möglich wurde – erste, zage Schritte zu weiblicher Emanzipation, der freilich vor allem die Antibabypille half. Von England aus schleuderten am lautesten vier böse Buben namens „Rolling Stones" unverhohlen Sexuelles in die Mikrofone, und in Amerika wurde mit Warhols Kultverein „Velvet Underground" das Zauberwort „psychedelic" zum Synonym für die Sehnsucht der Jüngeren nach Ausbruch aus einer Welt, die sie angesichts von Vietnam und Biafra nicht mehr verstanden: Nur sechs, sieben Jahre dauerte es, daß John F. Kennedys „Ich bin ein Berliner" von Slogans wie „Ami Go Home" abgelöst wurde und an die Stelle des alle verbindenden, aus den Fünfzigern übernommenen Proamerikanismus nun Che Guevara und Ho Chi Minh für neue weltanschauliche Margen standen: Die Sechziger, eine Zeit also auch völlig neuer Polarisationen, die mit dem Schlagwort von den „Generationsproblemen" nur sehr unscharf charakterisiert waren. Amerika-Haus hier, Rudi Dutschke dort, und hinter alledem ein Krieg in Asien, der im neuen Zeitalter der sich entwickelnden Medienelektronik plötzlich und ständig mitten in deutschen Wohnzimmern stattfand, in allen Wohnzimmern.

Die Wiederbelebung einer Pop-Kultur

Was heute im Rückblick auf die Sechziger so geschätzt ist, bezieht sich vor allem auf deren erste Hälfte, nicht aber auf Kuba, Kulturrevolution und Prag. Denn auch was jene Dekade betrifft, geht es doch allemal um Verklärung und Flucht vor den Herausforderungen der Gegenwart – um Kompensate, um „Zur Sache Schätzchen", Insterburgs und Rita Tushingham in „The Knack". Es geht um Frisuren, die heute wieder so brav ausschauen wie die der Beatles, als sie noch im „Star Club" probierten, um den hochgerutschten Rocksaum nach langen Jahren vorgeblich politisch motivierter Erotikfeindlichkeit, um die längsgestreiften Beach-Boys-Hemden und amerikanische Baseballjacken.

Es geht rückblickend – trotz Kennedy-Serie im Fernsehen und bitterem Mauer-Jubiläum oder Baader-Meinhof-Reminiszenzen – allemal um die Erinnerung und Wiederbelebung einer lupenreinen Pop-Kultur, um Woodstock-Romantik gegen neue Vereinzelung, um das Paisleymuster auf dem Oberhemd, dem im letzten Jahr gar das neue Bühnenidol Prince versteckt in einem Song huldigte; es geht, oh Wunder, um eine Pop-Kultur, in der die Stars und Macher doch noch etwas älter waren als die Konsumenten, und – immer und vor allem – um jene Musik, die damals von Synthesizern *noch nicht zur sterilen Ware* heruntergrogrammiert und von den Managern der Top-Forty-Unkulturen gleichgemacht und eingeebnet wurde.

Was die Jugendlichen an „ihren" neu entdeckten Sechzigern schätzen, ist deren Geist des Aufbruchs und des Zusammenhalts, der nicht nur durch die Politik, sondern ganz wesentlich durch eine Musikkultur geschaffen wurde, die zum ersten Male überhaupt in der Geschichte auf breiter Ebene das hervorrief, was man eine eigene, nahezu autonome „Jugendkultur" nannte, einen mächtigen Freiraum gegen die Welt der Erwachsenen – eben: ausprobierte, ausgelotete Freiheit, die heute längst wieder als verloren angesehen wird.

Von den einen ist sie mit Bitterkeit verabschiedet, von den anderen, wie zum Beispiel der amerikanischen Sängerin Joan Baez, mit dem Zuruf, bei aller heutigen angeblichen Nichtkorrumpierbarkeit dennoch nicht den Hasch- und LSD-Träumereien der sechziger Jahre nachzuhängen – und damit dann auch nicht den ausgeruhten Blick für die Wirklichkeit zu verlieren: „Wir wissen, daß Afghanistan besetzt ist, / Wir wissen, daß Bolivien eine Diktatur ist, / Wir wissen, daß in Amerika Inflation herrscht. / Ah, aber unser Leben hat ja gerade erst begonnen, / Wir sind die Krieger der Sonne, / Die goldnen Jungen und die goldnen Mädchen / Für eine bessre Welt ..."

Solange die Freude über die sechziger Jahre nicht zur Droge, sondern statt der Droge genossen wird, scheint die Botschaft ja auch nicht in den Wind gesungen. Und außerdem: Wann zuvor gab es je eine Zeit, die Älteren und Jüngeren mehr gemeinsamen Gesprächs- und Verständigungsstoff liefern konnte als die Sechziger, obwohl fast eine Generation uns von ihnen trennt?

Brücken zur alten Heimat – schwarz auf weiß

Sie haben sich zur Aufgabe gemacht, die Bande zwischen alter und neuer Heimat für die Deutschen im Ausland aufrechtzuerhalten: rund 400 deutschsprachige Publikationen sind es weltweit, vor allem in Nord- und Lateinamerika, in West- und Osteuropa, im Süden Afrikas und in Australien.

Von HANS KRUMP

Wenn die LH 430 aus Frankfurt am Sonntag in Chicago gelandet ist, erhalten die Stewardessen Besuch. Mitarbeiter deutschsprachiger Zeitungen der Metropole am Michigansee holen einen Stoß bereits gelesener Zeitungen aus der Bundesrepublik ab und steuern mit ihm schleunigst ihre Redaktion an. Es gilt, den einen oder anderen Artikel, vor allem den Sportteil der „Süddeutschen", WELT oder „Bild am Sonntag" noch rasch auszuwerten, bevor die Seitenvorlagen an die Druckerei weitergegeben werden.

Alltag deutscher Zeitungsleute in Nordamerika, die ihr Blatt so heimatnah wie möglich machen wollen. Die teuren deutschen Nachrichtenagenturen kann sich kaum eine der rund 80 deutschsprachigen Publikationen (darunter gut 20 Zeitungen) in den USA und Kanada leisten, aktuell will man trotzdem sein: Fehlende Bundesliga-Ergebnisse wären für so manchen Deutschamerikaner oder -kanadier ein Grund, das Blatt abzubestellen.

Der Kampf um die deutschsprachigen Leser in Übersee ist hart. „Auf die zweite Generation der in den Nachkriegsjahren eingewanderten Deutschen können die Blattmacher kaum hoffen, die sind sehr schnell im nordamerikanischen Umfeld assimiliert", sagt Bernd Längin, zwischen 1969 und 1982 Chefredakteur des „Kanada-Kurier", „und die Alten sterben weg". Hinzu kommt, daß es eine Einwanderung Deutschsprachiger praktisch nicht mehr gibt.

Die Zahlen sprechen für sich: Gab es um die Jahrhundertwende noch rund 700 Zeitungen in deutscher Sprache in den Vereinigten Staaten, waren sie infolge des Ersten Weltkrieges 1920 auf 300 Blätter geschrumpft. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte dann noch einmal ein drastischer Einschnitt. Heute existieren zwischen New York und Los Angeles rund 50 Publikationen in deutscher Sprache, darunter Vereinsblätter wie „Das Edelweiß Echo", Gazetten für ethnische Gruppen wie die „Nachrichten der Donauschwaben in Chicago" oder auch „richtige" Tages- und Wochenzeitungen. Einige von ihnen blicken auf eine mehr als hundertjährige Tradition, wie zum Beispiel die „New Yorker Staatszeitung", die „Detroiter Abendpost" oder das „Washington-Journal".

Gelernte Journalisten können sich nur die wenigsten leisten, oft sind die Zeitungen reine Familienbetriebe: Druckerei und Redaktion gehören dann zum Wohnhaus wie Küche oder Schlafzimmer, der Familienvater ist Chefredakteur, Verlagschef und Leiter der Anzeigenabteilung.

Bindeglieder zwischen alter und neuer Heimat wollen sie sein, die rund 400 deutschsprachigen Publikationen (davon gut 50 Zeitungen) jenseits des deutschen Sprachraums. Oft ist es eine hierzulande kaum mehr verstandene gemütsmäßige Hinwendung zum Mutterland, die die Blattmacher trotz schwieriger finanzieller Lage durchstehen läßt.

Ein Blick in einige Druckerzeugnisse vermittelt dem verwöhnten deutschen Zeitungsleser einen Eindruck von den Schwierigkeiten bei der Produktion deutschsprachiger Blätter in Übersee. Artikel deutscher Zeitungen werden zum Teil in Faksimile abgedruckt, bei der Druckqualität müssen Abstriche in Kauf genommen werden, manche Blätter fungieren als Vehikel für Reisebüros. Der Anzeigenteil wirkt oft recht üppig, allerdings haben Inserate aus der Bundesrepublik ausgesprochenen Seltenheitswert. So klagte die „Detroiter Abendpost" vor Jahren darüber, daß japanische Autofirmen bei ihr inserieren würden, nicht dagegen die deutsche Automobil-Branche. Immerhin erreichen die deutschen Publikationen (Auflage 250 000) in Nordamerika rund eine Million Leser.

Nur wenigen Blättern geht es gut. Zu ihnen gehört die „Amerika-Woche" in Chicago mit einer Auflage von 25 000, nach eigenen Angaben die größte deutschsprachige Wochenzeitung in den USA. Chefredakteur Werner Baroni, der im „Deutschen Viertel" der Metropole residiert, freut sich, in den vergangenen Jahren die Zahl seiner Abonnenten konstant gehalten zu haben. „Mir macht das Schreiben Spaß, wenn ich eines Tages die Schnauze voll habe, drehe ich einfach den Schlüssel zu den Büros um", sagt der 59jährige, der vor 30 Jahren aus dem Badischen in die Staaten übersiedelte.

Den Schlüssel umdrehen, das ist kein Gedankenspiel bei der „Allgemeinen Zeitung" in Windhuk, Namibia. Schon 70 Jahre hält sich die recht modern aufgemachte Tageszeitung in der früheren deutschen Kolonie Deutsch-Südwestafrika. 25 000 Menschen in Namibia sprechen noch deutsch, und das Blatt hat mit seinen mehr als 5000 Abonnenten einen recht treuen Leserstamm. Chefredakteur Hans Feddersen, der jeden Tag mit einem Kommentar auf Seite 2 über Probleme der Welt aufwartet, ist zuversichtlich: „Wenn man bedenkt, daß es 1924 nur 800 und 1958 weniger als 5000 waren ..."

Noch professioneller wirken die deutschsprachigen Gazetten in Ost-Belgien, Süd-Dänemark oder Südtirol, die den Vergleich mit deutschen Regionalzeitungen nicht zu scheuen brauchen. Von deren Möglichkeiten können die Zeitungsmacher in Übersee nur träumen. Mehr Unterstützung von Bonn, das wünschen sich wohl alle von ihnen, die bei ihren Besuchen in der Bundesrepublik ihr Leid klagen. Zwar erhalten alle deutschsprachigen Auslands-Publikationen Materialien und Materndienste der Bundesregierung oder verschiedener Organisationen, doch hält man dies für kaum ausreichend, um auf Dauer überleben zu können. Etwas neidisch wird auf die „vorbildliche Hilfe" Roms für seine italienischen Sprachgruppen verwiesen, das dafür erkleckliche Summen ausgibt.

Bonn zeigt sich da zurückhaltender. „Geld geben wir nicht, das würde die Unabhängigkeit der Presse tangieren", wehrt Ministerialrat Gädeke vom Bundespresseamt ab. Die „DDR" hat weniger Skrupel, mit immensem Aufwand in die Bresche zu springen. Den amtlichen „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst" (ADN) gibt es umsonst – im Gegensatz zur dpa –, die zugeschickten Mehrfarb-Broschüren Ost-Berlins stellen die meisten westdeutschen Produkte in den Schatten. Und es gibt regelmäßige Einladungen zu Reisen in die „DDR".

Das Bundespresseamt registriert die Einladungs-Politik Ost-Berlins aufmerksam, hält aber Sprach-Übernahmen wie in einer brasilianischen Publikation, die Ost-Berlin als „Stadt des Friedens" feierte, für einen Einzelfall. Gleichwohl sollen die eigenen Bemühungen für die deutsche Sprache in aller Welt verstärkt werden, so wie in der Bundestags-Anhörung vom 18. Juni 1986 zur „Lage der deutschen Sprache" gefordert. Bis solche Hilfe aus Bonn in den anderen Kontinenten tatsächlich einmal durchschlägt, wird die LH 430 auf dem Chicagoer Flughafen wohl weiter den erwarteten Besuch erhalten.



Einige der rund 50 Titel deutsch-sprachiger Zeitungen im Ausland
FOTO DIE WELT

Lambsdorff spricht von Rückkehr

UR. Bonn

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Otto Graf Lambsdorff, kann sich nicht nur eine Rückkehr ins Kabinett vorstellen. Er hat inzwischen auch eine konkrete zeitliche Vorstellung davon, wann er wieder einen Ministersessel einnehmen will – in der Mitte der nächsten Legislaturperiode, vorausgesetzt, die Koalition gewinnt am 25. Januar die Bundestagswahl. Lambsdorff in der Mainzer „Allgemeinen Zeitung": „Tatsächlich geht mir die Überlegung durch den Kopf, ob ich nicht nach einer zweijährigen Wartefrist wieder ins Ministerium wechseln soll."

Die Wortwahl des Grafen – „. . . wechseln soll" – dokumentiert sein gewachsenes Selbstbewußtsein nach dem Quasi-Freispruch vom Vorwurf der Bestechlichkeit im Juli. Hindernisse für einen Posten im Kabinett Kohl sieht Lambsdorff offenbar nicht. Und das, obwohl der Kanzler ihm bei seinem Rücktritt am 27. Juni 1984 keine „Rückfahrkarte" ausgestellt hatte. „Weder habe ich damals eine Frage nach der Rückkehr gestellt noch hat der Bundeskanzler eine solche Bemerkung gemacht", hatte Lambsdorff in einem WELT-Interview erklärt.

Dennoch – der Graf hat offenbar schon eine genaue Vorstellung von seiner künftigen Aufgabe: Er will den jetzigen Amtsinhaber Martin Bangemann, so scheint es, verdrängen. Seiner Rolle bei den Freien Demokraten durchaus bewußt sagte Lambsdorff: „Mit meiner derzeitigen Position in der FDP bin ich jedenfalls hoch zufrieden. In der Wirtschaftspolitik geht nichts ohne mich." So markierte Lambsdorff die Grenzen seines Parteifreundes Bangemann.

Dieser läßt sich von dem drängenden Grafen allerdings (noch) nicht aus der Ruhe bringen. Auf die Frage, ob er dem Grafen demnächst weichen werde, hatte er in einem Gespräch bei der WELT vor einigen Wochen auf das noch laufende Verfahren im Spendenprozeß verwiesen. Es gilt allerdings als sicher, daß Lambsdorff auch in den Augen Bangemanns als ministrabel gilt, selbst wenn er wegen Steuerhinterziehung verurteilt würde – was der Graf sich durchaus vorstellen kann.

Umweltexperten fordern neue Wege für die Endlagerung von Sondermüll

Gefährliche Stoffe sollen vor Deponierung entschärft werden / Anhörung in Stuttgart

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Auf die Bundesrepublik rollt eine Sondermüllawine von bisher nicht abschätzbarem Ausmaß zu. Diese Auffassung hat der Fachbereichsleiter Abfall und Abwasser beim Berliner Umweltbundesamt, Diplom-Ingenieur Werner Schenkel, während einer parlamentarischen Anhörung in Stuttgart geäußert. Das Vorkommen potentieller Problemabfälle, die über kurz oder lang einer Sonderbehandlung unterzogen werden müßten, sei weitaus größer als bisher bekannt. Außerdem werde das Problem durch verschärfte Umweltgesetze, die angestrebte Reduzierung des Müllexports, Altlastensanierungsmaßnahmen und neue Abwasserreinigungsmethoden potenziert. Schenkel: „Alles läuft auf einen Notstand hinaus."

Bisher nur „Hilfskrücken"

Alle bisherigen Entsorgungskonzepte stellten mehr oder weniger untaugliche „Hilfskrücken" dar. Schenkel, der einen radikalen Umdenkungsprozeß auf Seiten des Gesetzgebers forderte, setzte sich dafür ein, „die produzierende Industrie in die Pflicht zu nehmen". Wer ständig neue Produkte und Stoffe auf den Markt bringe, müßte zur Rücknahme und Beseitigung der damit verbundenen Abfälle gezwungen werden.

Kern eines Entsorgungswesens mit Zukunft sei nach Auffassung des Berliner Abfallexperten nicht die optimierte Endlagerstätte für Giftmüll. Hauptentwicklungsziel müsse vielmehr eine chemisch-physikalische Vorbehandlung sein, die den verbleibenden Sondermüll so weit entschärft, daß er auch in einer Art „Parkhaus" über Tage abgestellt werden könne. Die bei Erddeponien gefürchteten Sickerwasserprobleme würden so gar nicht erst aufkommen.

Ganz so futuristisch, wie sie klingt, ist diese Vision nicht. So hat die Abteilung Umwelttechnik des Stuttgarter Bauunternehmens Züblin AG bereits Pläne für solche überirdische Lagerstätten mit einem Fassungsvermögen von bis zu 200 000 Tonnen erarbeitet. Wie ein Firmensprecher in dem von der FDP-Landtagsfraktion veranstalteten Hearing gestern erläuterte, würde der Stauraum an die Industrie zu einem Preis von 10 bis 20 Mark pro Quadratmeter und Monat vermietet werden. Die angenommene Lagerzeit von maximal 50 Jahren soll die Zeit bis zur Entwicklung neuer Entsorgungsmethoden überbrücken helfen.

Aber das ist Zukunftsmusik. Vorerst leidet auch Baden-Württemberg an den Unterlassungssünden der Vergangenheit. Klaus Mangold, Geschäftsführer der Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen in Baden-Württemberg mbH, räumte unumwunden ein, daß „wir von der Entwicklung überrannt wurden". Zugleich bedauerte er, daß das Land vor einem Jahrzehnt darauf verzichtet habe, ein eigenes integriertes Entsorgungsnetz zu stricken. Dazu gehörten ausreichende Deponiekapazitäten, eine Verbrennungsanlage, mehrere chemisch-physikalische Aufbereitungsstätten sowie eine größere Zahl von Sammelstellen für industriellen und privaten Problemmüll. „Wir brauchen Lösungen", sagte Mangold, „und das möglichst schnell".

Engpaß durch Brand

So schnell freilich geht das nicht. Der Sonderabfallbeseitigungsplan des Landes, der wenigstens eine Verbrennungsanlage und Kriterien für den Standort von zwei neuen Giftmülldeponien enthalten soll, wird erst Ende Februar dem Landtag zugeleitet. Und bis dahin muß Baden-Württemberg auch noch eine neue Facette seiner Entsorgungsprobleme bewältigt haben: Mit dem Betriebsgebäude der Firma Reinger in Wutöschingen (Kreis Waldshut) ist vor einer Woche eine von drei großen Entsorgungsfirmen des Landes in Flammen aufgegangen. 50 000 bis 70 000 Tonnen, gut ein Fünftel des gesamten baden-württembergischen Sonderabfallberges, müssen seitdem anderswo abgefertigt werden.

CDU wirbt jetzt mit dem Bild des Kanzlers

AP, Bonn

Mit der Parole „Zukunft statt Rot-Grün" zieht die CDU in die Schlußphase des Bundestagswahlkampfs. Ihr Generalsekretär Heiner Geißler stellte gestern in Bonn die zentralen Werbeplakate seiner Partei vor. Dazu gehört auch eines mit der Großaufnahme eines streng, aber keineswegs unfreundlich dreinblickenden Bundeskanzlers Helmut Kohl. Damit will die Unionspartei nach den Worten Geißlers auch ihren personellen Führungsanspruch verdeutlichen, da Kohl „mit seiner Person für die Politik der Mitte" stehe. Der CDU-Generalsekretär bekräftigte, daß das Wort „Zukunft" nicht nur bei den Werbemitteln, sondern auch in der inhaltlichen Auseinandersetzung seiner Partei mit SPD und Grünen eine zentrale Rolle spielen soll.

Deren „Krisentheorien, Katastrophenszenarien und Untergangsgemälden" wollten die Christlichen Demokraten ein „optimistisches Menschenbild" entgegensetzen, sagte Geißler. Am 25. Januar fällten die Wähler also eine politische Richtungsentscheidung zweier konkurrierender Lager. Er wolle nicht behaupten, daß es bereits bei allen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei eine inhaltliche Identität mit den Zielen der Grünen gebe, wohl aber bei einer wachsenden Mehrheit unter ihnen. Geißler nannte die SPD „Stimmungsdemokraten", die bei Themen wie Abrüstung, Radikalenerlaß und Kernenergie in Abkehr von früheren Beschlüssen ihrer eigenen Partei auf der „Emo-Schiene" führen.

Wenn Kanzlerkandidat Johannes Rau bei einer rechnerischen Mehrheit von SPD und Grünen tatsächlich nicht für eine Koalition zur Verfügung stünde, würde sie eben „ein anderer" aus seiner Partei machen, meinte der CDU-Politiker. Die Wahlkampfstrategie der Sozialdemokraten sei insofern „auf Lug und Trug aufgebaut", fügte Geißler hinzu.

SPD-Vorstandssprecher Günter Verheugen meinte, das CDU-Motto „Zukunft statt Rot-Grün" richte sich gegen ein von Geißler erfundenes Gespenst. Die CDU verschweige, wie die Zukunft aussehen solle, von der sie spreche. Angesichts der Resultate aus vier Jahren Regierung Helmut Kohl sei dies kein Wunder.

NRW-Etat signalisiert alarmierende Finanzkrise

Von HELMUT BREUER

Der Düsseldorfer Landtag berät in dieser Woche den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalens, dessen nüchternes Zahlenwerk ein objektiv überprüfbares Leistungszeugnis seines seit Herbst 1978 regierenden Ministerpräsidenten Johannes Rau darstellt. Nach den vorliegenden Zahlen kann aber das Urteil über den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten nur negativ ausfallen, da der Etat 1987 eine alarmierende Finanzkrise signalisiert. Nordrhein-Westfalen wird nämlich im kommenden Jahr bei einem Haushaltsvolumen von knapp 60 Milliarden Mark eine Gesamtverschuldung erreichen, die mit über 96 Milliarden Mark nur noch knapp unter der magischen Grenze von 100 Milliarden liegt. Für dieses Schuldengebirge muß Raus Fianzminister Posser Monat für Monat 500 Millionen

Landesbericht Nordrhein-Westfalen

Mark Zinsen überweisen, während sich die Pro-Kopf-Verschuldung der 17 Millionen Rheinländer und Westfalen auf 5750 Mark erhöht.

Schlimmer als diese bedrückenden Zahlen ist für Rau aber die von der Oppositionspartei CDU mit Akribie nachgezeichnete Verschuldungsdynamik, die erst unter der Verantwortung des im Herbst 1978 zum Regierungschef gewählten Wuppertaler Predigersohns rasant wurde. Der erste von Rau verantwortete Etat 1979 war nämlich bei einem Volumen von 48,6 Milliarden Mark noch mit einer Gesamtverschuldung von „nur" 30,8 Milliarden Mark belastet, was damals einer Verschuldung pro Einwohner von 1818 Mark entsprach. Doch in den folgenden Jahren wurde die Nettoneuverschuldung, die 1979 noch bei 4,3 Milliarden lag, atemberaubend erhöht. Verschuldungszuwächse von 8 (1980), 10,1 (1981), 8,9 (1982) und 6,7 Milliarden Mark im vergangenen Jahr, was 1986 eine Netto-Kreditfinanzierungsquote von 12 Prozent bedeutete, führten zu einer Situation, die Finanzminister Posser selbst 1985 als „chronische Krankheit, bei der eine rasche Wunderheilung nicht in Sicht ist" diagnostizierte. Tatsächlich hat sich unter der Richtlinienkompetenz von Rau das Haushaltsvolumen Nordrhein-Westfalens bis Ende 1987 um nur 11,3 Milliarden Mark oder 23,3 Prozent erhöht, während die Schuldenlawine bis Ende 1986 nach den Zahlen Possers um rund 60 Milliarden Mark oder rund 200 Prozent gewachsen ist.

Wegen dieser dramatischen Zahlen schneidet Nordrhein-Westfalen, das einmal der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik war, im Vergleich mit den anderen Bundesländern heute miserabel ab. So stiegen im Durchschnitt der Flächenländer von 1979 bis 1985 die Zinsausgaben um 147 Prozent, während sie an Rhein und Ruhr um 246,1 Prozent eskalierten. Der Schuldendienst, der 1979 noch fünf Prozent des Haushaltsvolumens beanspruchte, übersteigt heute mit 11,4 Prozent den Etatanteil jedes der Düsseldorfer Ministerien. Im krassen Gegensatz dazu sank bei steigenden Personalkosten die Investitionskraft Nordrhein-Westfalens in bedrückendem Umfang. Während die Sachinvestitionsausgaben bei den Flächenländern von 1980 bis 1984 um 0,7 Prozent verringert wurden, sanken sie in Nordrhein-Westfalen um 5,5 Prozent. Gleichzeitig wurden in Düsseldorf auch die Zuwendungen an die Gemeinden seit 1982 um insgesamt sieben Milliarden Mark gekürzt, eine Politik, die inzwischen auch sozialdemokratisch regierten Kommunen lautstark kritisieren.

Trotz dieser anhaltenden Finanzkrise reden Rau und Posser von einer Politik der Haushaltskonsolidierung, obwohl Erfolge nicht sichtbar sind. Denn auch die Rücknahme früher üppig verteilter Sozialausgaben, die nach der Feststellung des Sozialdemokraten Posser eine der Hauptursachen für die tiefe Verschuldung darstellen, wurden von den sprunghaft wachsenden Zinsverpflichtungen und der im Ländervergleich höchsten Personalkostenquote (unter Berücksichtigung der Ausgaben der beiden Landschaftsverbände) von rund 43 Prozent verzehrt.

In dieser Lage kann der Düsseldorfer Landtag sein Budgetrecht kaum noch wahrnehmen, weil bereits eingetroffen ist, was der Finanzminister bereits 1985 beschrieb, als er von der Gefahr der „Erdrosselung" des Haushalts durch die rasch steigenden Zinslasten sprach.

Teststrecke Boxberg auf dem Prüfstand

Bundesverfassungsgericht entscheidet über Allgemeininteresse des Bauvorhabens

HENNING FRANK, Karlsruhe

Die geplante Test- und Hochgeschwindigkeitsstrecke der Daimler-Benz AG in der Nähe des nordbadischen Städtchens Boxberg stand gestern selbst auf dem Prüfstand. Neun Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken, die gegen deren Willen in einer Art „Zwangstauschverfahren" auf den Stuttgarter Automobilkonzern übertragen werden sollen, haben Karlsruhe angerufen, weil sie sich in ihrem grundgesetzlich verbrieften Eigentumsrecht verletzt fühlen.

Zu Beginn der mündlichen Verhandlungen, die in diesen Verfassungsbeschwerdeverfahren (1 BvR 1046/85) von der Landesregierung in Stuttgart beantragt worden war, bot der Plenarsaal des Bundesverfassungsgerichts ein ungewohntes Bild. Vor dem Richtertisch stand ein Modell der Versuchsstrecke und an der Seite des Verhandlungssaales waren Karten und eine Projektionswand aufgestellt. Als pünktlich um 10.00 Uhr die acht Richter des 1. Senats des Karlsruher Zwillingsgerichts erschienen, fehlte der Vorsitzende und Vizepräsident Professor Roman Herzog. Da er als langjähriges Mitglied der baden-württembergischen Landesregierung auch an Kabinettsbeschlüssen zu der Teststrecke insbesondere aber zu den Flurbereinigungsverfahren in diesem Bereich beteiligt war, hatte er sich selbst für befangen erklärt. Anstelle von Professor Roman Herzog leitete gestern das bekannteste, zugleich aber auch umstrittenste Mitglied des Grundrechtsenats, Helmut Simon, die Verhandlung, an der erstmals in der 35jährigen Geschichte des Bundesverfassungsgerichts auch ein Richter des sogenannten Staatsgerichtshofsenats teilnahm.

Die neue Teststrecke, mit der in dem entwicklungsschwachen Main-Tauber-Kreis 900 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, umfaßt insgesamt 614 Hektar, von denen allerdings nur 288 Hektar benötigt werden. Die übrigen Grundstücke innerhalb des Testgeländes können weiterhin land- und forstwirtschaftlich genutzt werden. Der Stuttgarter Landwirtschafts- und Umweltminister, Gerhard Weiser, wies vor dem Bundesverfassungsgericht auf die große Bedeutung, die die Teststrecke nicht nur für die Daimler-Benz AG, sondern auch für die gesamte nordbadische Region habe, hin. Über achtzig Prozent der Bevölkerung des Main-Tauber-Kreises hätten sich für ihren Bau ausgesprochen, nur eine allerdings straff organisierte Minderheit („Bundschuh") sei dagegen, während Anwalt Siegfried de Witt fast provokatorisch fragte, ob „die Nützlichkeit der Teststrecke für die Daimler-Benz AG" überhaupt eine Enteignung rechtfertigen könne. Für seine Mandanten sei der „erhebliche Eingriff" in ihre Eigentumsrechte schon darum nicht hinnehmbar, weil sie trotz der Ersatzgrundstücke, die ihnen schon angeboten worden sind, in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt würden. Das Bundesverfassungsgericht, das seine Entscheidung im März kommenden Jahres verkünden will, wird zu prüfen haben, ob bei einer eigentumsrechtlichen Gesamtabwägung das Allgemeininteresse für den Bau der Teststrecke schwerer wiegt als das Eigentumsrecht der neuen Beschwerdeführer.

Steinkühler fordert Garantie für Stahl

dpa, Mülheim

Eine Existenzgarantie für die Stahlunternehmen und die Stahlstandorte hat die IG Metall von der Bundesregierung gefordert. In Einzelfällen, „wenn ein geordneter Rückzug anders nicht möglich ist", müßte dies auch mit öffentlichen Subventionen geschehen, sagte der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler bei der Stahlkonferenz seiner Organisation.

Diese Erhaltungs-Subventionen seien besser als die heute an Stahlstandorten übliche Subventionierung der Arbeitslosigkeit. Die IG Metall und die deutsche Stahlindustrie würden mit der Aufhebung der EG-Stahlmarktordnung konfrontiert. Kommission und Ministerrat drohten, den EG-Stahlmarkt schrittweise zu liberalisieren, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende. Stillegungen mit Massenentlassungen von Zehntausenden seien in einem Sozialstaat kaum vorstellbar.

Karlsruhe verhandelt über Paragraph 116

dpa, Karlsruhe

Die IG Metall hat gegen die Neufassung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingelegt. Die Beschwerde richtet sich unter anderem gegen die Neufassung der Bestimmung durch das Gesetz zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen (15. Mai 1986). Hierdurch waren die Voraussetzungen geändert worden, unter denen der Anspruch auf Arbeitslosen- bzw. Kurzarbeitergeld bei Fernwirkungen von Arbeitskämpfen ruht. (AZ: 1 BvR 1421/86)

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„DDR"-Bischöfe sagen Teilnahme zu

KNA, Berlin

Eine Teilnahme der katholischen Kirche „im Beobachterstatus" an einer „allchristlichen Friedensversammlung" in der „DDR" hat die Berliner Bischofskonferenz, der Zusammenschluß der elf katholischen Bischöfe und Weihbischöfe in Ost-Berlin und in der „DDR", beschlossen. Die Bischöfe, so ihr Kommunique, setzen aber voraus, daß ein vorbereitendes Treffen für eine eventuelle ökumenische Versammlung aller christlichen Kirchen in der „DDR" zustandekomme.

Stuttgart droht mit Kündigung

rtr, Stuttgart

Auf einer Kabinettssitzung hat die baden-württembergische Landesregierung ihre Absicht bekräftigt, den Staatsvertrag über die Rundfunk- und Fernsehgebühren vorsorglich für Ende 1987 zu kündigen. Ein Regierungssprecher teilte mit, die Kündigung zum Ende des kommenden Jahres solle dann wirksam werden, wenn sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer auf ihrer Konferenz morgen in Bonn nicht auf einen gemeinsamen Staatsvertrag zur Neuordnung der Medien einigen können.

‚Stimmen für Grüne stärken Lafontaine'

AP, Bonn

Die in der SPD entbrannte Diskussion um die Nachfolge von Parteichef Willy Brandt soll nach Einschätzung der Grünen von der Bedeutung der Bundestagswahl ablenken und verschleiern, daß es einen „unmittelbaren Zusammenhang" zwischen dem Ergebnis am 25. Januar und der Nachfolge Brandts gibt. „Jede Stimme für die Grünen ist eine Stimme gegen Rau und für Oskar Lafontaine als zukünftigen SPD-Vorsitzenden", erklärte das Vorstandsmitglied der Grünen, Lukas Beckmann.

Abschied für zwei Berliner Staatssekretäre

Langguth und Schuster nach Differenzen mit Senatoren versetzt

DIETER DOSE, Berlin

Der Berliner Senat hat gestern die Versetzung von zwei Staatssekretären in den einstweiligen Ruhestand beschlossen und die Nachfolger berufen. Hans-Joachim Kierey (45), derzeit Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Arbeit und Wirtschaft, wird Berlins neuer Mann in Bonn. Er löst den bisherigen Staatssekretär Gerd Langguth (40) in der Dienststelle des Senators für Bundesangelegenheiten Rupert Scholz ab. Zwischen Scholz und dem erst Anfang 1986 berufenen Langguth, zuvor einer der drei Direktoren der Bundeszentrale für politische Bildung, besteht seit Monaten ein gespanntes Verhältnis. Langguth scheidet am 14. Februar aus. Einer sofortigen Beurlaubung Langguths hatte sich die CDU-Fraktion widersetzt. Im Rathaus Schöneberg heißt es, daß sich für Langguth, dem ein „guter Draht" zu Kanzler Kohl nachgesagt wird, nach der Bundestagswahl eine neue Verwendung in Bonn finden wird. Die Position des „Bevollmächtigten des Landes Berlin in Bonn", die Langguth ebenfalls innehatte, wird Scholz wieder selbst übernehmen.

Bereits zum 31. Dezember muß Staatssekretär Hermann Schuster (53) seinen Stuhl in der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung räumen. Nachfolger wird der parteilose Wolfgang Beitz (41), Professor für Konstruktionstechnik an der TU Berlin. Wissenschaftssenator George Turner und Scholz lehnten „aus fürsorglichen Gründen" ab, Angaben über den Anlaß der Trennungen von ihren Stellvertretern zu machen. Es ist jedoch kein Geheimnis, daß beide Amtschefs mit ihren Staatssekretären erhebliche Differenzen hatten. Falls Langguth und Schuster keine neue Position finden, kommt das den Senat teuer: Pro Kopf 92 000 Mark Pension jährlich . . .

Wie starb der hohe Offizier der „DDR"-Grenzer?

BERND HUMMEL, Eschwege

Mysteriöser Tod eines hohen „DDR"-Offiziers: Der Kommandeur des I. Grenzbataillons Klettenberg, Oberstleutnant Günther Darmer, ist auf der Heimfahrt von seiner Verabschiedungsfeier durch einen Schuß aus einer Maschinenwaffe getötet worden. Dies berichteten Besucher aus der „DDR".

Die in Mitteldeutschland erscheinende Zeitung „Das Volk" veröffentlichte kürzlich einen Nachruf, in dem es heißt: „Tief erschüttert erhielten wir die Nachricht vom tragischen Tod unseres Genossen Günther Darmer". Unterzeichnet war die Todesanzeige mit „Grenztruppen der DDR, Leiter der Dienststelle".

Das von Oberstleutnant Darmer befehligte Grenzbataillon I untersteht dem Grenzregiment IV in Heiligenstadt im Eichsfeld. Nach übereinstimmenden Informationen von Besuchern aus der „DDR" war der hochdekorierte Offizier im etwa 3,5 Kilometer von Heiligenstadt entfernten Naherholungsheim der Grenztruppe „Im Pferdebachstal" verabschiedet und gleichzeitig sein Nachfolger, ein Major, eingeführt worden. Bei der anschließenden Feier soll – so die Berichte aus der „DDR" – „kräftig gezecht" worden sein.

Auf dem Rückweg kam es dann in einem Fahrzeug der „DDR"-Grenztruppe zu einem Zwischenfall. Fest steht, daß sich in dem Pkw auf den Vordersitzen ein Fahrer und Oberstleutnant Darmer befanden; auf dem Rücksitz hinter Darmer dessen Nachfolger im Majorsrang. Während mehrere Informanten aus der „DDR" berichteten, es sei zwischen den beiden Offizieren zum Streit gekommen, bei dem dann der Major zur Waffe griff und schoß, besagen andere Schilderungen, der neue Bataillonskommandeur habe „aus Scherz" die Waffe gezückt. Dabei habe sich ein Schuß gelöst.

Gesicherte Erkenntnisse liegen darüber vor, daß der Schuß vom Rücksitz aus abgegeben wurde, den Vordersitz des Beifahrers durchschlug und Oberstleutnant Darmer in den Rücken traf. Bei der anschließenden Behandlung in der Sanitätsabteilung wurde nur noch der Tod festgestellt.

Im Nachruf für den Kommandeur des „DDR"-Grenzbataillons heißt es: „Wir verlieren einen der Partei der Arbeiterklasse und der sozialistischen Heimat treu ergebenen Kampfgefährten, der seine ganze Kraft für unsere Republik und den zuverlässigen Schutz ihrer Staatsgrenze einsetzte".

Ein Strickmuster für die Wiedervereinigung gibt es nicht

Von HANS-GÜNTER HOPPE

Der Beitrag von Dr. Bernhard Friedmann „Wiedervereinigung Deutschlands als Sicherheitsgarantie für Ost und West" in der WELT vom 13. 11. 1986 liefert neue Denkanstöße für die Deutschlandpolitik. Gerade auf diesem Gebiet können neue Impulse eigentlich nur von Nutzen sein. Und doch scheint der hier gewählte Ansatz eher ein Beispiel dafür zu liefern, daß wir immer dann in der Gefahr sind, Wunschbildern zu erliegen, wenn die Utopie fasziniert.

Die Zweifel beginnen schon bei Friedmanns Bewertung von Reykjavik. Suchen die Großmächte nach neuen Sicherheitsstrukturen? Doch wohl nicht. Es geht vielmehr um einen konkreten Einstieg in die Abrüstung aller nuklearen Potentiale und gegebenenfalls um eine Rahmenvereinbarung dafür. Wenn es zu einer solchen Vereinbarung käme – und wir hoffen dies inständig –, würden dadurch natürlich die Sicherheitsstrukturen in der Mitte Europas verändert. Niemand könnte auch bestreiten, daß davon positive Wirkungen für die Lösung der deutschen Frage ausgehen würden.

Schließlich kann sich jede erfolgversprechende Deutschlandpolitik nur innerhalb jenes Koordinatensystems bewegen, das durch die europäischen und weltpolitischen Fakten und Entwicklungen vorgegeben ist. Alles, was einer realistischen Entspannung zugute kommt, dient dem Interesse Deutschlands und vor allem den Menschen, die dort getrennt durch Mauer und Stacheldraht leben. Deshalb ist es richtig, daß weiterhin der Harmel-Bericht die grundsätzliche Haltung des westlichen Bündnisses prägt. Wir müssen gleichermaßen die Fähigkeit zur Verteidigung stärken wie auch die Bereitschaft zu weitergehender Verständigung und Zusammenarbeit.

Nicht akzeptabel ist sodann die Einschätzung, die Null-Lösung bei den Mittelstreckensystemen würde den Grundsatz der Verteidigungsfähigkeit verletzen. Friedmann läßt völlig außer acht, daß die Sowjetunion jetzt bereit ist, auch über Kurzstreckensysteme und – was entscheidend ist – über den konventionellen Bereich zu verhandeln.

Die damit eröffnete Chance, mehr Verständnis und Vertrauen in die Ost/West-Beziehungen zu bringen, gilt es jetzt im Sinne unserer unveränderten deutschlandpolitischen Zielsetzung zu nutzen. Unser Ziel ist aber nicht ein neutralisiertes Deutschland mit unwägbarer Instabilität für Mitteleuropa. Auch wenn Friedmann kein neutralisiertes Deutschland vorschwebt, würde sein vages Gebilde, das bündnispolitisch selbst seinen Platz bestimmen soll, nichts anderes bedeuten.

Nein, wir dürfen in der Deutschlandpolitik nicht die Geduld verlieren. Wer kurzfristige spektakuläre Ergebnisse erhofft, verkennt die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer realistischen und pragmatischen Deutschlandpolitik.



Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Günter Hoppe antwortet auf einen Beitrag Bernhard Friedmanns in der WELT FOTO: MITCHELL

Dies gilt auch für diejenigen, die jetzt begierig den Friedmannschen Faden weiterspinnen. Sie beklagen – daran anknüpfend – vermeintliche Defizite in der Deutschlandpolitik und tun so, als hätten sie das bahnbrechende Strickmuster für die deutsche Wiedervereinigung gefunden. Wer dies tut, erweckt falsche Erwartungen und jagt der Schimäre nach, ein wiedervereinigtes Deutschland könne in der Mitte Europas eine Macht darstellen, die selbständig den Frieden sichert. Hans-Georg Wieck hat in einem bemerkenswerten Beitrag für das „Deutsche Strategie Forum" vor einigen Monaten auf die Gefahren hingewiesen, die damit verbunden sind, die Gewährleistung unserer äußeren Sicherheit auf die Beurteilungskriterien Mitteleuropas zu beschränken.

Wir sollten uns zwar bemühen, die offene deutsche Frage auf die Tagesordnung der Gipfeltreffen zwischen den Führern der USA und der Sowjetunion zu setzen, aber uns nicht der falschen Hoffnung hingeben, die beiden Weltmächte würden den Schlüssel für die Lösung ihrer Konfrontationsprobleme in der friedensstiftenden Regelung der deutschen Frage sehen. Die Bedeutung der Beendigung des unnatürlichen Zustandes in Mitteleuropa entspricht sicherlich der langfristigen Interessenlage beider Großmächte. Sie wird – so hoffen wir – auch am Ende eines langwierigen Entspannungsprozesses im Sinne der KSZE-Schlußakte stehen. Nur Tagträumer können meinen, die widernatürliche Teilung der Welt in antagonistische Blöcke könne am „deutschen (Gemein-)Wesen" genesen.

Wenn die Freien Demokraten das Schicksal Deutschlands mit dem Europas verbinden, haben wir dabei niemals allein Westeuropa im Auge gehabt. Deutschlandpolitik muß langfristig darauf ausgerichtet bleiben, die Spaltung Europas zu überwinden; die Teilung Deutschlands und Europas ist künstlich und aufgezwungen. Auf dem langen und mühsamen Weg dahin darf nicht theoretisiert, sondern muß praktisch gehandelt werden. Denn sonst müssen wir uns mit Schillers „Xenien" sagen lassen: „Das deutsche Reich? – Ich weiß das Land nicht zu finden, wo das gelehrte beginnt, hört das politische auf."

Wenn unsere Politik beharrlich der Freiheit nach innen und außen dient, wenn die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Mittel nicht um zu herrschen, sondern um zu helfen eingesetzt werden, wenn wir konsequent auf der Seite der Gerechtigkeit gegen die Ungerechtigkeit stehen, dann wird sich auch die Angst vor einem vereinigten Deutschland verlieren. Dann könnten sich eines Tages in einer auf Friedenssicherung orientierten Welt unsere Nachbarn ein vereinigtes Deutschland wünschen, weil es auch in ihrem Interesse sein größeres Gewicht auf die Waagschale des Friedens legen könnte. So muß die Wiedervereinigung zu einem Produkt der Friedenspolitik werden. Und dann behielte Wernher von Braun auch hier mit seinem Ausspruch recht: „Nichts sieht hinterher so einfach aus wie eine verwirklichte Utopie."

Jugoslawien: Petition gegen Kernkraft und Wehrdienst

Kommunistische Jugend wagt den öffentlichen Protest

CARL G. STRÖHM, Laibach

Auf einem Platz im Zentrum von Ljubljana (Laibach), der Hauptstadt Sloweniens, haben Mitglieder der Universitätssektion des kommunistischen Jugendverbandes einen „Propagandastand" aufgebaut und die Passanten aufgefordert, vier Petitionen zu unterschreiben, die der Partei- und Staatsführung vorgelegt werden sollen. Die erste Petition fordert die Abschaffung der sogenannten „Stafette der Jugend", die jährlich zu Ehren von Titos Geburtstag durch ganz Jugoslawien führt und an der sich Jugendliche aus allen sechs Republiken des Landes beteiligen. Die in der offiziellen, kommunistisch geführten Organisation zusammengeschlossenen slowenischen Jugendlichen vertreten die Auffassung, die Jugendstafette mit Personenkult und Mythisierung der Partisanentradition sei nicht mehr zeitgemäß.

In einer weiteren Unterschriftensammlung fordern die slowenischen Jugendlichen, den politischen Häftlingen in jugoslawischen Gefängnissen einen besonderen Status zuzuerkennen. Eine dritte Unterschriftensammlung fordert die Bürger auf, sich gegen Atomkraftwerke auszusprechen – und eine vierte schließlich ist für ein kommunistisches Land besonders „ketzerisch": Sie fordert die Anerkennung der Wehrdienstverweigerung und die Einrichtung eines „Zivildienstes" für Wehrdienstverweigerer nach westeuropäischem Vorbild. Zugleich verlangt die Sozialistische Jugend Sloweniens, daß die strafrechtliche Verfolgung von Wehrdienstverweigerern – die bisher in Jugoslawien allesamt mit ziemlich hohen Gefängnisstrafen rechnen müssen – eingestellt wird.

Keine Tito-Feiern mehr?

Während an der „Basis" der Jugendorganisation die totale Abschaffung der Tito-Gedächtnis-Stafette verlangt wird, versucht die offizielle Jugendführung Sloweniens zu retten, was zu retten ist, indem sie erklärt, man müsse dieser Veranstaltung lediglich einen „zeitgemäßeren" Inhalt geben. Vorgeschlagen wurden anstelle der bisherigen pathetischen Aufmärsche und Treuegelübde bisher nur Pop- und Rockkonzerte sowie Diskussionsabende.

Mit solchen Forderungen haben die slowenischen Partei-Jugendlichen bereits beim gesamtjugoslawischen Jugendkongreß im Frühsommer in Belgrad für erregte Debatten gesorgt. Inzwischen hat auch die slowenische Parteiführung – im Gegensatz zu den anderen Teilrepubliken – eingeräumt, daß man über die Forderung nach Wehrdienstverweigerung nicht einfach hinweggehen könne, sondern das Problem ausführlich diskutieren müsse.

Separatistische Tendenz

In Slowenien gilt der Militärdienst in der Jugoslawischen Volksarmee – den die jungen Slowenen meist fern von ihrer engeren Heimat, in Serbien, Bosnien oder Mazedonien ableisten müssen – als ausgesprochen unpopulär. Die jungen Wehrpflichtigen werden nicht nur in Gegenden verpflanzt, deren Mentalitäten ihnen fremd und deren Lebensstandard weitaus niedriger sind als im heimatlich-mitteleuropäischen „Musterländle" Slowenien. Darüber hinaus müssen sie in einer Armee dienen, in der alle Befehle und Reglements in einer Fremdsprache erteilt werden: Denn in der Jugoslawischen Volksarmee wird ausschließlich Serbokroatisch gesprochen – und diese Sprache unterscheidet sich vom Slowenischen wie etwa das Deutsche vom Niederländischen. Schließlich sind auch die Offiziere und Unteroffiziere der Armee fast durchweg Serben, Kroaten oder Mazedonier – denn die wenigsten jungen Slowenen entscheiden sich heutzutage für eine militärische Laufbahn.

Die Petitions-Aktion der Universitätsjugend von Ljubljana ist ein weiteres Indiz für ein gewisses Abdriften Sloweniens vom übrigen Jugoslawien. Diese Tendenz äußert sich auch auf anderen Gebieten: So wird der katholische Erzbischof von Ljubljana und Metropolit von Slowenien, Aloizije Sustar, zum erstenmal seit der kommunistischen Machtergreifung 1945 in diesem Jahr über den staatlichen Rundfunk eine Weihnachtsansprache halten. Die Forderung der katholischen Kirche, den ersten Weihnachtstag zum allgemeinen Feiertag zu erklären, ist allerdings von den Behörden in Laibach vorerst noch abgelehnt worden.

Auch auf dem Gebiet der für Jugoslawien besonders heiklen „nationalen Frage" macht sich zwischen den slowenischen und den übrigen Kommunisten Jugoslawiens eine Differenzierung immer bemerkbarer. In Slowenien herrscht die nicht unbegründete Vermutung vor, daß man in national-slowenischen Fragen weder auf die Solidarität der Serben noch der Kroaten rechnen kann.

Streik bei AFP gefährdet Frankreichs Stimme

Notwendiger Sanierungsplan stößt auf harten Widerstand der Belegschaft / Der „deutsche Desk" nach Bonn verlegt

PETER RUGE, Paris

Um alles oder nichts dreht es sich bei einem Streik in Frankreich, dem bis jetzt rund 400 von 750 Belegschaftsmitgliedern folgen. Doch dieser Ausstand hat bereits weltweite Folgen. Die Arbeitsniederlegung geht von Journalisten in Paris aus: Sie bestreiken die französische Presseagentur AFP mit dem Erfolg, daß der Informationsdienst eingestellt ist, so daß diese französische Stimme seit fünf Tagen nicht mehr zu hören ist.

In die Angelegenheit sieht sich jetzt die Regierung Chirac unmittelbar hineingezogen. Kulturminister Léotard warnte: „Wenn kein Ausweg gefunden wird, dann ist die AFP zum Tode verurteilt. Frankreich werde damit seine einzige internationale Presseagentur verlieren."

Die AFP wurde jahrelang vernachlässigt: Sie stand 1985 mit 63,7 Millionen Franc in der Kreide. 1986 brachte das Geschäftsjahr „nur" 50 Millionen Franc Verluste, für 1987 sind noch einmal rote Zahlen von 60 Millionen Franc zu erwarten. Deshalb wurde ein Sanierungsplan aufgestellt. Der neue Generaldirektor, Henri Piaget, zeigte sich nicht zimperlich: 300 Journalisten seien zu entlassen – der Dienst solle dadurch gestrafft werden, daß der „deutsche Desk" zum Beispiel in Paris aufgelöst und mit dem Bonner Büro zusammengelegt wird. Das ist bereits geschehen. Ähnliche Überlegungen gibt es für Lateinamerika, Nahost und Fernost.

Dagegen begehren die Journalisten in Paris auf. Am vergangenen Donnerstag stimmten 57 Prozent der AFP-Journalisten einem ersten befristeten Streik zu. Die Direktion zeigt aber keine Verhandlungsbereitschaft. Sie verschanzt sich hinter den Beschlüssen des Verwaltungsrates, in dem private Großkunden und staatliche Abnehmer das Sagen haben. So wurde der Ausstand jeweils um 48 Stunden verlängert – und dabei schlossen sich immer mehr Journalisten an, seit 24 Stunden reduziert auch der Fotodienst von AFP sein Angebot: Nur noch zehn Bilder pro Tag werden in die Welt gefunkt. Solidaritätsadressen von Journalisten aus ganz Frankreich erreichen die Pariser AFP-Zentrale.

Über einen Teil des Personalabbaus, so meint die Belegschaft, könne man reden – wenn die von den Gewerkschaften ausgehandelten Sozialpläne akzeptiert würden. Auf Ablehnung dagegen stoßen die Umstrukturierungen. Bisher galt, daß der AFP-Weltdienst Nachrichten aus dem französischen Erdteil in mehrere Fremdsprachen „umsetzte". Das konnte nur in Paris geschehen, wo alle Meldungen einliefen – darauf waren die Kunden des „deutschen Dienstes" in der Bundesrepublik abonniert. Mit der Verlegung nach Bonn, so argumentieren die Streikenden würde der AFP-Service in Deutsch sein französisches Gesicht verlieren und damit seine Abnehmer.

Wer daher auf den „Frankreichdienst" von AFP umsteige, müsse künftig das Französische beherrschen. Bei einem weiteren Rückgang der Sprachkenntnisse sei zu befürchten, daß ein neues Hindernis im Bemühen von Deutschen und Franzosen um gegenseitiges Verständnis errichtet werde. Der Verwaltungsrat hält diese Argumentationsweise nicht für schlüssig.

Der Ausstand bei AFP droht deshalb zur Existenzfrage für diese Presseagentur zu werden: Die Unnachgiebigkeit auf seiten der Sanierer, die Verhärtung bei den Journalisten fällt just in die Periode der neuen Vertragsabschlüsse. Die „Stimme Frankreichs" läuft Gefahr, Kunden an die anglo-amerikanischen Konkurrenz zu verlieren.

Nadschibullah fordert nationale Versöhnung

rtr, Islamabad

Der afghanische Parteichef Nadschibullah hat das Politbüro der Kommunistischen Partei (KP) über seine jüngste Reise in die Sowjetunion informiert und eine neue Initiative für die „nationale Versöhnung" angeordnet. Nadschibullah hatte bereits in Moskau vergangene Woche diese Initiative angekündigt. Radio Kabul meldete, entsprechende Anweisungen würden nun neben der KP auch den Streitkräften und den Ministerien des Landes erteilt. Es gebe „echte Möglichkeiten" für eine Lösung des sieben Jahre dauernden Konfliktes.

Die Widerstandsgruppen hatten frühere Aufrufe zu einer nationalen Versöhnung stets abgelehnt und den Abzug der etwa 115 000 sowjetischen Besatzungssoldaten verlangt. In einer Erklärung, die in Pakistan von der Allianz von sieben Widerstandsgruppen herausgegeben wurde, hieß es: „Wir sind Moslems, und wir sind nicht bereit, mit den Kommunisten eine Koalition zu gründen, da der Islam eine solche Koalition nicht zuläßt." Nadschibullah erklärte, die Kabuler Regierung sei zu jedem konstruktiven Dialog mit den politischen Kräften innerhalb und außerhalb des Landes bereit. Die Rebellen unterhalten in Iran und in Pakistan Stützpunkte.

Martschenkos Witwe wirft Behörden Verschleierung der Todesursache vor

„Alle Diagnosen widersprechen einander" / Deutsche Pfingstgemeinde unter Druck

DW/idea, Moskau/New York

Larissa Bogoras, die Witwe des am 8. Dezember dieses Jahres im Alter von 48 Jahren in einem sowjetischen Gefängnis gestorbenen Bürgerrechtlers Anatolij Martschenko, ist davon überzeugt, daß die Folgen eines viermonatigen Hungerstreiks zum Tod ihres Mannes geführt haben. Sowjetische Beamte hätten ihr unterschiedliche Todesursachen genannt, sagte sie bei einem Gespräch in ihrer Moskauer Wohnung.

Die Witwe war mit acht Freunden und Verwandten zu dem 800 Kilometer östlich von Moskau gelegenen Tschistopol-Gefängnis gefahren, nachdem sie die Nachricht vom Tod ihres Mannes erhalten hatte. Sie sagte, Gefängnisbeamte hätten ihr den Totenschein und den Obduktionsbefund vorenthalten. „Alle Diagnosen, die mir genannt wurden, widersprachen einander."

Appell Schtscharanskijs

Die Darstellung des Moskauer Außenministeriums von der vergangenen Woche, Martschenko sei nach einer „natürlichen und langen Krankheit" gestorben, wies sie zurück. Ein Arbeiter in der Gefängnis-Leichenhalle habe ihr gesagt, der Tote habe ausgesehen „wie das Opfer eines Konzentrationslagers". Sie sei überzeugt, daß ihr Mann verhungert sei.

Martschenko hatte in einem Brief vom 4. August dieses Jahres, der auf Umwegen an westliche Menschenrechtsgruppen gelangt war, mitgeteilt, er habe mit einem Hungerstreik begonnen, um auf das Los der politischen Häftlinge in der Sowjetunion hinzuweisen.

Der jetzt in Israel lebende sowjetisch-jüdische Bürgerrechtler Anatolij Schtscharanskij hat die westlichen Politiker aufgefordert, die Handelsbeziehungen zu Moskau vor allem im Hochtechnologiebereich von Zugeständnissen bei der Ausreise sowjetischer Juden abhängig zu machen. Eine solche Verbindung sei „der Schlüssel zum Problem", sagte er vor Journalisten in New York.

Schtscharanskij, der im Februar im Zuge eines ost-westlichen Austauschs von Spionen freigekommen war, vertrat die Auffassung, daß sich die Situation der Juden in der Sowjetunion zur Zeit weiter verschlechtere. Trotz der Public-Relations-Kampagne von Parteichef Michail Gorbatschow, die hauptsächlich dazu bestimmt sei, die öffentliche Meinung zu manipulieren, „ist die Unterdrükkung schlimmer als unter Breschnew, Andropow und Tschernenko", sagte Schtscharanskij.

Der „erschreckendste" Aspekt an der Situation sei jedoch, daß es im Westen keinen öffentlichen Aufschrei gebe. „Viele in den Vereinigten Staaten glauben, daß Gorbatschow zivilisierter ist und daß wir ihn nicht verärgern sollten, indem wir Menschenrechtsthemen ins Gespräch bringen." Tatsache sei jedoch, „daß die Situation jetzt schlimmer ist als in den letzten 15 Jahren".

Pfarrer zu Haft verurteilt

Die Situation einer überwiegend aus Deutschen bestehenden evangelischen Gemeinde in der fernöstlichen Stadt Tschugujewka, 210 Kilometer nordöstlich von Wladiwostok, hat sich in den vergangenen Wochen zugespitzt. Zahlreiche Mitglieder müssen unter unmenschlichen Bedingungen leben, weil sie Ausreiseanträge gestellt haben.

Um ihre Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen, waren seit 1983 sechs der rund 300 Mitglieder zählenden nichtregistrierten Pfingstgemeinde in Hungerstreiks getreten. Sieben Gemeindemitglieder sind teilweise zu langen Haftstrafen verurteilt worden, darunter auch der 36jährige Pfarrer Viktor Walter.

Machtwechsel auf Trinidad nach 30 Jahren

WERNER THOMAS, Managua

Dreißig Jahre konnte die „Nationale Volksbewegung" (PNM) die Inselrepublik Trinidad and Tobago regieren. Ein Rekord: Es war die längste Herrschaft einer Partei in der Karibik. Zu Wochenbeginn ist diese Ära zu Ende gegangen. Erstmals siegte die Opposition bei Wahlen.

Arthur Raymond Napoleon Robinson und seine „Nationale Allianz für den Wiederaufbau" (NAR) werden in Zukunft das Schicksal dieses reichsten englischsprachigen Staates der Region bestimmen. Die 1,2 Millionen Einwohner erwarten jedoch keine drastischen Kurskorrektoren. Wenn der Wahlsieger seine Versprechungen einlöst, sind eher wirtschaftliche als politische Veränderungen fällig.

Robinson, ein früherer Finanzminister, unterscheidet sich aber von dem bisherigen Premier George Chambers durch eine konservativere Gesinnung. Die PNM basiert auf sozialdemokratischem Gedankengut. Parteigründer Eric Williams, 1981 verstorben, hatte die wichtigsten Sektoren der Wirtschaft verstaatlichen lassen. Chambers wollte im Oktober 1983 nicht die amerikanische Grenada-Intervention unterstützen. Robinson betont ausdrücklich die Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten.

Sein Wahlerfolg war keine Überraschung. Meinungsumfragen hatten den Trend angedeutet, für den Beobachter vier Gründe nannten:

Die PNM wirkte verschlissen und verbraucht. Chambers hinterließ einen farblosen Eindruck. Dann konnte Robinson die vier größten Oppositionsgruppen vereinen, eine bisher einmalige Aktion. Der entscheidende Faktor scheint jedoch die bitteren wirtschaftlichen Rückschläge der vergangenen Jahre gewesen zu sein.

Der Ölstaat Trinidad and Tobago hat schwer gelitten unter dem Preisverfall dieses weitaus bedeutendsten Exportproduktes. Die jährlichen Einkommensverluste betragen zwischen 550 und 750 Millionen Dollar. Die Währungsreserven sanken von 3,16 Milliarden Dollar (1978) auf etwa 600 Millionen Dollar.

Robinson hat der PNM oft vorgeworfen, auf die wirtschaftliche Krise nicht rechtzeitig reagiert zu haben. Er vermißt eine Diversifizierung der Wirtschaft, die zu stark vom Öl abhängig sei. Der frühere Anwalt will nun solche Maßnahmen einleiten. Er denkt an Reprivatisierungsschritte und Steuersenkungen. Er glaubt aber auch, daß die Bevölkerung den Gürtel enger schnallen muß.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Demokratieverständnis?

„Steinkühler für mehr CDU-Mitglieder im DGB": WELT vom 8. Dezember

Der Gewerkschaftstag der IG Metall mit dem wenig rühmlichen Auftritt des früheren Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft, die peinliche Solidarisierung mit dem BGAG-Vorsitzenden Lappas, dessen Rücktritt nun selber aus Gewerkschaftskreisen *betrieben wurde, wirft ein bezeichnendes* Schlaglicht auf eine Gewerkschaft, die inneres Demokratieverständnis für sich zwar in Anspruch nimmt, aber selber nicht praktiziert.

Eine abweichende Meinung zu vertreten, wird mit Geschrei beantwortet – die 5 (in Worten fünf) Vertreter der Sozialausschüsse hatten nicht einmal im Ansatz die Möglichkeit, sich und ihre Ziele verständlich zu machen. Dieser Tatbestand ist in dem Tumult um Lappas nahezu in der Öffentlichkeit untergegangen; er verdient aber trotzdem noch einmal angeprangert zu werden.

Nun soll Herr Steinkühler erkannt haben, daß nur die Einheitsgewerkschaft, in der die großen Strömungen *der Arbeiterbewegung repräsentiert* seien, funktionsfähig wäre und eine Zukunft hätte, und wirbt deshalb für CDU-Mitglieder im DGB.

Persönlich frage ich mich, warum die Zusammenarbeit mit Kommunisten viel problemloser ist als mit christlich-sozialen Arbeitnehmern? Überall dort, wo die Kommunisten die alleinige Macht bekamen, wurden Gewerkschaften geknebelt und unterdrückt, ausgerechnet diese Kräfte sollen Garanten für die Einheitsgewerkschaft sein?

Die Glaubwürdigkeit wird zudem erschüttert durch den erst vor wenigen Wochen beschlossenen Leitantrag der IG Metall in Hamburg, in



Peter Keller, MdB, CDU

dem es heißt: die Einheitsgewerkschaft sei der „Zusammenschluß aller arbeitenden Menschen zur Verteidigung ihrer Interessen als Arbeitnehmer unter Hintanstellung parteipolitischer und konfessioneller Bindungen".

Welchen Reim müssen sich christlich-soziale Kollegen hierauf machen?

Peter Keller, MdB, CDU

Lanze für Kollegschule

„Aus Stuttgart eine 6 für die Kollegschule": WELT vom 25. November

Der an der Kollegschule Bethel in einem vierjährigen Bildungsgang zu erreichende doppelte Abschluß Erzieher und *Allgemeine Hochschulreife* (Abitur) entspricht im beruflichen Teil dem im Lande üblichen Standard. Die Dauer des beruflichen Bildungsgangs ist um ein Jahr verlängert.

Die Vorbereitung auf das Abitur und die Durchführung der Reifeprüfung ist in Form und Anforderungsniveau den in Nordrhein-Westfalen gültigen gymnasialen Normen völlig vergleichbar oder mit ihnen identisch. Seit fünf Jahren werden die Prüfungsvorschläge für die schriftlichen Abiturfächer vom Schulkollegium, der oberen gymnasialen Schulaufsicht, geprüft und inhaltlich und formal für richtig befunden. Von einem besorgniserregenden Leistungsabfall unserer Schüler ist nie die Rede gewesen. Die an der Kollegschule Bethel erworbenen Abiturzeugnisse sind daher von gleichem Wert wie alle anderen, die an nordrhein-westfälischen Gymnasien ausgegeben werden.

Es ist bedauerlich, daß ein für die Qualität gymnasialer Bildung streitender Kultusminister die einfachsten Gesetze einer kritischen Sachdiskussion außer acht läßt. Er sei hiermit eingeladen zu einer unvoreingenommenen Prüfung unserer Curricula im Fach „Deutsch mit Kinder- und Jugendliteratur". Ich möchte betonen, daß in unserer Schule in dem umstrittenen Fach ebenfalls Werke von Goethe, Schiller, Büchner, Frisch, Brecht und anderen nicht nur gelesen, sondern auf allen Ebenen der Lernzielanforderungen bearbeitet werden. Die „Struwwelpeter-Diskussion" ist also ein böswilliger Versuch, die Öffentlichkeit mit falschen Behauptungen gegen unseren Schulversuch zu mobilisieren.

Die „bildungspolitische Schnapsidee" der Doppelqualifikation Erzieher mit Abitur kann nur der als „Quadrat des Kreises" verkennen, der unbeirrbar an der Ansicht festhält, daß berufliches und allgemeines Lernen völlig unvereinbar seien, weil es sich um *grundsätzlich verschiedenes* Lernen und damit verschiedene Menschengruppen handele. Wir haben diesen Schulversuch bisher selbstkritisch und unter wachsamer Teilnahme aller betroffenen Gruppen durchgeführt mit dem Ergebnis, daß die Erzieher mit Abitur sich im Beruf ausgezeichnet bewähren, und daß alle, die ein Studium aufgenommen haben, genauso erfolgreich studieren wie alle anderen Abiturienten.

Über unsere Schüler liegen Untersuchungen vor, die nach der Qualität unserer Ausbildung für Studium und Beruf fragten und positive Antworten geben.

U. Klemens, Oberstudiendirektor
Kollegschule der v. Bodelschwinghschen Anstalten,
Bielefeld/Bethel

Glücksfall

„Ja, ich möchte sehr, sehr gerne in der DDR spielen": WELT vom 8. Dezember

Als sonst nicht Sport- und Tennisinteressierter habe ich dieses Interview mit großem Interesse gelesen. Ich kann danach nur sagen: ein journalistischer Glücksfall! Dies einerseits wegen der klug gestellten Fragen, andererseits aber vor allem wegen der höchst beachtlichen Reife, die der 19jährige inzwischen entwikkelt hat.

Ein Glücksfall auch, daß den Jugendlichen endlich wieder einmal eine Leitfigur gegeben ist, so daß sie über den vordergründigen Rummel hinaus eine Identifikationsfigur finden können, die wirklich zu Aussagen von Niveau und Nachdenklichkeit imstande ist.

Dr. Gerhard Schneider,
Hamburg-Bergedorf

Wort des Tages

„Achtung verdient, wer erfüllt, was er vermag."

Sophokles, griechischer Tragödienautor (496–406 v. Chr.)

Ein Lehrstück

„Nach Orlando": WELT vom 5. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus den Erfahrungen der drei baltischen Staaten kann man in der Tat einiges lernen. Was an deren Haltung im Zeitraum von September 1939 bis Mitte Juni 1940 mit am meisten verwundert, ist die Tatsache, daß alle drei Regierungen so wenig Vorsorge für den Fall der Okkupation trafen, obwohl sie von den Vereinbarungen zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich Kenntnis hatten.

Andererseits ist selbst das Wenige, *was getan wurde, so die Erteilung* entsprechender Vollmachten an die diplomatischen Dienste, der Sowjetunion bis zum heutigen Tage ausgesprochen unbequem. Verständlich ist das Interesse der Sowjets, daß ihre künftigen Opfer möglichst keine Vorsorgemaßnahmen treffen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Jonas Norkaitis,
Stuttgart 75

Beleidigung

„Streit in der Knesset um Reise Herzogs": WELT vom 5. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Knesset diskutierte über die für April 1987 vorgesehene Reise des israelischen Staatspräsidenten in die Bundesrepublik Deutschland.

Dabei soll der Minister ohne Geschäftsbereich im Außenministerium, Eser Weizman, unter anderem geäußert haben: „Ich hoffe, ich kann neben dem Präsidenten stehen, die israelische Fahne sehen und zusammen mit den Nachkommen von Verbrechern unsere Nationalhymne hören."

Diese unglaubliche Bemerkung beleidigt jeden von uns, auch den Bundespräsidenten, der sich um die Aussöhnung verdient gemacht hat.

Mit freundlichen Grüßen
Geert Oelrich,
Hamburg 55

Weihnachtsbaum

„Mit Weihnachtsbäumen auf Rekordjagd": WELT vom 6. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wermelskirchen ist zwar keine Großstadt, dafür aber laut Werbeslogan eine „Kleinstadt mit Herz". Hier bei uns steht der größte Weihnachtsbaum Deutschlands, eine noch immer wachsende Mammutkiefer, circa 24 bis 25 Meter hoch, geschmückt mit 301 Lichtern.

Die von Ihnen aufgeführten Großstädte müßten also eigentlich vor Neid ganz klein werden!

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Günter Hochstein,
Wermelskirchen 1

Personen

GEBURTSTAGE

Hermengild M. Biedermann, Augustiner *und emeritierter Professor* für Theologie und Geschichte des christlichen Ostens an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Würzburg, feierte seinen 75. Geburtstag. Professor Biedermann gründete 1947 das Ostkirchliche Institut der Augustiner in Würzburg, das er noch heute leitet. Seit 1952 gibt er die Zeitschrift „Ostkirchliche Studien" und die inzwischen 36 Bände umfassende wissenschaftliche Reihe „Das östliche Christentum" heraus.

*

Der Verleger und Herausgeber des „Donau Kurier" in Ingolstadt, Dr. **Wilhelm Reissmüller**, feiert am Freitag seinen 75. Geburtstag. Reissmüller, gebürtig aus Süßen in Württemberg, studierte zunächst Bildhauerei und Grafik, durchlief dann eine Ausbildung in einem Druckereibetrieb und einer Papierfabrik und studierte anschließend Germanistik, Kunstgeschichte und Zeitungswissenschaft. 1936 promovierte er zum Dr. phil. und kam dann nach Ingolstadt zur Zeitung. Während der Zeit des Dritten Reiches gehörte er zum Widerstand und war an der Vorbereitung des 20. Juli 1944 beteiligt. Er mußte danach untertauchen. Reissmüller, seit 1976 Ehrenbürger der Stadt Ingolstadt, hat sich stets in besonderem Maß sozial und kulturell engagiert. 1950 gründete er mit dem „Donau Kurier" eine „*Vorweihnacht der guten Herzen*", die seither 3,5 Millionen Mark – im wesentlichen für den Verein Lebenshilfe – sammelte. Eine private Stiftung Reissmüllers ermöglicht es seit 1974 der Einrichtung „Essen auf Rädern" in Ingolstadt, täglich 250 bis 300 bedürftige Menschen mit Mahlzeiten zu versorgen. Eine weitere Stiftung über 100 000 Mark kommt dem jährlichen Austausch von zwei Kunststudenten zwischen den Partnerstädten Ingolstadt und Carrara (Italien) zugute.

EHRUNGEN

Zum erstenmal wurde in München der von der CSU gestiftete Marianne-Strauß-Preis verliehen. Ausgezeichnet wurde die Sonderschullehrerin **Maria Voderholzer** (59), die vor 15 Jahren in München die ersten von heute rund 40 im kirchlichen Bereich arbeitenden Gesprächsgruppen für Alleinerziehende gegründet hatte. Der mit 20 000 Mark dotierte und an soziale Zwecke gebundene Preis wird künftig alljährlich vergeben. CSU-Generalsekretär **Gerold Tandler** betonte bei der Preisverleihung, die am 22. Juni 1984 bei einem Autounfall ums Leben gekommene Frau des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß habe die Sozialpolitik der CSU entscheidend mitgeprägt. Der frühere bayerische Arbeits- und Sozialminister **Franz Neubauer**, Mitglied des Stiftungsrats, sagte, die Stiftung sei in kurzer Zeit zu einem „Kristallisationspunkt privater Initiativen" geworden, die schnell und unbürokratisch Hilfe leisteten. Stiftungsvorsitzender **Franz-Georg Strauß**, ein Sohn des Ministerpräsidenten, bezifferte das Stiftungsvermögen auf derzeit 3,7 Millionen Mark.

*

Für seine Verdienste um die Grundlegung und Entwicklung einer Philosophie des Sports verlieh die Deutsche Sporthochschule in Köln dem Karlsruher Ordinarius für



Hans Lenk

Philosophie, Professor Dr. **Hans Lenk**, die Würde eines Ehrendoktors der Sportwissenschaft. Die Auszeichnung ist bisher nur dreimal vergeben worden. Zwei Ehrendoktoren, **Willi Daume** und **Willi Weyer**, nahmen an der Feierstunde teil. Professor Lenk (51) hatte 1960 in Rom im Deutschland-Achter die olympische Goldmedaille gewonnen und holte außerdem zwei EM-Titel im Rudern.

*

Der mit 5000 Mark dotierte Bremer Förderpreis für bildende Kunst ist an den 25 Jahre alten Zeichner und Kunststudenten **Henning Hölscher** vergeben worden. Der gebürtige Hamburger erhielt den Preis für seinen Zyklus „Elektra". In der Begründung der Jury heißt es, die in Tableaus zusammengefaßten Zeichnungen und Gouachen stellten „eine sehr eigenständige bildnerische Auseinandersetzung mit dem antiken Stoff und seiner theatralischen und musikalischen Interpretation" dar. Hölscher studiert seit 1982 an der Hochschule für gestaltende Kunst und Musik in Bremen. Er ist der erste Student, dem der Bremer Förderpreis für bildende Kunst zugesprochen wurde.

WAHL

Das Präsidium der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina zu Halle hat den Darmstädter Chemiker Professor Dr. **Klaus Hafner** zum Mitglied der Akademie gewählt. Professor Hafner, 1927 in Potsdam geboren, lehrt seit 1965 Organische Chemie an der TH Darmstadt. Die 1652 in Schweinfurt gegründete Leopoldina zählt zu den ältesten Akademien der Erde und hat ihren herausragenden Ruf bis in unsere Tage bewahren können. Die Hälfte ihrer Mitglieder kommt aus dem deutschsprachigen Raum.

*

Der Religionshistoriker an der Universität Marburg, Professor Dr. **Kurt Goldammer**, ist erneut zum Präsidenten der Internationalen Paracelsus-Gesellschaft gewählt worden. Er steht bereits seit 1968 an der Spitze der Gesellschaft.

PRÄSENTATION

Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** will am Freitag im Auswärtigen Amt den Europa-Kalender 1987 der Öffentlichkeit präsentieren. Das Auswärtige Amt hatte der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf den Auftrag erteilt, die zwölf europäischen Staaten, die der EG angehören, auf je einem Kalenderblatt künstlerisch darzustellen. Zwölf junge Künstler der Akademie haben sich ans Werk gemacht und dieses Vorhaben realisiert. Der Kalender „Europa – die Gemeinschaft der Zwölf" wird anschließend auch im freien Buchhandel erhältlich sein.

GESTORBEN

Der ungarische Schauspieler **Antal Pager** ist im Alter von 87 Jahren in Budapest gestorben. Er hatte in zahlreichen ungarischen, vor 1938 auch in mehreren deutschsprachigen Filmen mitgewirkt. Pager verkörperte vor dem Zweiten Weltkrieg im Budapester „Lustspielhaus" Hauptrollen bei Uraufführungen von Molnar-Stücken, so auch in „Liliom".

TENNIS / Bei den deutschen Hallen-Meisterschaften fehlt der hohe Favorit

Und noch ein Zuschlag für Becker

SAD, **London**

„Boris Becker geht als der reichste Teenager der Sportgeschichte ins Jahr 1987", meldete Englands größte Zeitung, „The Sun", in ihrer gestrigen Ausgabe. In einer Balkenüberschrift auf der letzten Seite verkündete das Blatt: „Der Zehn-Millionen-Pfund-Becker!" Zehn Millionen Pfund sind umgerechnet etwa 30 Millionen Mark.

So viel, das will die Zeitung exklusiv erfahren haben, soll der deutsche Sportausrüster „Puma" dem 19 Jahre alten zweimaligen Wimbledonsieger für einen neuen Fünfjahresvertrag zahlen. Brian Waters, Direktor von der Sportartikelfirma in England, sagt: „Obwohl der Vertrag noch nicht unterschrieben ist, sind wir sicher, daß es zum Abschluß kommt." Beckers Zweijahresvertrag mit der italienischen Bekleidungsfirma „Ellesse" läuft Silvester ab. Von Kopf bis Fuß in „Puma"-Ausrüstung soll Boris Becker erstmals am 3. Januar in Berlin gegen den Franzosen Henri Leconte antreten.

*

Bei den deutschen Hallen-Meisterschaften in Mainz mußte neben Jelen auch Beckers ehemaliger Doppelpartner Andreas Maurer absagen. Er leidet unter einer Muskelzerrung. So fehlen die an Nummer eins und zwei gesetzten Spieler. Und der dritte der Setzliste verabschiedete sich bereits in der ersten Runde: Völlig außer Form unterlag Daviscup-Spieler Hansjörg Schwaier dem Münchener Paul Wojtischek 2:6, 3:6.

Eric Jelen und der Platz neben Boris

JÖRG STRATMANN, **Bonn**

Dem Hauptdarsteller war seine Absage sehr peinlich. „Aber mir geht es echt nicht gut", beteuerte Tennisprofi Eric Jelen ganz unprofessionell zerknirscht. Schließlich hatte der Titelverteidiger dem Veranstalter der 20. nationalen Tennis-Hallenmeisterschaften in Mainz versprochen, wieder an diesem Turnier teilzunehmen, das beim verwöhnten Publikum ein Mauerblümchen-Dasein fristet.

Steffi Graf aus Brühl, die 17jährige Weltranglisten-Zweite, die Attraktion des Damen-Turniers, hatte bereits wie gewohnt sicher ihren Auftakt-Sieg errungen. Doch der Favorit bei den Herren mußte gestern wegen vereiterter Stirnhöhlen den säuerlich dreinblickenden Turnierdirektor Peter Dinckels enttäuschen. „Aber in dieser Verfassung spiele ich nicht", sagte Jelen in einem Gespräch mit der WELT. „Ich weiß aus Erfahrung, was für Katastrophen-Matches dabei herauskommen."

So kann der 21 Jahre alte Eric Jelen aus Trier, die Nummer zwei des deutschen Tennis, schon früher als erwartet mit seinem schwedischen Trainer Olle Palmer die Bilanz einer turbulenten Saison ziehen – und sich dabei wundern, wie schnell einer auch im mächtigen Schatten eines Boris Bekker zur Attraktion werden kann, wenn er nur richtig will.

Denn da war einmal ein hochtalentierter Jungprofi, dem ein Meister dieses Fachs sogar ein „goldenes Handgelenk" bei der Behandlung des kleinen Filzballes bescheinigte, doch der all seine Gaben über Gebühr strapazierte. Er mochte nur in Notfällen arbeiten, griff lieber zur Cola als zum Mineralwasser – und brachte es so lediglich zum Titel des „Weltmeisters im Erfinden von Ausreden", den ihm Bundestrainer Richard Schönborn verlieh. Doch diese Zeiten sind vorbei. Aus dem faulen Talent wurde ein strebsamer Arbeiter, der seinen Beruf sehr ernst nahm und der auch prompt Erfolge erntete. „Unser Ziel nach zwölf Monaten war ein Platz unter den ersten einhundert", sagt Olle Palmer. Aber das tatsächliche Resultat habe Trainer und Spieler gleichermaßen überrascht.

Eric Jelen, der damals nicht zu den besten 400 Profis zählte, hat schon Rang 32 erreicht. Für kurze Zeit, nach Wimbledon, war er sogar 23. „Boris Becker ist eine Ausnahme", sagt Trainer Palmer, „aber Eric ist auch eine." Solch einen Sprung, meint Jelen selbst, habe außer Becker noch kein deutscher Spieler geschafft.

Sieht sich da also unser nächster Weltklassespieler vor dem letzten Schritt in die absolute Spitze? Nein, nein, diesen Eindruck will Jelen nicht vermitteln. Und bei genauerem Hinsehen kann er das auch nicht.

„Ich bin keiner, der nach Erfolgen ausflippt", sagt Jelen. „Ich weiß zu genau, wie es ist, wenn man schlecht spielt." Doch in diese ruhige Zurückhaltung mischt sich auch etwas anderes. Wenn er, der ältere von beiden, bei gemeinsamen Pressekonferenzen dem souveränen Boris Becker mit großen Augen zuschaut. Oder wenn er sich, wie beim Stuttgarter Young-Masters-Turnier, zwar sauber und elegant spielend, aber still und ohne sichtbare Gegenwehr in die wuchtige Überlegenheit des Weltranglisten-Zweiten ergibt.

„Es stimmt", sagt Eric Jelen, „ich bekomme schnell Respekt vor großen Gegnern." Aber das sei doch normal, das lege sich mit der Zeit. „Ich müßte nur öfter gegen alle spielen." Boris Becker könne da kein realistisches Vorbild für ihn sein.

Wo der Teenager Becker mit Unbekümmertheit, Dickschädel und schließlich Selbstbewußtsein den Klub der ersten fünf betrat, als sei dies das Selbstverständlichste der Tenniswelt, hatte Jelen Prüfsteine vor sich, die der Kollege entweder gar nicht wahrnahm oder einfach übersprang. Beispielsweise sei er, sagt Jelen, bei seinen ersten großen Turnieren in Deutschland, in Stuttgart und Hamburg, so früh gescheitert, „weil ich viel zu nervös war, weil da jeder geguckt und gezweifelt hat". Erst nach seinen Siegen in der Daviscup-Begegnung in Essen gegen Ecuador sei diese Nervosität verflogen.

So tasten sich Eric Jelen und Olle Palmer auch nach den überraschenden ersten Erfolgen nur „langsam, bewußt und Schritt für Schritt" nach oben. „Erst einmal muß ich meine Punkte und meinen Rang verteidigen, Erfahrung sammeln", sagt der Spieler. „Zehn Monate in der Weltklasse – das ist doch nichts", sagt der Trainer. Und auf ihre Art träumen beide ganz verschwommen von den zehn Besten. „So eine Arbeit macht man nicht, wenn man nicht wirklich glaubt, da kommt was raus", meint Palmer. „Einmal beim Masters-Turnier spielen", schwärmt Jelen und erzählt vom Weltranglisten-Zehnten Andres Gomez, den er schon zweimal bezwungen hat.

Wirklich nur ein Traum? In den nächsten Tagen will sich Jelen in Monte Carlo nach einer Wohnung umsehen, „denn hier gibt es ideale Trainingsmöglichkeiten". So oft wie möglich möchte er auch mit Becker, den er als seinen Freund bezeichnet, üben und von Februar an wieder an den großen Turnieren in den USA teilnehmen.

Doch, vermuten Spieler und Trainer, trotz aller Arbeit gebe es diese letzten zehn Prozent im Leistungsvermögen, „die kann man vielleicht doch nicht lernen". Boris Becker, der habe alles. „Aber der Platz neben ihm in einer Mannschaft", sagt Eric Jelen, „das ist doch auch etwas Schönes."

STAND PUNKT

Bobs und der Sinn der Regeln

Auf dem Spiel stand die Glaubwürdigkeit einer Sportart, die um ihren olympischen Status kämpfen muß, weil das Material wichtiger wurde als der Athlet.

Es geht um den Bobsport, in dem in der Vergangenheit eine wahre Materialschlacht jede Chancengleichheit vernichtet hatte. Deshalb wurde vor einem Jahr vom internationalen Verband der Einheitsschlitten beschlossen. Offensichtlich aber mit Regeln, die ausdeutbar sind, Lücken aufweisen.

Und in diese Lücken fuhren als erste die Bobs aus der „DDR" hinein. Beim Saisonauftakt in Winterberg präsentierten die als Branchenführer gefährdeten Athleten aus dem Thüringer Wald eine neuartige Hinterachse. „DDR"-Verbandspräsident Martin Kilian beharrte darauf, daß sie „nach Buchstaben und Gesetz dem internationalen Reglement entspricht". Wieder versteckte Hydraulik, wieder Tüftelei.

In Winterberg wehrten sich acht Verbände gegen den Start des „DDR"-Schlittens. Ihr Argument: Buchstaben hin, Buchstaben her, diese Bobs überfahren den Sinn des neuen Reglements. Martin Kilian konterte als Präsident der Jury: „Wir haben hier keine philosophischen Probleme zu lösen."

Der Schwarze Peter lag fortan beim internationalen Verband. Und der, sonst nicht gerade ein Freund schneller Entschlüsse, handelte sofort: Die Hinterachse aus der „DDR" wurde verboten, trotz aller Proteste von Martin Kilian, der als Vizepräsident des Weltverbandes dem Gremium angehört, das den Entschluß faßte. Selbst die Drohung der „DDR", auf die Weltmeisterschaft in St. Moritz zu verzichten und beim Internationalen Olympischen Komitee zu protestieren, nutzte nichts.

Nun könnte man wieder einmal den Knüppel aus dem Sack holen, um auf den „DDR"-Verband einzuschlagen, der im Bob- und Schlittensport schon öfter durch Manipulationen aufgefallen ist. Doch in Italien wird auch schon ein neues Gerät getestet, das Lücken in den Bestimmungen ausnutzt, in den USA wurden für ein Projekt bereits 100 000 Dollar ausgegeben, in Riga basteln sowjetische Techniker an drei verschiedenen Projekten. In diesem Sinne geht es hier nur um eine mehr oder weniger geordnete Flucht nach vorne. Das Schreckgespenst vor Augen, den Status als olympische Sportart zu verlieren, opferte der Weltverband die „DDR"-Schlitten und beruhigte alle anderen Mitgliedsverbände. Gleichzeitig sollen trotz aller Reglement-Lücken die Versuche, den Geist der Gesetze zu umgehen, schon im Keim erstickt werden.

Doch ob das mit derartigen Verboten allein gelingen, ob die Glaubwürdigkeit einen Sieg über die raffinierten Techniker feiern kann, bleibt weiter fragwürdig. Wenn Buchstabe und Sinn eines sportlichen Gesetzestextes so weit auseinanderklaffen, wie es hier offensichtlich wird, ist der nächste Eklat programmiert. DW.

HANDBALL / Das neue Selbstbewußtsein

Nationalspieler singen im Chor: Wir sind stark

sid, **Homburg/Saar**

Singe, wem Gesang gegeben. Die Handball-Nationalspieler der Bundesrepublik Deutschland gehen fremd. 60 Tage vor der B-Weltmeisterschaft schlagen sie neue Töne an. „Wir sind stark", dieses Motto ist nicht nur das Spiegelbild ihrer spielerischen Hochkonjunktur, sondern auch der Titel einer Schallplatte, die die Spieler bei der Olympia-Qualifikation 1987 in Südtirol musikalisch begleiten soll. Heute, einen Tag nach dem zweiten Länderspiel gegen Rumänien, tauschen die Stars von Bundestrainer Simon Schobel den Ball mit dem Mikrofon, die Sportschule mit dem Musikstudio.

Einklang auf dem Parkett, Gleichklang im Chor – so jedenfalls wünscht es sich der Bundestrainer. Schobel hat auch bei dem Plattenprojekt die Rolle des Produzenten übernommen. Er kann auf eine gewisse Musikalität verweisen, als Jugendlicher hat er sein erstes Geld als Posaunist verdient. Jetzt liefert er Text und Musik zum Song „Wir sind stark", der die „ganze Atmosphäre in und um diese Mannschaft wiedergibt".

Im Refrain besingt das Team das neue Selbstbewußtsein, das selbst bei einer Niederlage nicht schwindet. Die Nationalmannschaft will mit dieser Musik, die in Passagen sehr an den Sound des deutschen Duos „Modern Talking" erinnert, allerdings nicht die Hitparaden stürmen. „Wir haben keine großen Stimmen, wir singen allerdings heller, als die Gläser klingen", sagt Mannschaftskapitän und Weltklasse-Torhüter Andreas Thiel vom VfL Gummersbach.

40 000 Schallplatten sollen in der ersten Auflage in Zusammenarbeit mit einer Hamburger Firma gepreßt werden. Während sich die Mannschaft beim ersten musikalischen Versuch vor der Weltmeisterschaft 1982 in Deutschland von einem so profihaften Bandleader wie Günter Noris leiten ließ, nehmen die Handballer diesmal die erste Stimme selbst in die Hand. Lediglich ein Chor soll zur allgemeinen Abrundung hinzugezogen werden.

Die Stärke, die sie in Musik umsetzen wollen, ist keine Phantasie. Eine Bilanz von zehn Länderspielen ohne Niederlage stand bis gestern Abend im Einklang mit dem Titel (das zweite Länderspiel gegen Rumänien war bei Redaktionsschluß noch nicht beendet). „Schobel hat eine ideale Mannschaft, die man zur Zeit woanders suchen muß", lobt der rumänische Nationaltrainer Eugen Trofin nach der 17:20-Niederlage seiner Mannschaft in Homburg/Saar. Der Bundestrainer fühlte sich angesichts dieses Lobes geschmeichelt, hört aber solche Hymnen nicht so gerne: „Unsere offizielle Plazierung in der Welt ist zur Zeit Platz sieben. Und solange wir da nicht weg sind, lassen wir uns von Zukunftsmusik nicht blenden."

NACHRICHTEN

Spielorte festgelegt

Frankfurt (sid) – Die Spielorte der Fußball-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland für die Europameisterschaft 1988 stehen bereits fest: Eröffnungsspiel in Düsseldorf (10. Juni), weitere Vorrundenspiele in Gelsenkirchen (14. Juni) und München (17. Juni). Die Orte der Halbfinal-Begegnungen sind Hamburg (21. Juni) und Stuttgart (22. Juni), das Finale findet am 25. Juni in München statt.

Sportlicher Bannstrahl

Neu-Delhi (sid) – Indiens Premierminister Rajiv Gandhi ging drastisch gegen Sportverbände des Landes vor. Er verbot ihnen bis auf weiteres jeden internationalen Vergleichskampf. Grund ist das schwache Abschneiden der 400 indischen Athleten bei den Asienspielen in Seoul (nur vier Goldmedaillen). Vom Bannstrahl verschont blieben nur die Cricketspieler.

Kasparow verlor

Brüssel (dpa) – Der Engländer Nigel Short sorgte beim Brüsseler Schachturnier für eine große Überraschung. Er zwang Weltmeister Garri Kasparow nach 45 Zügen zur Aufgabe. Der deutsche Großmeister Robert Hübner liegt bei diesem Turnier nach einem Remis gegen Lajos Portisch (Ungarn) auf Platz sechs.

Kommt Kühnhackl?

München (dpa) – Erich Kühnhackl (36), der 211 Mal in der Eishockey-Nationalmannschaft spielte, ist auf der letzten Transferliste des Verbandes erschienen und kann bis zum 31. Dezember den Verein wechseln. Zur Zeit steht er beim EHC Olten in der Schweiz unter Vertrag. Kühnhackl will zum EV Landshut zurückkehren. Er sagt: „Ich hoffe auf eine schnelle Einigung." Auch der deutsche Meister Kölner EC ist an einer Verpflichtung von Kühnhackl interessiert.

Schalke: neuer Kandidat

Gelsenkirchen (dpa) – Beim Fußball-Bundesligaklub Schalke 04 hat sich ein zweiter Kandidat für die Präsidentschaft beworben. Der 26 Jahre alte Kurt Schreiner, Angestellter im Landratsamt des Lahn-Dill-Kreises, schickte Lebenslauf und Zeugnisse. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung soll am 2. Februar der Nachfolger für den zurückgetretenen Präsident Hans-Joachim Fenne gewählt werden. Favorit des Verwaltungsrates ist Peter Paziorek (38), Stadtdirektor in Beckum.

ZAHLEN

TENNIS

Deutsche Hallenmeisterschaft in Mainz, 1. Runde, Herren: Kopf (Steinbach) – Hipp (München) 6:3, 6:4, Mroz (Leverkusen) – Dennhardt (Mörlenbach) 7:5, 6:3, Riglewski (Neuss) – Jungnitsch (Karlsruhe) 6:2, 7:6. – Damen: Meier (Kaiserslautern) – Walliser (Stuttgart) 6:1, 6:4, Renneisen (Aschaffenburg) – Franke (Essen) 6:1, 3:6, 6:0, Larwig (Augsburg) – Sorge (Stuttgart) 7:6, 6:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 287 802,40 Mark, 2: 227 259,20, 3: 8888,20, 4: 141,30, 5: 10,80. – **Toto,** Elferwette: 1: 165 630,50, 2: 2332,80, 3: 142,60. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 220 631,70, 2: unbesetzt, Jackpot 73 543,90, 3: 142,60. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 8,40, Rennen B: 2,60. – Rennen B: 1: 340,80, 2: 91,90. – Kombinationsgewinn: 25 841,60 (ohne Gewähr).

SKI ALPIN

Aufschwung im Slalom

dpa, **Madonna di Campiglio**

Auch am eisigen Slalom-Steilhang im italienischen Madonna di Campiglio demonstrierten die deutschen Skirennläufer wiedererwachte Stärke: Mit Armin Bittner (Krün) auf Rang sieben, Stefan Pistor (Weißenbrunn) auf Platz elf und Florian Beck (Gunzesried) auf Platz 13 landeten drei Vertreter des Deutschen Ski-Verbandes im zweiten Weltcup-Slalom dieses Winters auf den Weltcup-Punkterängen und schafften damit die Überraschung des Tages. Seinen ersten Weltcup-Sieg feierte der 25jährige Italiener Ivano Edalini. Mit einem Vorsprung von nur 19/100 verhinderte er einen Erfolg des 30jährigen Schweden Ingemar Stenmark, der auf diesem schwierigen Hang schon fünfmal siegreich war.

Die Schwierigkeit der Kunstschneepiste verdeutlichten die Ausfälle. Nur 29 von 84 zum ersten Durchgang angetretene Läufer qualifizierten sich für den zweiten Lauf, für den die 30 Zeitschnellsten startberechtigt gewesen wären. Alle anderen scheiterten mit Torfehlern, durch Stürze oder gaben nach Fahrfehlern auf. Zu ihnen zählte auch Riesenslalom-Weltmeister Markus Wasmeier. Er erkannte danach: „Ich wollte einen Platz unter den ersten 15. Da muß man alles riskieren. Aber ich glaube, ich habe zuviel riskiert. Jetzt bin ich wahnsinnig müde. Es waren vier Rennen an vier Tagen. Aber die Erfolge der letzten Tage haben natürlich Auftrieb gegeben."

Routiniert meisterte der 23jährige Schweizer Pirmin Zurbriggen sein Soll. Mit einem achten Rang baute er die Führung im Gesamt-Weltcup auf 105 Punkte aus, da von seinen Verfolgern weder Markus Wasmeier (Schliersee) noch Richard Pramotton (Italien), je 93 Punkte, zu Zählern kamen. Von den Favoriten stolperten außerdem im Stangenwald der Slalom-Weltcupverteidiger Rok Petrovic (Jugoslawien) und der letztjährige Weltcup-Gewinner Marc Girardelli.

FUSSBALL

Szesni droht Kündigung

sid, **Frankfurt**

Das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) hat Guido Szesni vom 1. FC Saarbrücken für sechs Monate gesperrt. Er hatte Linienrichter Ludwig Lommer am 23. November während des Spiels bei Union Solingen gegen die Ferse getreten. Jetzt droht ihm auch die fristlose Kündigung durch den Verein. Geschäftsführer Klaus Loosen: „Wir werden über die weiteren Schritte beraten, aber es muß keine Entscheidung von heute auf morgen geben. Es steht nicht nur die Fürsorgepflicht gegenüber einem Spieler im Raum, sondern auch die gegenüber dem Verein und seinen Mitgliedern."

Szesnis Anwalt Christoph Schickhardt sieht in dem Urteil den Tatbestand eines Berufsverbots: „Seine wirtschaftliche Existenz wird zerstört." Diesen Vorwurf weist DFB-Justitiar Goetz Eilers zurück: „Davon kann man nicht sprechen." Auch für eine zivilrechtliche Klage sieht Eilers nur geringe Chancen. Peter Spankowski vom VfR Mannheim habe 1974 nach einer Tätlichkeit gegen den Schiedsrichter und der Kündigung durch seinen Verein vor einem ordentlichen Gericht ebenfalls nicht recht bekommen.

Goetz Eilers verteidigte die Höhe des Strafmaßes: „Davon soll auch eine gewisse Abschreckung ausgehen." Schließlich sei eine Tätlichkeit gegen einen Spielleiter „ganz besonders schwerwiegend" und erfordere „außergewöhnliche Maßnahmen". Auch DFB-Chefankläger Hans Kindermann, momentan durch einen Handbruch außer Gefecht gesetzt, hat bei vergangenen Sportgerichtsverhandlungen immer wieder den besonderen Schutz für Schieds- und Linienrichter gefordert. Bei allem Verständnis für Szesnis prekäre Situation von seiten der Sportrichter und auch des zufällig anwesenden DFB-Trainers Berti Vogts mußte der Vorsitzende Karl Schuberth (Homburg) das Urteil verkünden: Bei diesem absichtlichen und zielgerichteten Verhalten sei die lange Sperre unumgänglich.

Breit klärt Widersprüche um Neue Heimat nicht auf

Hat Stoltenberg schon 1983 auf Probleme hingewiesen?

D. G./DW. Bonn

Mit der dritten Befragung des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit in öffentlicher und geheimer Sitzung hat der Untersuchungsausschuß Neue Heimat des Bundestages seine Beweiserhebung gestern beendet, ohne daß erhebliche Widersprüche geklärt werden konnten. Breit sagte, bei einer Zusammenkunft mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg am 6. Oktober 1983 sei er nicht über ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten der Neuen Heimat unterrichtet worden. Stoltenberg hatte vor dem Untersuchungsausschuß am 2. Dezember erklärt, er habe damals den DGB-Vorsitzenden über entsprechende Erkenntnisse des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen informiert.

Dem Untersuchungsausschuß liegt auch ein Schreiben vor, in dem die Berliner Aufsichtsbehörde mitteilte, sie habe schon in den siebziger Jahren öffentlich-rechtliche Kreditinstitute auf die Risiken ihres Engagements hingewiesen. Die Kreditvergabe von Banken an die Neue Heimat wurde von der Behörde auch wegen fehlender Unterlagen über die von der Neuen Heimat gestellten Kreditsicherheiten kritisiert, jedoch habe das Bundesaufsichtsamt auf Eingriffe verzichtet. Einzelne Hypothekenbanken haben sich nach Erkenntnissen des Berliner Amtes „einem gewissen Druck der am Markt dominierenden Neuen Heimat" gebeugt. Der DGB-Vorsitzende Breit erklärte dem Untersuchungsausschuß, er sei über diesen Sachverhalt nicht informiert worden.

„Eine Art Antrittsbesuch"

Sein Treffen mit dem Bundesfinanzminister im Oktober 1983 wertete er als „eine Art Antrittsbesuch" von Stoltenberg. Man habe seiner Erinnerung nach „nur am Rande" über die Neue Heimat gesprochen, eine Sanierung des angeschlagenen gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns sei nicht diskutiert worden.

Zu einem heftigen Disput zwischen Abgeordneten der Union und dem DGB-Vorsitzenden kam es, als Breit nach Einzelheiten der gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse der Neuen Heimat befragt wurde. Breit konnte dem Ausschuß nicht mitteilen, welche gewerkschaftseigenen Gesellschaften die Neue Heimat von dem Berliner Brotfabrikanten Schiesser zurückgekauft haben. Von Gewerkschaftsseite verlautete dazu am Rande der Ausschußsitzung, 50 Prozent der Anteile habe die Unternehmensbeteiligungs-Holding (UBH) als Tochterunternehmen der gewerkschaftseigenen Finanzgesellschaft BGAG übernommen. Die weitere Hälfte der NH-Anteile sei auf die Vermo übertragen worden, an der neben der BGAG weitere DGB-Tochterunternehmen beteiligt sind. Diese Anteile wird der DGB in das Treuhandunternehmen Neue-Heimat-Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft einbringen, die sich nach Angaben von Breit noch in Gründung befindet.

„Mitschuld zugeben"

DGB und SPD warnten davor, die Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau gesetzlich aufzuheben oder einzuschränken. Die Gemeinnützigkeit für Wohnungsbaugesellschaften sei nach wie vor sinnvoll, erklärte Breit vor dem Ausschuß. Eine mögliche Entscheidung der Regierung und des Gesetzgebers, die Gemeinnützigkeit in diesem Bereich völlig aufzuheben, halte er für falsch. Das Bedürfnis, die Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau beizubehalten, sei angesichts der noch auf lange Sicht bestehenden Arbeitslosigkeit aus sozialen Gründen dringlicher als vor sechs Jahren.

Der SPD-Abgeordnete Sperling forderte die Koalitionsfraktionen auf zu sagen, wie sie es mit der Zukunft des sozialen Mietrechts und darin dem gemeinnützigen Wohnungsbau halten. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) habe vor dem Untersuchungsausschuß seine Sympathie für den Gedanken nicht verhehlt, nur noch Genossenschaften als Träger im Wohnungsbau steuerlich zu fördern, erinnerte Sperling.

Der FDP-Abgeordnete Grünbeck kritisierte, daß weder Breit noch andere DGB-Vertreter im Verlauf der Untersuchungen eine Mitschuld am Niedergang der Neuen Heimat zugegeben hätten. Breit und die anderen Verantwortlichen müßten gefragt werden, welche Entschädigung sie an die Mieter zu zahlen bereit seien. Die monatelange Ungewißheit und anhaltende Belastungen berechtigten zu der Forderung, den Schaden für diese Menschen gut zu machen.

In Vietnam kommt Moskau China entgegen

jhe. Hongkong

Die Aufforderung des sowjetischen Politbüromitglieds Igor Ligatschow an Vietnam, sich mit China auszusöhnen, kennzeichnet die Bemühungen Moskaus, auch seine eigenen Beziehungen zu Peking zu normalisieren. Dieser Wunsch, an die Delegierten des Parteitages der KP Vietnam herangetragen, wird die chinesische Führung schon deshalb nicht als bloßes Lippenbekenntnis abtun, weil Ligatschow auch „befriedigt" feststellte, daß duch die finanzielle Hilfe der Sowjetunion an Vietnam – jährlich rund zwei Milliarden Mark – künftig mehr die wahren Bedürfnisse und Möglichkeiten der veitnamesischen Wirtschaft berücksicht werden.

Mit einer effektiveren Verwendung der Milliardenhilfe meint Moskau wohl weniger Ausgaben für die Unterhaltung der im benachbarten Kambodscha stationierten vietnamesischen Armee, dafür mehr für die Sanierung der katastrophalen Wirtschaftslage. Der Kreml kommt damit zumindest teilweise der Forderung Pekings entgegen, die Unterstützung für Hanois Militärpräsenz in Kambodscha einzustellen. Die Sowjetunion werde zwar weiterhin Hilfe leisten, jedoch kann man davon ausgehen, daß der Löwenanteil der Milliarden künftig mehr an wirtschaftliche Projekte gebunden wird.

Auch Vietnam selbst scheint an einer Verbesserung seiner Beziehungen zu Peking interessiert zu sein, zumal die feindselige Politik Chinas in den vergangenen Jahren wesentlich zur wirtschaftlichen und außenpolitischen Isolierung Hanois beigetragen und damit mehr Nach- als Vorteile gebracht hat.

Erste Versuche, das Verhältnis zu Peking zu entkrampfen, setzten nach der Wahl Troung Chinhs zum Nachfolger des im Juli verstorbenen KP-Generalsekretärs Le Duan ein. Chinh wird zu dem Flügel gerechnet, der einen Ausgleich mit China anstrebt.

Aber auch in den Kambodscha-Konflikt – das Haupthindernis für eine Normalisierung – ist Bewegung gekommen. Pol Pot, der von Vietnam verabscheute Chef der Roten Khmer, hat angeblich als todkranker Mann Kambodscha verlassen. Ein Dialog zwischen der von Prinz Sihanouk geführten Widerstandkoalition und den Vietnamesen ist damit möglich gewesen.

Shultz nennt die Bundesrepublik einen „wundervollen Verbündeten"

US-Außenminister unterstreicht Handlungsfähigkeit der amerikanischen Regierung

BERNT CONRAD, Bonn

Der amerikanische Außenminister George Shultz hat die Bundesrepublik Deutschland als einen „wundervollen Verbündeten" bezeichnet, der Bedeutendes zur gemeinsamen Verteidigung beitrage. Er distanzierte sich damit indirekt vom Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Richard Perle, der gefordert hatte, die Bundesregierung solle ihre Kredite für die „DDR" kürzen und statt dessen mehr Mittel als bisher für Verteidigung, Forschung und Entwicklung ausgeben.

„Starke Beziehungen"

Die in Bonn einhellig abgelehnte Kritik Perles an den Verteidigungsleistungen der Bundesrepublik war das erste Thema, mit dem Shultz von deutscher Seite in einer gestern nachmittag nach Europa ausgestrahlten Fernsehpressekonferenz konfrontiert wurde. Er wich zwar einer direkten Kommentierung aus, rückte aber in der Sache von Perle ab, indem er die „starken Beziehungen" der USA zur Bundesregierung rühmte und es als wichtig bezeichnete, konstruktive Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu erreichen. Genau darum bemühe sich die Bundesregierung gegenüber der „DDR".

Offensichtlich mit dem Ziel, europäische Irritationen über die Washingtoner Turbulenzen nach den Waffenlieferungen an Iran auszuräumen, unterstrich Shultz die Handlungsfähigkeit seiner Regierung und ihre unverändert geltende Verantwortung für eine wirksame nukleare Abschreckung, die sowjetisches Territorium erreiche. Auch die starke Landstreitmacht Amerikas in Europa werde beibehalten werden.

„Unser Bündnis mit den westeuropäischen Ländern bleibt das Hauptelement der Sicherheit der Vereinigten Staaten", fuhr der Außenminister fort. „Wir haben eine starke Allianz, die alles das, was auf dem Papier ihrer Verträge steht, in die Tat umsetzt. Dafür leisten wir unsere Führerschaft." Der zurückliegende Besuch von Verteidigungsminister Caspar Weinberger und seine eigene Teilnahme an der Brüsseler NATO-Ratsitzung unterstrichen die konsequente Fortsetzung der amerikanischen Außenpolitik. Shultz begrüßte die einmütige Unterstützung der amerikanischen Abrüstungsvorschläge im Bereich der Mittelstreckenraketen und der strategischen Raketen durch die NATO-Außenminister.

Auf die Frage, ob ein geschwächter Präsident Ronald Reagan nicht den Forderungen des Kongresses nach stärkeren Handelsbarrieren nachgeben könnte, erwiderte Shultz, die US-Regierung werde weiterhin für offene Märkte eintreten und einen Protektionismus ablehnen. Generell versicherte er, Reagan werde mit seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten fertig werden, in dem er alle Fakten auf den Tisch lege und dafür eintrete, daß alle vor Gericht gestellt würden, die Gesetze verletzt hätten.

Signal an Iran

Die Möglichkeit weiterer Waffenlieferungen an Iran besteht nach den Worten des Außenministers „unter den gegenwärtigen Umständen" nicht. Der Präsident habe ein Signal an Teheran gegeben. Weitere Signale seien nicht notwendig. Ziel der USA sei ein Ende des Golfkrieges. Shultz bezeichnete es als einen Fehler, „Handel mit Geiseln" zu treiben. Denn das ermutige nur jene Leute, die Geiseln nehmen wollten.

Mit Bulgarien Gespräche über Kriegsgräber

Co. Bonn/Sofia

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein bulgarischer Amtskollege Petar Mladenow haben die Beziehungen zwischen beiden Ländern bei einem längeren Gespräch unter vier Augen in Sofia übereinstimmend als gut und problemlos bezeichnet. Diplomatische Beobachter hielten diese Aussage angesichts des gegenwärtig stark abgekühlten deutsch-sowjetischen Verhältnisses und der engen Kontakte Sofias zur Kreml-Führung für bemerkenswert. Genscher unterstrich ausdrücklich die Bedeutung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau.

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes beschlossen die beiden Minister, daß die deutsch-bulgarischen Verhandlungen über ein wissenschaftlich-technisches Abkommen und über Doppelbesteuerung zügig fortgesetzt werden sollen. Experten sollen die Möglichkeiten eines Binnenschiffahrtsabkommens erörtern. Genscher begrüßte die Tatsache, daß das bulgarische Rote Kreuz direkte Gespräche mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge aufgenommen habe. Er erneuerte den Wunsch nach Errichtung eines Kulturinstituts der Bundesrepublik in Sofia.

Besonderen Wert legte der Bundesaußenminister darauf, Mladenow, Ministerpräsident Georgi Atanassow und vor allem Staats- und Parteichef Todor Schiwkow, mit dem er gestern mittag zusammentraf, das Bonner Interesse an konkreten Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen auf der Basis der Ergebnisse von Reykjavik darzulegen. Er bezeichnete die Beschlüsse des zurückliegenden NATO-Außenministerrates als ein Signal für Zusammenarbeit und Abrüstung, das von den Staaten des Warschauer Paktes ernst genommen werden sollte.

Genscher bekräftigte den Willen der NATO-Partner, über konventionelle Stabilität in Europa zu verhandeln. Nach ihrer Ansicht sollte es auch möglich sein, ein weltweites C-Waffenverbot und eine Vereinbarung über die Mittelstreckenraketen zu erzielen. Im Anschluß daran müsse dann über die Raketen kürzerer Reichweite verhandelt werden. Bei den strategischen Potentialen wiesen die Brüsseler Vorschläge ebenfalls den Weg zu einem Ergebnis.

CSU dringt auf „Korrekturen"

dpa, München

Die CSU erwartet von der Bundesregierung nach der Bundestagswahl „korrigierende Akzente" um die Wahrnehmung europäischer Interessen innerhalb der westlichen Allianz zu verbessern. „Ohne Rücksicht auf Besitzstände" seien neue Instrumente nötig, um in der Außen- und Sicherheitspolitik neben den starken USA einen „wirklich ebenbürtigen Partner Europa" zu schaffen, forderte gestern vor der Presse in München der Vorsitzende des CSU-Fachausschusses Deutschland- und Außenpolitk, der CSU-Europaabgeordnete Franz Ludwig Graf Stauffenberg.

Die Diskussion um eine europäische Beteiligung am amerikanischen SDI-Projekt habe gezeigt, daß Westeuropa von einer eigenständigen Rolle im Bündnis weit entfernt sei. Die EG müsse an den strategischen Entscheidungsprozessen mitwirken.

Dregger-Mahnung an die Sowjets

dpa, Bonn

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger hat das Interesse der Union an guten deutsch-sowjetischen Beziehungen unterstrichen. Zugleich machte Dregger in einem Interview der Deutschen Welle deutlich, daß dem die deutsche Teilung entgegenstehe.

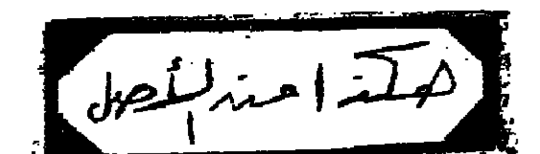
Normale Beziehungen zwischen beiden Ländern könne es nach Ansicht von Dregger erst geben, „wenn Deutschland wiedervereinigt ist". Die Wiedervereinigung werde durch die Sowjetunion verhindert. „Sie bewirkt, daß die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas aufrechterhalten bleibt."

Das gegenwärtige abgekühlten deutsch-sowjetischen Verhältnis führte Dregger auch darauf zurück, daß die Sowjetunion sich in den Wahlkampf in der Bundesrepublik Deutschland einmische.

„Richterwahl undemokratisch"

DW. Bonn

Im Vorfeld der Neubesetzung von sechs der 18 Stellen beim Bundesverfassungsgericht fordern die Grünen ein neues Wahlverfahren für die Karlsruher Richter. Otto Schily und Christian Ströbele verlangten zudem ein öffentliches Anhörungsverfahren, in dem die Bundestagsabgeordneten und der Bundesrat Bewerber für das höchste Richteramt befragen können. Das gegenwärtige Wahlverfahren sei undemokratisch. Zwar seien nach dem Grundgesetz Bundestag und Bundesrat für die Auswahl der Richter verantwortlich, in der Praxis aber fielen die Entscheidungen in einer von den großen Fraktionen gebildeten Arbeitsgruppe und einer von den Justizministern besetzten Kommission. Schily sagte, es gehe nicht an, daß der Bundeskanzler eine ihn kontrollierende Instanz mit auswählen könne.



Exportabhängigkeit

Exportanteile am gesamten Produktionswert in %

Produktionsbereich	%
Textilien	39
Kunststoffteile	40
EBM-Waren	42
Elektrotechnik	42
Kohle	44
Autos	45
Chemie	54
Maschinen	56
Eisen und Stahl	62
NE-Metalle	63

ausgewählte Produktionsbereiche

Quelle: Stat. Bundesamt

Die Existenz vieler Unternehmen und damit vieler Arbeitsplätze hängt vom Export ab. Die Hauptabnehmer deutscher Exporte sind vor allem die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft mit einer dominierenden Rolle Frankreichs. QUELLE: IMU

MÄRKTE & POLITIK

Erzeugerpreise: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist der Index für gewerbliche Produkte im November um 4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gesunken.

Bundesbank: Der Zentralbankrat wird morgen den Kurs für die Geldpolitik 1987 festlegen und das Geldmengenziel für die kommenden zwölf Monate nennen.

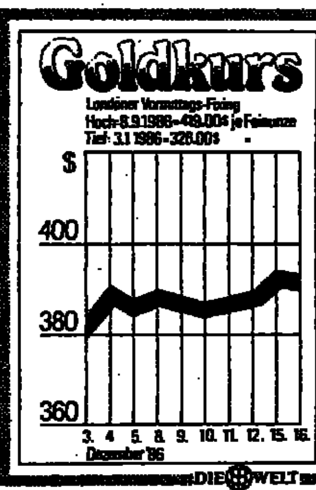
Italien: Die Industrieproduktion ist im Oktober gegenüber dem Vorjahrsmonat um 4,2 Prozent gestiegen.

USA: Zur größten Bankenfusion in der Geschichte kommt es durch die Übernahme der Texas Commerce Will Chemical durch Chemical New York.

Hausbesitzer: Zwei Drittel aller Bundesbürger, die bisher zur Miete wohnen, sehen in eigenen vier Wänden einen wichtigen Bestandteil der Altersvorsorge, dies geht aus einer Infratest-Umfrage im Auftrag der Bausparkassen hervor.

Japan: Nach der Verlangsamung des Wirtschaftwachstums 1986 rechnen führende Wirtschaftinstitute auch für das Fiskaljahr 1987 mit geringen Zuwachsraten.

FÜR DEN ANLEGER



Bundesobligationen: Pünktlich zum siebten Geburtstag hat ihr Bruttoabsatz die 100 Mrd. DM-Marke überschritten.

Zulassung: Die Ende Juni öffentlich plazierten 200 000 Inhaberaktien der Merck AG sind jetzt auch zum offiziellen Handel an der Schweizer Hauptbörse zugelassen. Seit gestern werden sie in Zürich, Basel und Genf notiert.

Anleihen: Vier Auslandsanleihen im Gesamtvolumen von 600 Mill. DM hat die Bundesbank in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1986 begeben.

DM-Wandelanleihe: Am deutschen Kapitalmarkt will die größte belgische Holdinggesellschaft, Société Générale de Belgique, eine Wandelanleihe begeben. Zeitpunkt und Umfang sind noch nicht bekannt.

KFW: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau verbilligt ihr KfW/ERP-Finanzierungsprogramm: Darlehen ohne vorherige Reservierung kosten ab sofort 6,78 (bisher 6,82) Prozent Zins, verbindliche Reservierungen 6,98 (bisher 7,02) Prozent.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 278,36 (276,11); Chemie: 167,39 (166,39); Elektro: 359,34 (356,21); Auto: 740,86(730,85); Maschinenbau: 142,48 (140,93); Versorgung: 167,76 (166,33); Banken: 407,24 (402,26); Warenhäuser: 182,33 (180,78); Bauwirtschaft: 530,06 (527,71); Konsumgüter: 182,14 (180,82); Versicherung: 1350,31 (1355,18); Stahl: 137,04 (135,71).

Kursgewinner:	DM	+ %
Dt. Cont. Rück.	1000,0	8,70
Kali-Chemie	475,00	6,03
Enka AG	320,00	4,92
Seitz Enzinger	162,50	4,77
Dt. Atl. Tel.	910,00	4,60

Kursverlierer:	DM	– %
Bekula	138,00	6,76
Monachia	3300,0	4,86
Magdeburg. Feuer	750,00	4,46
Pittler	114,00	4,20
Zeiss Ikon	481,00	3,99

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Freundlich

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	15. 12. 86	12. 12. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	138,50	138,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	74,00	71,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	126,25	122,00	121,50	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Hapag Lloyd: Mit einem geringeren Jahresüberschuß 1986 rechnet Deutschlands größte Reederei. Wesentliche Ursache sei der gesunkene Dollarkurs. (S. 11)

Thyssen Industrie: Auf 111 Mill. DM wurde das Ergebnis gesteigert. Die freien Aktionäre erhalten eine Garantiedividende von 60 Prozent der Thyssen-AG-Ausschüttung. (S. 11)

Renault: Raymond Levy, Chef des belgischen Stahlkonzerns Cockerill-Sambre, ist zum neuen Präsidenten des Automobilkonzerns berufen worden. (S. 10)

Continentale: Durch eine Liberalisierung auf den europäischen Versicherungsmärkten sieht sich der Versicherungsverbund kaum berührt. (S. 11)

KKB: Seit gestern firmiert die Bank nach einem Beschluß der außerordentlichen Hauptversammlung als Aktiengesellschaft. In den Vorstand wurden Ronald E. Geesey, Peter Luetker-Bornefeld und Willy Weyers berufen.

NAMEN



US-Notenbank: Der deutschstämmige Henry Wallich (Foto) ist aus Gesundheitsgründen von seinem Vorstandsposten zurückgetreten.

Rudolf Hell GmbH: Einer der Pioniere der Nachrichtentechnik, Dr.-Ing. Rudolf Hell, wird am Freitag 85 Jahre. Die von ihm gegründete Rudolf Hell GmbH gehört heute zum Siemens-Konzern.

Frankreich: Der Arbeitgeber-Verband CNPF hat gestern den Chef der französischen Tochter von Unilever, François Perigot (60), zum neuen Präsidenten gewählt.

WER SAGT'S DENN?

Unverantwortlich ist, wenn Verantwortliche keine Sachkunde und Sachkundige keine Verantwortung haben.

Arno Sölter

Agrarminister beschließen endlich eine Kürzung der Milchquoten

Rindfleischproduktion in der Gemeinschaft soll ebenfalls gedrosselt werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft haben sich weitgehend auf Maßnahmen zur Drosselung der Milch- und Rindfleischproduktion verständigt. Nach einer der langwierigsten Verhandlungsrunden in der Geschichte des Gemeinsamen Marktes einigten sie sich gestern auf eine weitere Kürzung der (zu festen Preisen garantierten) Milchquoten sowie auf erschwerte Bedingungen für den Aufkauf von Rindfleisch durch die öffentlichen Interventionsstellen.

Ziel des Kompromißpaketes ist es, ein weiteres Ausufern der Kosten der Agrarpolitik (1987 voraussichtlich rund 51,8 Milliarden Mark) zu verhindern. Zugleich will die EG damit den wachsenden Schwierigkeiten mit ihren Handelspartnern begegnen. Der für Exporterstattungen und Lagerkosten erforderliche Finanzaufwand droht den Plafonds der Eigeneinnahmen der EG bereits im kommenden Jahr zu sprengen (voraussichtliches Defizit im Etat 1987 mindestens 6,2 Milliarden Mark). Im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) gerät die Gemeinschaft trotz ihres vitalen Interesses an an einer Liberalisierung des Welthandels zunehmend in die Defensive.

Mit Rücksicht auf die von der Bundesregierung vertretene These, wonach eine Reform der Brüsseler Agrarpolitik nur über eine Beschränkung der Garantiemengen bei Überschußerzeugnissen und nicht über Preissenkungen verwirklicht werden kann, ließ der Ministerrat von vornherein alle Vorschläge beiseite, die auf eine stärkere Steuerung der Erzeugung durch den Markt abzielten. Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle setzte sich auch mit seiner Meinung durch, daß es billiger sei, die Landwirte für den Verzicht auf Milchproduktion zu entschädigen als die auf dem Markt nicht absetzbare Erzeugung zu lagern oder zu verschleudern.

Der Rat einigte sich schließlich nach mühsamen Beratungen darauf, daß die Milchquoten zum 1. April nächsten Jahres (zusätzlich zu der bereits 1986 beschlossenen zweiprozentigen Reduzierung durch Quotenaufkauf) um weitere vier Prozent und im folgenden Jahr nochmals um 2,5 Prozent gesenkt werden. Für die vierprozentige Kürzung, die formal als eine „befristete lineare Aussetzung" bezeichnet wurde, soll den Bauern eine Entschädigung von 10 Ecu je 100 Kilo (20,30 Mark) gewährt werden. Diese kann im ersten Jahr noch aus nationalen Mitteln um 2,5 Ecu (5,75 Mark) aufgestockt werden.

Für das zweite Jahr wurde der Einkommensausgleich noch nicht präzisiert. Das hat Kiechle zu einer Protokollerklärung herausgefordert. Der Rat sieht vor, entweder eine Kompensation wie 1987/88 vorzunehmen oder die Mitverantwortungsabgabe für die Milcherzeuger generell um ein Prozent heraufzusetzen.

Für die südlichen EG-Länder und Irland wurden Sonderbestimmungen vereinbart, die sie praktisch von der strengen Verpflichtung zur Kürzung der Produktion ausnehmen. Diese Staaten hatten erfolgreich geltend gemacht, daß sie weniger Milch erzeugen als verbrauchen und daher auch für die Überschußerzeugung in der EG nicht verantwortlich gemacht werden könnten.

Gute Impulse für die Weltwirtschaft

Minister Bangemann: Binnennachfrage läßt die deutschen Importe stark wachsen

HEINZ HECK, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Bangemann rechnet 1987 nicht mit einem Einbruch im Exportgeschäft. Vor dem Außenwirtschaftsbeirat seines Hauses erinnerte er gestern an die Prognosen der Fünf Weisen und der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die sich zwischen real 1,5 und drei Prozent bewegen bei einem Anstieg des realen Welthandels um voraussichtlich drei Prozent. Wachstumsmotor bleibe auch im kommenden Jahr eine gute Binnenkonjunktur. Sie werde dazu beitragen, daß die realen Importe 1987 stark überproportional zum Sozialprodukt wachsen.

Mit dieser außenwirtschaftlichen Anpassung, also der Korrektur der hohen Handelsbilanzüberschüsse, liefere die deutsche Wirtschaft „ihrem Gewicht entsprechend auch positive Wachstumsimpulse für die Weltwirtschaft" (die realen Importe sind in den ersten zehn Monaten 1986 gegenüber dem Vorjahr um 6,5, die realen Exporte um 1,5 Prozent gestiegen).

Ursächlich für diesen Korrekturprozeß sei neben der guten Inlandsnachfrage die reale Aufwertung der D-Mark vor allem gegenüber dem Dollar (1986 gegenüber Vorjahr gut ein Drittel). Im Verhältnis zu den wichtigsten Handelspartnern, den Mitgliedsländern des Europäischen Währungssystems (EWS), hielten sich die Einbußen an preislicher Wettbewerbsfähigkeit dagegen in Grenzen.

Angesichts der in letzter Zeit vor allem von den USA erhobenen Forderungen nach einer aktiveren Rolle der Bundesrepublik in der internationalen Konjunkturpolitik betonte Bangemann, die zur Zeit laufende außenwirtschaftliche Anpassung werde „von der internationalen Kritik zunehmend verstanden". Die USA forderten zunehmend Strukturreformen bei Steuern, Subventionen und auf dem Arbeitsmarkt.

Die Bundesrepublik müsse sich ungeachtet hoher nominaler Überschüsse (rund 110 Milliarden Mark Handelsbilanzüberschuß 1986) durch weitere Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit „auf das veränderte internationale Umfeld einstellen". Wie zuvor der Sachverständigenrat schätzt auch Bangemann den Verteilungsspielraum für die Tarifrunde 1987 geringer ein als den für dieses Jahr. „Weitere Kostenentlastungen von der außenwirtschaftlichen Seite (Ölpreisverfall und Wechselkurskorrektur) sind nicht zu erwarten."

Kritisch zur Politik Washingtons erklärte er, der gegenwärtige „policy mix" von expansiver Geldpolitik und noch unklarer Haushaltskonsolidierung sei kaum geeignet, das Handelsbilanzdefizit (Schätzung für 1987 auf 140 Milliarden Dollar) und Auslandsverschuldung zurückzuführen.

Commerzbank setzt auf Konsum und Investitionen

sz, München

Gesichert erscheint der Commerzbank AG, Frankfurt, die Fortsetzung des Konjunkturwachstums 1987 um etwa drei Prozent unter der Voraussetzung, daß sich der Dollar-Kurs auf dem gegenwärtigen Niveau stabilisiert. Dabei wird unterstellt, daß sich das derzeit flaue deutsche Exportgeschäft schon im ersten Halbjahr wieder erholt und letztendlich um zwei (1986: ein) Prozent wächst. Die Importe werden erneut ein Plus von sechs Prozent aufweisen.

Motor der Konjunktur aber werden der private Verbrauch mit plus vier (4,5) Prozent Wachstum und die Investitionstätigkeit der Unternehmen mit plus fünf (vier) Prozent bleiben. Zu einer zusätzlichen Stütze dürfte dabei nach Ansicht der Konjunkturexperten der Bank die Bauwirtschaft werden, nachdem sie nun die Talsohle durchschritten hat. Keine Sorgen sollte die Inflationsrate mit plus ein (minus 0,2) Prozent bereiten.

Größere Risiken für das Inland sieht die Bank, wie sie vor Korrespondenten in München ausführte, allenfalls in der bevorstehenden Tarifrunde. Die Arbeitgeber seien offensichtlich nicht so „kampfbereit" wie in früheren Jahren. Doch zu hohe Lohnabschlüsse gingen dann letztendlich weniger zu Lasten der Unternehmen, sondern wirkten sich eher negativ auf den Arbeitsmarkt aus.

AUF EIN WORT



„Unternehmenskrisen sind Managementkrisen, wie Unternehmenserfolg Managementerfolg ist. Hiervon ist abzuleiten, daß die bestmögliche Besetzung der Schlüsselpositionen und die langfristige Bindung hohen Managementpotentials der sicherste Garant für den Unternehmenserfolg ist."

Hanns Schulz, Inhaber der HS-Unternehmensberatung, Hamburg. FOTO: DIE WELT

Ausgleichsfonds erhöhen statt Kohlepfennig

DW. Essen

Die Anhebung des Kohlepfennigs von derzeit 4,5 Prozent im Durchschnitt der Strompreise auf über zehn Prozent der Stromkosten kann vermieden werden, wenn der Kreditrahmen für den Ausgleichsfonds von zur Zeit 500 Millionen Mark erweitert würde. Diese Meinung vertrat der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ludwig Gerstein, in Essen vor der Presse.

Gerstein kann sich eine Aufstockung dieses Rahmens auf zwei Milliarden Mark vorstellen, aber auch eine Streckung der Mittel über mehrere Jahre. Auf diese Weise ließe es sich erreichen, „mit einer sieben vor dem *Komma*" beim Kohlepfennig auszukommen. Aber selbst diese Höhe sei für die revierfernen Bundesländer noch ein „harter Brocken."

In diesem Jahr bleiben bei einem durchschnittlichen Kohlepfennig von 4,5 Prozent noch 2,7 Milliarden Mark ungedeckt, sagte Gerstein. Bei unverändert niedrigen Ölpreisen entsteht auch im kommenden Jahr eine Ausgleichsforderung in dieser Höhe. Wollte man diese 2,7 Milliarden Mark vollständig über den Kohlepfennig decken, so würde diese Abgabe auf durchschnittliche 9,5 Prozent des Strompreises steigen. Gersteins Warnung: Die Aufgabe des energiepolitischen Konsens' werde für die Kohle „verheerende" Folgen haben.

Schweiz blockiert „Waffen-Konten"

Die Wende in der Iran-Affäre – Bankgeheimnis durch Gerichtsverfahren gefährdet

ALFRED ZÄNKER, Genf

In der Iran-Affäre, bei der Gelder aus amerikanischen Waffengeschäften mit Teheran über Schweizer Konten an die antisandinistischen Contra-Rebellen geflossen sind, ist eine neue Wende eingetreten. Nun hat das Bundesamt für Polizeiwesen in Bern die „vorsorgliche Blockierung" der für diese Transaktionen benutzten Konten bei einer Genfer Filiale der Schweizerischen Kredit Anstalt (SKA) für die Dauer zunächst eines Monats verfügt. Bis dahin sollen die Voraussetzungen für ein ordentliches Verfahren geschaffen werden, das zur Aufhebung des Bankgeheimnisses führen könnte.

Ein erstes vorläufiges Rechtshilfebegehren Washingtons war von den Schweizer Behörden zunächst als unvollständig und unzureichend abgewiesen worden. Es ging nicht deutlich genug hervor, ob gegen die beschuldigten amerikanischen Bürger bereits eine Strafuntersuchung eingeleitet worden war, und ob der vermutete Tatbestand auch in der Schweiz strafbar gewesen wäre. Die „doppelte Strafbarkeit" in beiden Ländern gilt hierzulande noch als entscheidende Voraussetzung für die Gewährung internationaler Rechtshilfe.

Nun hat Washington in einem zweiten Begehren die fehlenden Unterlagen nachgeliefert. Den beschuldigten Personen werden „Verstöße gegen die Amtspflicht und verschiedene vermögensrechtliche Delikte" vorgeworfen. Sie hatten mindestens zwei Konten bei der SKA; eines unter dem Firmennamen „Lake Ressources Incorporated", für Zahlungen von Scheinfirmen des CIA benutzt. Einer der drei Angeklagten ist der Oberst Oliver North, ehemaliges Mitglied der amerikanischen Sicherheitsbehörde. Bei den beiden anderen soll es sich um den General Richard Secord und um Albert Hakim, einen amerikanischen Geschäftsmann iranischer Abstammung handeln.

Die Schweizerische Kredit Anstalt hatte die Konten auf amerikanische „Bitte" hin schon am 5. Dezember von sich aus eingefroren um Komplikationen zu vermeiden und nicht nachträglich für den Abzug von Geldern verantwortlich gemacht zu werden. Sie war deshalb in Bankkreisen kritisiert und auch von der Presse wegen ihres „vorauseilenden Gehorsams gegenüber den USA" scharf angegriffen worden. Ohne den jetzt von Bern getroffenen offiziellen Entscheid hätte sie – unter dem Druck der Kritik – die Konten wieder freigeben müssen.

Für Gerüchte, denen zufolge auch Waffenlieferungen für Iran über die Schweiz gelaufen sein sollen, gibt es nach Angaben der Bundesanwaltschaft in Bern „vorläufig keine Anhaltspunkte".

Opec-Minister ringen weiter um Mengen und Preise

Über die 18 Dollar je Faß als Ziel ist man sich einig

Zä. Genf

Bei der Ministerkonferenz der Opec-Länder in Genf zeichnet sich auch nach sechs Tagen noch keine Einigung über die erstrebten Produktionskontrollen ab. Die Positionen hätten sich angenähert, man sei einem Abkommen „schon ganz nahe", heißt es in Konferenzkreisen. Dennoch könnten sich die Verhandlungen bis zum Wochenende hinziehen, meinen skeptische Beobachter, da nach einer Einigung über die Produktion noch schwierige Details wie die Preisdifferenzen für unterschiedliche Qualitäten zu regeln seien.

Zustimmung findet das eher optimistische Ziel, die Opec-Ölpreise im ersten Quartal 1987 bei 18 Dollar pro Faß zu stabilisieren, wesentlich über dem bisherigen Niveau von etwa 14 Dollar. Man sieht auch ein, daß damit die Produktion scharf gedrosselt werden müßte. Die Radikalen wie Libyen und Algerien plädieren für zehn Prozent, andere für fünf bis sieben Prozent. Aber der Irak, der sich seit Jahren nicht an seine Opec-Förderquote von 1,2 Millionen Faß pro Tag hält, besteht immer noch darauf, mit 2,3 Millionen Faß gleich viel wie der Iran zu produzieren, was wiederum Teheran ablehnt. Auch Ecuador und Gabun wollen sich nicht an den Produktionskürzungen beteiligen.

Die große Unsicherheit über den Ausgang der Konferenz zeigt sich an den starken Spotmarkt-Preisschwankungen. So wird bezweifelt, daß es bei der heutigen Ölschwemme möglich sein wird, die Preise anzuheben und zu stabilisieren. Bei 18 Dollar würde die Versuchung der finanzschwachen Opec-Staaten und unabhängiger Ölproduzenten wieder groß, mehr zu produzieren.

Nur das Beste, bitte

Py. – „Dem Weihnachtsgeschäft fehlt dieses Jahr die Dynamik", sagte dieser Tage der Chef eines großen Konzerns im Lebensmittel-Einzelhandel. Und meinte damit fehlenden Umsatz in den Kassen. Wer in den letzten Wochen Handel und Wandel hierzulande selbst einkaufend betrachtet, kann das nicht bestätigen. Soweit es sich um den Fachhandel mit höher- und hochwertigen Waren und Geschenkartikeln handelt, sieht er sich mit wahren Kauforgien konfrontiert. Vom Guten nur das Beste, bitte.

Die fehlende Dynamik bezieht sich nur auf den Handel mit dem, was um die Festtage herum auf den heimischen Tisch kommt. Das verleitet selbst kaum zu Dynamik, sondern (ver)führt eher zur Genußsucht: Süßes, Fettes, Alkoholhaltiges. Der Handels-Chef sieht die Absatzprobleme im Wetter begründet. Wein und Spirituosen „gehen" bei lauem Wetter nicht, und das Geflügel, vor allem das aus Osteuropa, scheint wegen Tschernobyl und den Folgen verpönt.

Nun kann der Grund für die fehlende Dynamik viel einfacher sein. Vielleicht nehmen die Bürger nur Abschied von der (Edel-)Freßwelle der letzten Jahre ? Vielleicht denken sie stärker an ihre Gesundheit und machen mit dem Kauf von „Körnerfutter", Müsli, Bio-Säften und Ballastriegeln den Reformhäusern eine Freude? Vielleicht wollen sie sich auch nur schlicht einige Feiertage ohne Magendrücken, Bauchweh und Kopfschmerz gönnen und lesend ein paar Tage privaten Bildungsurlaub einlegen? Trotz des anhaltenden Trends zum Zweitbuch, die Sortimenter könnten noch Umsatz gebrauchen.

Womit geht 007 baden?

Von HANNA GIESKES

Wenn Derrick in einem Wagen mit bekannter weiß-blauer Marke Verbrecher in München jagt, was ist das? Es ist dasselbe wie die beiläufige Bemerkung einer James-Bond-Gespielin, sie werde ihrer Katze jetzt ein bestimmtes Dosenfutter reichen: Product Placement, die Herausstellung von Markenartikeln in Kino- und Fernsehfilmen. Und nichts hat die deutsche Werbewirtschaft 1986 mehr beschäftigt als dieses angeblich neue Werbeinstrument.

Tatsächlich aber handelt es sich um einen alten Hut: Schon in den fünfziger Jahren bevorzugte James Bond eine bestimmte Champagner-Marke, und immer, wenn er aus dem Wasser taucht, guckt er intensiv auf seine Uhr. Allerdings sind in der jüngsten Zeit immer mehr Markenartikler unter diesen Hut geschlüpft. Sie beteiligen sich an den Produktionskosten von Filmen in der Erwartung, daß der Produzent ihre Artikel besonders herausstellt.

Nichts wird in der Werbewirtschaft so intensiv diskutiert wie Product Placement. Der Aufwand, mit dem diese Diskussion geführt wird, entspricht jedoch keineswegs der Bedeutung dieses Werbeinstruments.

Da dies in vielen Fällen nichts anderes ist als Schleichwerbung, sahen sich die Intendanten der ARD veranlaßt, Grundsätze für die Trennung zwischen Werbung und Programm zu formulieren. Und ZDF-Intendant Dieter Stolte hat kürzlich in einem Interview geäußert, bei ihm werde es kein Product Placement mehr geben.

Hier beginnt schon die Begriffsverwirrung, denn es ist nicht alles Schleichwerbung, was Product Placement heißt: Maßstab ist immer die Glaubwürdigkeit. Da Derrick ein Auto haben muß, ist es einleuchtend, daß er dieselbe Marke fährt wie die „richtige" Münchner Polizei; es wäre sogar ausgesprochen töricht, ihn etwa in einen amerikanischen Schlitten zu setzen. Wenn nun der bayerische Automobilbauer dem Hersteller des Films das Auto zur Verfügung stellt und damit dessen Etat entlastet, dann ist das zwar Product Placement, aber keine Schleichwerbung.

Anders verhält es sich mit der Katze: Es ist dramaturgisch völlig unerheblich, ob sie besagtes Dosenfutter, Tartar oder Kekse frißt, mehr noch: Die ganze Katze ist dramaturgisch unerheblich. Sie wurde in die Handlung nur eingeführt, um sich mit einem Markenartikel füttern zu lassen. Und das ist ein klarer Fall von Schleichwerbung.

Leider sind die Fälle meist nicht so klar, sondern eher in einer Grauzone angesiedelt. Was ist mit der Silvesterparty im Fernsehen, bei der selbstverständlich Sekt oder Champagner getrunken wird – darf die Marke zu erkennen sein? Mit dem Inspektor, der sich, nachdem er den Gauner geschafft hat, noch einen Whisky gönnt? Hier läßt sich die Marke oft schon an der Form der Flasche erkennen: soll der Inspektor deshalb Kaffee trinken? Das wäre sicher übertrieben. Schließlich sind Markenartikel aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken, und wenn ein Filmproduzent mitten ins Leben greift, dann sind zwangsläufig ein paar Markenartikel dabei.

Auf einem anderen Blatt steht die Frage, was es den Herstellern dieser Markenartikel bringt, ihre Produkte gegen Entgelt außerhalb der Werbung im Fernsehen oder im Kino auftreten zu lassen. Es gibt große Markenartikler, die dem Product Placement jegliche Werbewirkung absprechen; andere hingegen beteiligen sich daran. Sicher kann es Sinn machen, die Leitbildfunktion bestimmter Figuren werblich zu nutzen. Doch ob der Absatz einer bestimmten Schweizer Markenuhr dadurch beeinflußt wird, daß James Bond mit ihr baden geht?

Die Wahrnehmungsfähigkeit von Fernsehzuschauern ist nicht besonders ausgeprägt. Das Wiesbadener Institut Enigma hat kürzlich herausgefunden, daß Bandenwerbung in Stadien von den Betrachtern am heimischen Fernsehgerät kaum zur Kenntnis genommen wird. Die Vermutung liegt nahe, daß die Reaktionen auf Product Placement ähnlich sind. Ob sie zutrifft, will der Gesamtverband Werbeagenturen jetzt in einer Studie untersuchen.

Der Aufwand, mit dem die Diskussion um Product Placement geführt wird, entspricht im übrigen keinesfalls der Bedeutung, die dieses Instrument tatsächlich hat. Angeblich umfaßt die Produktplazierung ein Werbevolumen von höchstens 50 Millionen Mark: das ist nichts im Vergleich mit dem gesamten Werbevolumen, das in diesem Jahr mehr als 16 Milliarden erreichen wird.

Wahrscheinlich wird sich an dieser Relation nicht allzuviel ändern, und dafür gibt es gute Gründe: Wenn die Zuschauer merken, daß ein Film mehr Werbung als Handlung enthält, schalten sie ihr Fernsehgerät ab oder um. Das weiß auch die werbungtreibende Wirtschaft. Und außerdem ist die Gefahr sehr groß, daß der Schuß nach hinten losgeht: So wird es einem schwäbischen Automobilbauer möglicherweise nicht gefallen, daß der Schurke von Dallas den guten Stern von Untertürkheim fährt.

„Mittelstandsbauch" abbauen

Verbände legen Forderungskatalog zur Steuerreform vor

HH. Bonn

„Die Politik der Bundesregierung in der auslaufenden Legislaturperiode hat den Wert der beruflichen Selbständigkeit für Wirtschaft und Gesellschaft stärker herausgestellt, als es in der Zeit der sozialliberalen Koalition der Fall war." Mit diesem Fazit verbinden der Bundesverband der Selbständigen – Deutscher Gewerbeverband (BDS), die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM) und der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) die Forderung nach „einer entschiedenen Politik für den selbständigen Mittelstand" in der nächsten Legislaturperiode.

Sie legten gestern ihren Forderungskatalog für Reformen des Steuer- und Sozialsystems sowie zur Verbesserung des Ordnungsrahmens für Selbständige vor. Die Einführung einer steuerstundenden Investitionrücklage steht nicht auf ihrer Prioritätenliste. Vorrangiges Ziel der Steuerreform sei die Beseitigung des „Mittelstandsbauches" durch die Einführung eines linear-progressiven Tarifs, eine allgemeine Senkung der Steuersätze und die Beseitigung der steuerlichen Diskriminierung der Selbständigen bei den Vorsorgeaufwendungen für Alter, Krankheit und Existenzsicherung. Schließlich fordern sie den „entschlossenen Abbau der Subventionen".

Raymond Lévy ist neuer Renault-Chef

Der Wundermanager vom Stahlkonzern Cockerill-Sambre vor neuen schweren Aufgaben

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der neue Präsident des staatlichen französischen Automobilkonzerns Renault heißt nun doch Raymond Lévy. Er tritt heute auf Grund eines Regierungsbeschlusses die Nachfolge des vor genau vier Wochen in Paris ermordeten Georges Besse an. So lange hat es gedauert, bis die Regierung den 59jährigen „Wundermanager" in Brüssel – gegen welche Kompensationen auch immer – loseisen konnte. Sein Fünfjahresvertrag als Präsident des belgischen Stahlkonzerns Cockerill-Sambre, dessen Sanierung er so erfolgversprechend eingeleitet hatte, lief noch bis Mitte 1990.

Zuvor war Lévy nach einer Karriere bei dem Mineralölkonzern Elf-Aquitaine Präsident des französischen Stahlkonzerns Usinor gewesen, wo er sich als Krisenmanager einen Namen gemacht hat. Das Veto zu dem von der sozialistischen Regierung aus sozialen Gründen geforderten (überflüssigen) Walzwerks von Gandrange führte Mitte 1985 zu seiner Ablösung. Seine Ausbildung entspricht der eines deutschen Bergassessors.



Raymond Lévy FOTO: DPA

Die Aufgabe, vor der Lévy jetzt in Frankreich steht, ist wohl noch schwieriger als seine belgische. Denn Renault ist kein normales Industrieunternehmen, sondern ein nationales Symbol, vor allem für den sozialen Fortschritt. Die Belegschaft, deren Privilegien nicht mehr tragbar waren, brachte dem Unternehmen nach dem Umschwung der Automobilkonjunktur enorme Verluste: zusammen 23 Mrd. Franc in den letzten zwei Jahren.

Inzwischen geht es Renault etwas besser. Für dieses Jahr wird ein Defizit von „nur" noch fünf Mrd. Franc erwartet, nachdem Besse die Belegschaft im Autosektor seit seinem Amtsantritt von Anfang 1985 um 21 000 auf 77 000 Mitarbeiter reduziert hatte. Auch konnte Renault auf dem Inlandsmarkt gegenüber seinem privaten Konkurrenten Peugeot aufholen. Um den Export ist es aber nach wie vor schlecht bestellt.

Lévy, der in Belgien innerhalb von fünf Jahren 2000 Arbeitsplätze wegrationalisieren wollte, müßte bei Renault allein im nächsten Jahr nochmals 6000 Mitarbeiter freisetzen – die Möglichkeiten zu weiteren vorzeitigen Pensionierungen sind inzwischen praktisch erschöpft, um das von Besse aufgestellte Ziel des monatlichen Defizitausgleichs bis Ende nächsten Jahres zu erreichen.

Führungskräfte-Kritik an Blüm

Sprecherausschüsse müssen gesetzlich verankert werden

fu, Bonn

Mit seiner in der Öffentlichkeit vorgetragenen Ablehnung gesetzlich verankerter Sprecherausschüsse bringt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die CDU ins Zwielicht und sich selbst auf „strammen Gewerkschaftskurs". Dieser Ansicht ist jedenfalls die Union der Leitenden Angestellten (ULA). Sie argumentiert, daß führende CDU-Politiker wie Generalsekretär Heiner Geißler, Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger und der Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Gerhard Zeitel, der ULA gerade in jüngster Zeit die Zusage gegeben hätten, die seit langem geforderten Sprecherausschüsse in der nächsten Legislaturperiode gesetzlich zu verankern.

Dagegen lehnte Blüm in einem Zeitungsinterview die gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse mit der Begründung ab, von einer „Balkanisierung der Betriebsverfassung in Gruppenrechte" habe niemand etwas; die Interessen der Leitenden Angestellten könnten ebenso wie die der Jugendlichen vom Betriebsrat wahrgenommen werden.

Dem hält der Essener Führungskräfteverband entgegen, daß Leitende Angestellte „erfahrungsgemäß" nicht in den Betriebsrat passen: „Sie kommen unausweichlich in einen Interessenkonflikt zwischen Aufgabenstellung und Interessenwahrung." Interessengerecht und konfliktfrei können nach Auffassung der ULA – das habe die Vergangenheit immer wieder gezeigt – nur Sprecherausschüsse sein.

El-Sayed verliert Fermenta

Kontrolle des Biotechnikkonzerns geht an Gläubiger über

DW. Stockholm

Der Konzernchef und bisherige Haupteigentümer des in Schwierigkeiten geratenen schwedischen Biotechnik-Unternehmens Fermenta, Reefat el-Sayed, verläßt das Unternehmen und hat die Kontrolle an die Gläubiger übergeben, weil er seine Schulden nicht bezahlen kann. Ein großes Paket an Fermenta-Aktien ist an das Investmenthaus Industrivaerden, den Hauptgläubiger, übergegangen, dem el-Sayed 570 Mill. schwedische Kronen schuldet.

Die Verbindlichkeiten von el-Sayed, der etwa vier Fünftel des Aktienkapitals von Fermenta kontrollierte, gegenüber Industrivaerden waren am Montag fällig geworden. Der 40 Jahre alte Ägypter hatte als Sicherheit Aktien hinterlegt. Das nun an die Finanzholding übergegangene Paket repräsentiert 43 Prozent des stimmberechtigten Kapitals der in den Bereichen Antibiotika und Tiermedizin tätigen Fermenta-Gruppe. Vereinnahmt wurden vier Mill. A-Aktien (voll stimmberechtigt) zum Stückpreis von 90 schwedischen Kronen und die ebenfalls hinterlegten 2,98 Mill. B-Aktien (mit begrenztem Stimmrecht) zum Preis von 70 schwedischen Kronen. Der neue Fermenta-Haupteigentümer kündigte an, auf der Sonderversammlung der Aktionäre am 30. Dezember einen neuen Vorstand vorzuschlagen. Das Wichtigste sei nun, das Vertrauen von Kunden, Lieferanten und Gläubigern zurückzugewinnen.

Am Wochenende hatte der Vorstand des Fermenta-Konzerns zum 30. Dezember geschlossen seinen Rücktritt angekündigt, nachdem von den Revisoren Fehler bei der Buchführung in den letzten Geschäftsberichten aufgedeckt worden waren. Danach müsen die in einem Zwischenbericht vom August für 1985 und 1986 gemachten Gewinnprognosen deutlich nach unten korrigiert werden. An der Stockholmer Börse wurde daraufhin am Montag der Handel mit Fermenta-Aktien gestoppt.

In Schweden sind gleichzeitig Untersuchungen über Insidergeschäfte aufgenommen worden, die Fermenta-Angehörige 1985 und 1986 beim Handel mit Aktien des Unternehmens getätigt haben sollen.

Internationale Finanzen

Dreifacher Hexensabbat: Mit dem Wunsch, die vierteljährliche Abrechnung der Termin- und Optionskontrakte des Standard-+-Poor's-500-Aktienindex von der Eröffnung des Freitagsgeschäfts auf den Schluß zu legen, und zwar für den März-Kontrakt mit dessen Ablauf am 19. März, ist die Chicago Mercantile Exchange (CME) an die US-Aufsichtsbehörde für die Warenterminmärkte (CFTC) herangetreten. Damit sollen Auftragsungleichgewichte behoben werden, die dadurch entstehen, daß Aktienindextermine, -Optionen und Optionen auf einzelne Aktien gleichzeitig auslaufen. Dieser „dreifache Hexensabbat" oder „triple witching" kommt regelmäßig am dritten Freitag der Monate März, Juni, September und Dezember vor. Es wird angenommen, daß die CFTC dem Wunsch der CME nachkommt.

Asbestklage: Zwei der 27 von Manville Corp. wegen Verlusten aus Asbestklagen verklagten Versicherungen haben sich zu einer Zahlung von gemeinsam 38,5 Mill. Dollar an Manville bereit erklärt.

Sfr-Anleihen: Am 7. Januar 1987 legt die **Nippon Gas** eine fünfjährige Wandelanleihe über 50 Mill. sfr auf. Der Kupon beträgt 2,125 Prozent. Der Wandelpreis wurde bei einem Wechselkurs von 97.16 Yen/sfr auf 867 Yen festgelegt.

Von 2,25 auf 2,125 Prozent hat die **Takashimaya Co.** ihre fünfjährigen Notes mit Warrants über 50 Mill. sfr nach unten revidiert.

Mit einem Kupon von 2,125 Prozent begibt die **Daiwa Kosho Lease** am 29. Dezember eine fünfjährige Optionsanleihe über 120 Mill. sfr. Der Ausübungspreis wurde bei einem Wechselkurs von 97,20 Yen/sfr auf 872 Yen festgelegt.

Dollar-Anleihen: Über 100 Mill. Dollar legt die **Kajima Corp.** am 23. Dezember eine fünfjährige Optionsanleihe auf, die mit einem Kupon von 3,375 Prozent ausgestattet ist. Bei einem Wechselkurs von 164,40 Yen/Dollar beträgt der Ausübungspreis 1384 Yen.

Dayton Hudson emittiert Eurobonds über 100 Mill. Dollar mit einem Kupon von 7.5 Prozent zu 101,75. Die Anleihe wird am 15. Januar 1992 fällig. Sie soll in Luxemburg notiert werden.

Doppelwährungs-Anleihe: Mit Fälligkeit 6. Januar 1992 begibt die **Mitsui + Co.** eine achtprozentige Doppelwährungsanleihe zu 101,875 Prozent. Die Zinsen werden in Yen gezahlt, während jeder Bond über 1 Mill. Yen zu 5,764 Dollar abgelöst wird. Dabei wurde ein Wechselkurs von 173,49 Yen/Dollar zugrunde gelegt.

Yen-Anleihen: Die chinesische **Tianjin International Trust + Investment** wird am 19. Dezember erstmalig auf Yen lautende Bonds am Tokioter Kapitalmarkt auflegen. Die zehnjährigen Smurai-Bonds über 10 Mrd. Yen werden zu pari begeben und mit sechs Prozent verzinst.

Kyushu Electric Power begibt am 22. Dezember eine zweiprozentige Wandelanleihe über 40 Mrd. Yen mit Fälligkeit 29. März 2002. Der Wandelpreis beträgt 2847 Yen.

Im Wege der Privatplazierung hat die **Weltbank** eine 20jährige Anleihe über 20 Mrd. Yen, verzinst mit 6,10 Prozent, zu pari aufgelegt. (H. WL)

Aus der Gefahrenzone gerollt

Iveco Magirus mit Plus bei Produktion, Absatz und Gewinn

VWD, Ulm

Obwohl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch in diesem Jahr für den Nutzfahrzeughersteller Iveco Magirus AG, Ulm, nicht günstig waren, ist das Unternehmen im Geschäftsjahr 1986 „gut über die Runden gekommen". Umsatz und Beschäftigtenzahlen sind zwar nicht gestiegen, jedoch gab es in Produktion, Absatz und auch Gewinn Zuwachsraten. Wie Vorstandsvorsitzender Wolfgang Keller erklärte, sei das Unternehmen damit endgültig aus der Gefahrenzone herausgekommen und habe wieder eine gesicherte Zukunft.

Nach Darstellung von Keller hätte Iveco Magirus im laufenden Jahr etwa 5 Prozent mehr Umsatz erzielen können, wenn nicht in der Produktion schwerer Bau- und Straßenfahrzeuge vorübergehend Engpässe aufgetreten wären. So stagniert der mit ebenfalls unverändert rund 6500 Mitarbeitern erzielte Umsatz bei 1,8 Mrd. DM.

Dennoch produzierte das Unternehmen knapp 13 000 Fahrzeuge und damit etwa 2000 mehr als 1985. Verkauft wurden rund 17 000 Einheiten, etwa 1500 mehr als im Vorjahr. Weiter gebessert hat sich nach den Angaben auch das Ergebnis: Nach 31,2 Mill. DM in 1985 werde der Jahresüberschuß nun 50 Mill. DM betragen.

Mit den Zahlen des Jahres 1986 ist das zur Fiat-Gruppe gehörende Unternehmen nach den Worten von Keller dem Markttrend gefolgt. Während die Nachfrage nach Magirus-Produkten im Inland stagnierte und in außereuropäischen Ländern, vor allem im Nahen Osten, sogar Einbrüche zu verzeichnen waren, registrierte man auf den europäischen Märkten kräftige Steigerungen. Iveco Magirus habe 1986, so Keller, in Europa – ohne Inlandsmarkt – etwa 6000 Fahrzeuge verkauft, 2500 mehr als im Vorjahr.

Dies wird mit zusätzlichen Lieferungen schwerer Straßenfahrzeuge einer Baureihe erklärt, die früher in Turin gefertigt wurde. Insgesamt sind von diesen Fahrzeugen 1986 etwa 3000 (1000) Einheiten in Ulm gebaut worden. Somit erzielt Iveco Magirus inzwischen etwa 40 Prozent seines Geschäftsvolumens im europäischen Ausland.

AUSSCHREIBUNGEN

Deutsche Bundespost
Öffentliche Ausschreibung

- Aufforderungs- und Zuschlagsstelle:
  Fernmeldezeugamt
  Dienststelle Bs 31–10
  Fernsprecher (0 40) 46 60–3 20
  Postfach 54 06 07
  2000 Hamburg 54
- Die Angebote sind einzureichen bei:
  Fernmeldezeugamt
  OSt Og.TD
  Postfach 54 06 07
  2000 Hamburg 54
- Art und Umfang der Leistungen:
  Los 1: IXION – Tischbohrmaschine BTB 15
  Los 2: Hering – Absaugeschweißtisch
  Los 3: Dolid – Doppelschleifmaschine
  Los 4: Heermann – Späneabsauggerät
  Los 5: REMA – Doppelschleifmaschine
  Los 6: Ess – MIG/MAG – Schutzgasschweißgerät

  Preisstellung: Frei Empfangsstelle
- Lieferfrist: 6. Woche 1987

Die Verdingungsunterlagen können bis spätestens zum 22. 12. 1986 kostenlos abgefordert werden bei:
Fernmeldezeugamt
DSt Bs 31–10
Postfach 54 06 07
2000 Hamburg 54

Ablauf der Angebotsfrist: 9. 1. 1987

Zahlungsbedingungen nach VOL/B § 17 mit ZVB Ausg. 1983.

Die Zuschlagsfrist/Bindefrist endet am 26. 1. 87.

Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gem. VOL/A § 2 27.

Bewerber, die mit der o. g. Dienststelle bisher nicht in Geschäftsverbindungen standen, werden gebeten, ihrem Teilnahmeantrag Unterlagen beizufügen, nach denen ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilt werden können.

Eine Beteiligung am Wettbewerb kann erst nach Vorlage eines Prüfzeugnisses erfolgen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Hartig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Giesken, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 48,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Drehscheibe im Ostgeschäft

Viele Vorteile Berlins als überregionaler Finanzplatz

ot. Berlin

Berlin soll als Finanzplatz weiter ausgebaut werden. Das betonte gestern Finanzsenator Günter Rexrodt, wobei er an die Großbanken appellierte, bei ihren Entscheidungen über die Einrichtung von überregionalen Finanzdienstleistungen Berlin einzubeziehen. Eine Untersuchung der Berliner Bank AG, die Vorstandsmitglied Knut Fischer erläuterte, gibt Berlin als Finanzplatz besondere Chancen bei der Beschaffung von Eigenkapital für kleine und mittlere Unternehmen sowie ihren Zugang zur Börse, in der Finanzierung des Osthandels und von Kompensationsgeschäften.

Im einzelnen weist die Bank darauf hin, daß es in Berlin elf sogenannte Venture-Capital-Gesellschaften gibt, die neue oder wachsende Unternehmen mit Risikokapital versorgen. Von ihren Beteiligungsmitteln von 600 Mill. DM hätten sie aber erst 60 Mill. DM in 50 Beteiligungen investiert. Die Bank gibt zu überlegen, ob nicht auch westdeutsche Konzerne Beteiligungsgesellschaften in Berlin gründen sollten. Immerhin biete Berlin hier eine Körperschaftssteuerpräferenz von zehn Prozent. Ganz besonders widmet sich die Bank den Möglichkeiten des Ost-Geschäftes, wo Berlin sich durchaus mit Wien messen könne. Zudem verfügten die Berliner Banken über ein spezielles Know-how in der Finanzierung des Ostgeschäftes.

Für die Kreditwirtschaft sieht die Berliner Bank im Forfaitierungsgeschäft besondere Chancen. Darunter versteht man den Ankauf von Forderungen gegen einen Abschlag – ohne Rückgriff auf den Verkäufer. Der ankaufenden Bank liegt ein Schuldanerkenntnis eines Ostlandes vor. Zweitens spricht sich die Berliner Bank für die Gründung eines Zentrums für Kompensationsgeschäfte in Berlin aus, das insbesondere mittelständischen Osthändlern helfen soll. Die Größenordnung des Kompensationsgeschäftes schätzt die Bank auf rund 20 Mill. DM. Die Finanzierung einer Agentur für Gegengeschäfte, die Berlin als Ost-Handelsplatz stärken würde, sollten die Banken übernehmen.

Strukturwandel mit verbesserter Ertragslage belohnt

Thyssen Industrie vor weiterem Auftragswachstum – Problem bei der Emdener „Nordseewerft" bald bereinigt

JOACHIM GEHLHOFF, Essen

Der Auftragseingang sei in den beiden letzten Monaten „sehr gut" gewesen und lasse für das volle laufende Jahr bei konstantem Umsatz ein Plus von sechs Prozent erwarten. Die im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) nochmals deutlich verbesserte Ertragslage werde mit dem um zwei Drittel auf 111 Mill. DM gesteigerten „wirtschaftlichen Ergebnis" (vor Körperschaftsteuer) auch 1986/87 „in etwa" Bestand haben. Unwägbarkeiten aus der Dollar-Talfahrt („Maschinenbau fakturiert längst nur in DM") und wucherndem Protektionismus („unser Schmiedebereich wird im Kurbelwellen-Export nach USA zu Unrecht mit Anti-Dumping-Klage konfrontiert") werfen die grundsätzlich zuversichtliche Prognose nicht um.

So präsentiert Vorstandsvorsitzender Werner Bartels nach früheren ertragsarmen Jahren des Strukturwandels zu rentableren Produktionsstätten den bei der Essener Thyssen Industrie AG (TI) konzentrierten (vorwiegend inländischen) Verarbeitungsteil des Thyssen-Konzerns. Die Konzernmutter Thyssen AG (gut 90 Prozent von 470 Mill. DM Aktienkapital), die den etwa 20 000 freien Aktionären drei Fünftel der eigenen Dividende von wiederum 5 DM garantiert, erhält diesmal eine fast vervierfachte Netto-Gewinnabführung.

Hätte es nicht die Last weiterer Strukturanpassung gegeben, wäre der TI-Kreis 1985/86 im wirtschaftlichen Ergebnis sicherlich bereits bei der derzeit erreichbar scheinenden Bruttogewinnmarge von drei Prozent des Umsatzes angelangt. Solche Anpassungslast, nur zum Teil in jetzt noch 27 (47) Mill. DM Sozialplanaufwand sichtbar, hatte in der Berichtszeit nochmals ihren Schwerpunkt bei der Emdener Werft „Nordseewerke", die mit jetzt noch 2086 (2421) Beschäftigten bereits dicht am „Schrumpfungsziel" (1885 Leute) steht und für 1986/87 eine „deutliche" Verminderung des (nicht genannten) Verlustes erwarten lasse.

Nennenswerten Handelsschiffbau werde es an deutscher Küste künftig nicht mehr geben, kommentiert Bartels die Emdener Schrumpfkur (einst 5000 Mitarbeiter) auf Militärisches (wie U-Boote) und Spezialitäten wie nun den ersten „Eisbrecher" mit neuer Technik für die Sowjetunion. Eine Fusion mit der Hamburger Werft Blohm + Voss (Thyssen-Anteil 57 Prozent), wo Bartels „temporär" den Vorstandsvorsitz übernommen hat, sei zur Zeit nicht geplant.

Mit Ausnahme der „Nordseewerke" sieht Bartels 1986/87 alle zehn TI-Geschäftsbereiche im weiten Spannungsbogen von Europas größtem Gießereipotential über Bergbau- und Verkehrstechnik bis zum Transferstraßenbau für Autoindustrie sowie Kunststoff- und Umwelttechnik zumindest verlustfrei und zumeist gut im Gewinn. Mager sei wegen zu dürftiger Aufträge der Bundesbahn im zivilen Henschel-Bereich die Beschäftigung geworden, so daß an den drei Standorten (Kassel, Berlin, Siegen) Kapazitätsanpassungen auf dem Programm stehen.

Anderes wächst und wird mit der bewährten Zielrichtung „Systeme und Problemlösungen statt Komponentenfertigung" auch durch neue Beteiligungen weiter ausgebaut. Sinnfälliges Beispiel dafür ist der Bereich „Aufzüge", der bei voller Mitrechnung junger und jüngster Engagements nun bereits bei 900 Mill. DM (größtenteils ausländischem) Umsatzvolumen mit 7800 Beschäftigten liege.

Im Einklang mit diesem Kurs sollen die im Berichtsjahr deutlich gesteigerten und voll selbstfinanzierten Investitionen, davon ein Fünftel für Akquisitionen, 1986/87 auf gleicher Höhe bleiben. Die Belegschaftszahl von „TI-Welt" allerdings, nach vielen Anpassungsjahren nun durch Aufstockung bei den brasilianischen Gießereien erstmals wieder gestiegen, werde sich 1986/87 wieder „geringfügig" verringern.

Thyssen Industrie	1985/86	±%
Umsatz (Mill. DM) *)	5424	+ 5,0
Auslandsanteil (%)	44,8	(43,2)
Auftragseingang	5528	- 6,4
Auftragsbestand	5530	+ 3,2
Gesamtleistung	5461	+ 2,5
Beschäftigte *	36 256	+ 2,2
Gesamtinvestitionen	172	+ 20,0
Brutto-Cash-flow	286	+ 16,7
Gewinn vor Steuern	111	+ 66,0
Gewinnabführung	44,5	+265,0

*) Darin Auslandsgesellschaften mit 575 (443) Mill. DM Umsatz und 6334 (5032) Beschäftigten.

DWS will Fonds auch abends beim Anleger vertreiben

cd. Frankfurt

Der Vertrieb von Investmentzertifikaten abends im Wohnzimmer eines Interessenten könnte das Investmentsparen weiter voranbringen, vorausgesetzt, daß dabei für den Anleger keine wesentlich höheren Kosten entstehen als beim Vertrieb über Banken und daß eine sachgerechte Beratung gesichert ist. Diese Auffassung vertritt Ernst Bracker, Vorsitzender der Geschäftsführung der DWS. Bei der größten deutschen Investmentgesellschaft, die jetzt 30 Jahre alt wurde, denkt man an den Vertrieb normaler Publikumsfonds über Versicherungsvertreter.

Ferner setzt sich die DWS für die Zulassung von Geldmarktfonds ein, wenn Ausländer derartige Produkte dem deutschen Publikum breit anbieten. Im Verbot deutscher Geldmarktfonds, die für hiesige Anleger in bestimmten Situationen attraktiv sein könnten, sieht Bracker einen Wettbewerbsnachteil für seine Branche. Ein weiterer DWS-Wunsch an den Gesetzgeber: Die Grenze von fünf Prozent seines Vermögens, bis zu der ein Fonds Anteile eines anderen Fonds erwerben darf, sollte auf zehn oder 15 Prozent erweitert werden.

Eine Erweiterung der Anlagepalette verspricht sich Bracker von der Etablierung des geregelten Marktes, an dem Investmentfonds ebenso wie am amtlichen operieren dürfen. Damit erhalte die Branche auch Zugang zu neuen Finanzinstrumenten, wenn derartige Titel in das neue Marktsegment eingeführt werden.

Auf Konkurrenz eingestellt

Continentale stärkt Versicherungsverbund mit Service

Py. Düsseldorf

Der Versicherungsverbund Continentale (Kranken, Leben, Sach), Europa (Kranken, Leben, Sach) und Deurag (Rechtsschutz) sowie die mit ihnen verbundene Münchener Kapitalanlage AG, Dortmund/München, sieht sich durch eine Liberalisierung auf den europäischen Versicherungsmärkten kaum berührt. Vorstandsvorsitzender Horst Hoffmann betonte, man habe sich längst auf eine stärkere Konkurrenz auf dem Markt eingestellt. Im Verbund biete die umfassende Produktpalette von Versicherungen und Finanzdienstleistungen mit zielgruppenorientierten Angeboten und einem Maximum an Kundenservice die besten Voraussetzungen für weiteres Wachstum.

Die Ergebnisse im Neugeschäft 1986 haben sich nach einer Mitteilung des Continentale-Vorstands kontinuierlich verbessert. Die Versicherungsgruppe (ohne Deurag) erwartet ein Bruttobeitragsaufkommen von 1,37 Mrd. DM (plus 2,1 Prozent). In der Lebens- und Sachversicherung wurden überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielt. Als Folge der Beihilfebestimmungen des Bundes und der Länder, die sich in Beitragsausfällen auswirkten, haben die beiden Krankenversicherer mit 953 Mill. DM Prämienvolumen keinen Zuwachs erwirtschaftet. Die Versicherungsleistungen erhöhten sich mit vier Prozent nicht ganz so stark wie im Vorjahr.

Die Conti Leben steigerte ihr Neugeschäft um 4,1 Prozent auf 796 Mill. DM, der Bestand wuchs um fast neun Prozent auf 6,6 Mrd. DM Versicherungssumme. Die Beitragseinnahmen werden bis zum Jahresende um acht Prozent auf 222 Mill. DM steigen. Der Überschuß soll mit 110 Mill. DM die Vorjahressumme um 15 Prozent übertreffen.

Die Conti Sach erwartet für 1986 einen Beitragsanstieg um rund neun Prozent auf 199 Mill. DM und liegt damit erneut deutlich über dem Branchendurchschnitt (drei bis vier Prozent). Die Gesamtschadenquote wird voraussichtlich der des Vorjahres (58,5 Prozent der Prämien) entsprechen. Der Jahresüberschuß dürfte deutlich über dem Vorjahr (6 Mill. DM) liegen.

Trinkaus mit besserem Ergebnis

Py. Düsseldorf

Das Betriebsergebnis des Bankhauses Trinkaus & Burkhardt KGaA, Düsseldorf, hat in den ersten zehn Monaten 1986 das hohe vergleichbare Vorjahresniveau übertroffen. Für das Gesamtjahr wird ein befriedigendes Ergebnis erwartet. Eine Angabe zur Dividende macht die Bank nicht. Für 1985 waren aus einem Jahresüberschuß von 22,7 Mill. DM 8 DM je 50 DM-Aktie gezahlt worden.

In einem Zwischenbericht wird das Teilbetriebsergebnis der Gruppe mit 66,6 (55,5) Mill. DM, das des Stammhauses mit 48,1 (41,6) Mill. DM ausgewiesen. Bei unveränderter Zinsspanne von 1,5 Prozent stieg der Zinsüberschuß des Konzerns um 5,3 Prozent auf 80,1 Mill. DM, während sich der Provisionsüberschuß um 25 Prozent auf 80,4 Mill. DM erhöhte. Das Kreditgeschäft mit Kunden ist dem allgemeinen Trend folgend auf 2,08 (2,67) Mrd. DM gegenüber Ende 1985 zurückgefallen. Dementsprechend wurden auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden auf 2,56 (2,64) Mrd. DM und gegenüber Banken auf 2,46 (2,68) Mrd. DM zurückgeführt.

PERSONALIEN

Dr. **Klaus Marquardt**, seit 1971 Vorsitzender des Vorstandes der Aral AG, Bochum, vollendet am 18. Dezember sein 60. Lebensjahr.

Ulrich Weiß ist zum 1. Januar 1987 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Westfälische Ferngas-AG, Dortmund, ernannt worden.

Dr. **Friedel Wehmeier** (48) ist zum Generalbevollmächtigten der Veba Öl AG, Gelsenkirchen, ernannt worden. Er zeichnet für den Bereich Vertrieb verantwortlich und ist in Personalunion stellvertretendes Vorstandsmitglied der Raab Karcher AG.

Rüdiger H. Paesler, seit 1981 Leiter der Abteilung Recht und Steuern, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1987 zum stellvertretenden Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Investment-Gesellschaften (BVI), Frankfurt, bestellt.

Fritz Dohmann (65), Gründer und Leiter der Elvia Versicherung Deutschland, München, gibt die Geschäftsführung in jüngere Hände. Neuer Geschäftsführer wird ab Anfang 1987 Dr. **Alois Weber** (42), der bei der Elvia seit fünf Jahren als stellvertretender Niederlassungsleiter tätig ist.

Heinz Schindler, bisher für die Abteilung Service Distributed Systems verantwortlich, übernimmt die Leitung des zentralen Bereichs Technischer Kundendienst bei der Nixdorf Computer AG, Paderborn. Er ist Nachfolger von **Jürgen Wegward**, der das Unternehmen auf eigenen Wunsch verließ.

Die Bahlsen-Gruppe, Hannover, erhält von 1987 an eine Gruppenleitung: **Klaus Bahlsen** (Produktentwicklung), **Lorenz Bahlsen** (Sprecher der Geschäftsleitung der H. Bahlsen Keksfabrik, Hannover), **Werner Michael Bahlsen** (Sprecher der Geschäftsleitung der Bahlsen International Holding AG, Wil/Schweiz), **Hermann Bahlsen** (Öffentlichkeitsarbeit), **Jens-Jürgen Böckel** (Finanzen und Rechnungswesen) und **Manfred Hammesfahr** (Personal- und Sozialwesen).

Friedrich Bassier (59), Geschäftsführer der Küppers Kölsch GmbH, Wuppertal, und Mitglied der Zentralen Geschäftsleitung der Wicküler Gruppe, geht aus gesundheitlichen Gründen im April 1987 in den Ruhestand. **Peter Liebler** tritt am 1. Januar 1987 in die Geschäftsführung der Küppers Kölsch GmbH ein.

Dr. **Otto Schäfer** (74), Vorsitzender des Aufsichtsrates der FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA, Schweinfurt, wurde zum Ehrenpräsidenten der Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt gewählt.

Hans-Erich Thoering scheidet zum Ende des Jahres auf eigenen Wunsch als Geschäftsführer aus der Unternehmensleitung der Okal-Gruppe, Salzhemmendorf, aus.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Süden gegen Volksfürsorge

Frankfurt (dpa/VWD) – Der beabsichtigte Verkauf der gewerkschaftseigenen Versicherungsgruppe Volksfürsorge, Hamburg, an die deutschen Sparkassen stößt insbesondere auf den Widerstand der „Südschiene" innerhalb der Sparkassenorganisation. Bayern und Baden-Württemberger seien an einer Übernahme oder Beteiligung nicht interessiert, hieß es gestern in Frankfurter Bankenkreisen. Sie verweisen dabei auf die Zusammenarbeit mit eigenen regionalen Versicherungen. Aber auch andere „Eigenheiten" in der 590 Institute zählenden Organisation des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) erschweren den Verhandlungsauftrag von Sparkassenpräsident Helmut Geiger. So wollen die großen Einzelsparkassen nicht indirekt über den Verband sondern unmittelbar an der Volksfürsorge beteiligt werden, um sich so Einfluß und mögliche Aufsichtsratsmandate zu sichern.

Kaufhof kauft Völkner

Köln (AP) – Die Kaufhof AG will ihr Standbein auf dem wachsenden Freizeitmarkt und im Versandhandel verstärken und Anfang des kommenden Jahres 75 Prozent der Völkner-Electronic GmbH und Co KG in Braunschweig übernehmen. Völkner gilt in Fachkreisen als das führende Versandunternehmen in der Bundesrepublik bei elektronischen und elektrischen Bausätzen für Bastler, Heimwerker und Techniker. Völkner betreibt Fachgeschäfte in Köln, Bremen, Bielefeld, Hamburg, Hannover und Braunschweig. Das Unternehmen erzielt mit 180 Mitarbeitern rund 50 Mill. Umsatz im Jahr. Die restlichen 25 Prozent an Völkner wird nach dem Einstieg des Kaufhauskonzerns weiterhin die Hannover Finanz GmbH halten.

Führender Kaffeelieferant

Hamburg (dpa/VWD) – Kolumbien hat seine Position als Kaffeelieferant für Westeuropa in diesem Jahr erheblich ausgebaut. Wie der Verband der Kolumbianischen Kaffeepflanzer berichtet, wurden in den ersten neun Monaten 1986 rund 17 Prozent mehr Rohkaffe abgesetzt als in der Vergleichszeit 1985. Damit stamme jeder vierte Sack Kaffee, der in einem Hafen Westeuropas gelöscht werde, aus Kolumbien.

Auch künftig reines Bier

Dortmund (dpa/VWD) – Die Dortmunder Bierbrauer wollen sich per Vertrag verpflichten, ihren Gerstensaft auch in Zukunft nur aus Wasser, Malz, Hopfen und Hefe zu brauen. Bei Zuwiderhandlungen ist eine Vertragsstrafe von 50 000 DM vorgesehen. Die Vereinbarung soll in Kraft treten, falls das Reinheitsgebot in der EG gelockert werden sollte.

Hoher Maserati-Verlust

Mailand (dpa/VWD) – Der Automobil- und Sportwagenhersteller Maserati, Modena, hat 1986 rund 5700 Maseratis und 14 000 Kleinwagen vom Typ Innocenti-Mini verkauft. Bei einem Umsatz von 215 Mrd. Lire (300 Mill. DM) verbuchte das Unternehmen einen Verlust von 30 Mrd. Lire.

Optionspreis gesenkt

Saarbrücken (dpa/VWD) – Die Asko Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrükken, hat den Preis für ihre Optionsscheine um 31 DM auf 1109 DM gesenkt. Zu diesem Preis kann mit dem Optionsschein während der gesamten restlichen Optionszeit bis Februar 1993 eine Asko-Vorzugsaktie (derzeitiger Kurs etwa 1650 DM) bezogen werden.

Rolltreppen-Kooperation

Dortmund (dpa/VWD) – Der Anlagenbauer Orenstein und Koppel O+K, Dortmund, hat seine Geschäftsbereiche Rolltreppen und Rollsteige ausgegliedert und in der Tochtergesellschaft O+K Rolltreppen GmbH, Hattingen, zusammengefaßt. Daran hat sich der drittgrößte Aufzughersteller der Welt, die finnische Kone Oy, mit 26 Prozent beteiligt, teilte O+K mit.

Hapag-Lloyd fährt voll mit Gewinn

Investitionen beweisen gute Stimmung – Krise besser überstanden als erwartet

JAN BRECH, Hamburg

Die nach eigenem Befinden schwerste Krise in der internationalen Schiffahrt hat Deutschlands größte Reederei, die Hapag-Lloyd AG, Hamburg, 1986 besser überstanden als erwartet. Nach Angaben der Vorstandsmitglieder Hans Jakob Kruse (Sprecher) und Bernd Wrede wird die Linienfahrt ein leicht positives Ergebnis einfahren. Da auch alle anderen Bereiche mit Gewinn arbeiten, wird es Hapag-Lloyd möglich sein, für 1986 wieder einen ordentlichen Abschluß zu präsentieren.

Über die Höhe des Gewinns macht der Vorstand noch keine Angaben. Das Ergebnis werde aber besser ausfallen als noch in der Hauptversammlung im Sommer 1986 angekündigt. Den finanziellen Status der Gruppe, gemessen an Cash-flow und Liquidität, bezeichnet Wrede als gut.

Die wider Erwarten schwarzen Zahlen in der Schiffahrt, die etwa zwei Drittel des Gesamtgeschäfts ausmacht, verdankt Hapag-Lloyd der Aktivität in den Fahrtgebieten Fernost und Lateinamerika. Demgegenüber sind die Ergebnisse in der Mittelost-Fahrt und vor allem im Nordatlantik-Verkehr negativ. Auf dem Nordatlantik habe Hapag-Lloyd das zweitschlechteste Jahr der Nachkriegszeit hinter sich, erklärt Kruse.

Den größten Schaden hat der Kursverfall des Dollars angerichtet. Trotz leicht gestiegenen Ladungsvolums und relativ stabiler Raten gingen die Erlöse aus der Schiffahrt bei Hapag-Lloyd um fast 25 Prozent zurück. Der Gesamtumsatz reduzierte sich von 4,3 auf rund 3,5 Mrd. DM. Im Gegenzug hat Hapag-Lloyd von den günstigen Preisen für Bunkeröl profitiert. Bei diesen in Dollar anfallenden Kosten betrug die Entlastung allein in der Schiffahrt rund 120 Mill. DM.

Weitgehend ausgeräumt sind die Probleme im Beteiligungsbereich, der die schwere Schieflage der Reederei in den vergangenen Jahren bewirkt hatte. Das Ergebnis der Touristik-Sparte mit der Hapag-Lloyd Flug GmbH, dem Kreuzfahrtschiff Europa und dem Reisebüro-Geschäft bezeichnet Kruse als besonders gut. Die Spedition Pracht ist endgültig saniert, und der Bereich Küsten- und Hafendienste arbeitet mit Gewinn. Die Ertragslage sei allerdings noch nicht voll zufriedenstellend, betont Kruse. Sorgenkind bleibt vor allem die Versorgerflotte von 4 Einheiten.

In der Beurteilung der weiteren Entwicklung lassen Kruse und Wrede zum ersten mal selbst bei der Schiffahrt Optimismus durchblicken. Es sehe so aus, meint Kruse, als sei die Talsohle erreicht. Auf der einen Seite wachse der Containerverkehr um 2 bis 3 Prozent, andererseits zeige sich eine Entspannung beim Überangebot von Schiffsraum. Die Werftkapazitäten schrumpften weltweit ganz erheblich und die Banken seien nicht mehr bereit, Schiffsorder zu finanzieren, für die der Bedarf fehle.

Nicht als Abweichen vom Konsolidierungskurs, wohl aber als Zeichen für die positive Grundstimmung wertet Kruse die Investitionsplanungen des Konzerns. Für die Flotte werden bis Ende 1988 drei Ersatzschiffe gebraucht, die entweder neu gebaut oder am Second-Handmarkt gekauft werden sollen (120 bis 200 Mill. DM). Bei der Fluggesellschaft wird für rund 650 Mill. DM die Flotte modernisiert.

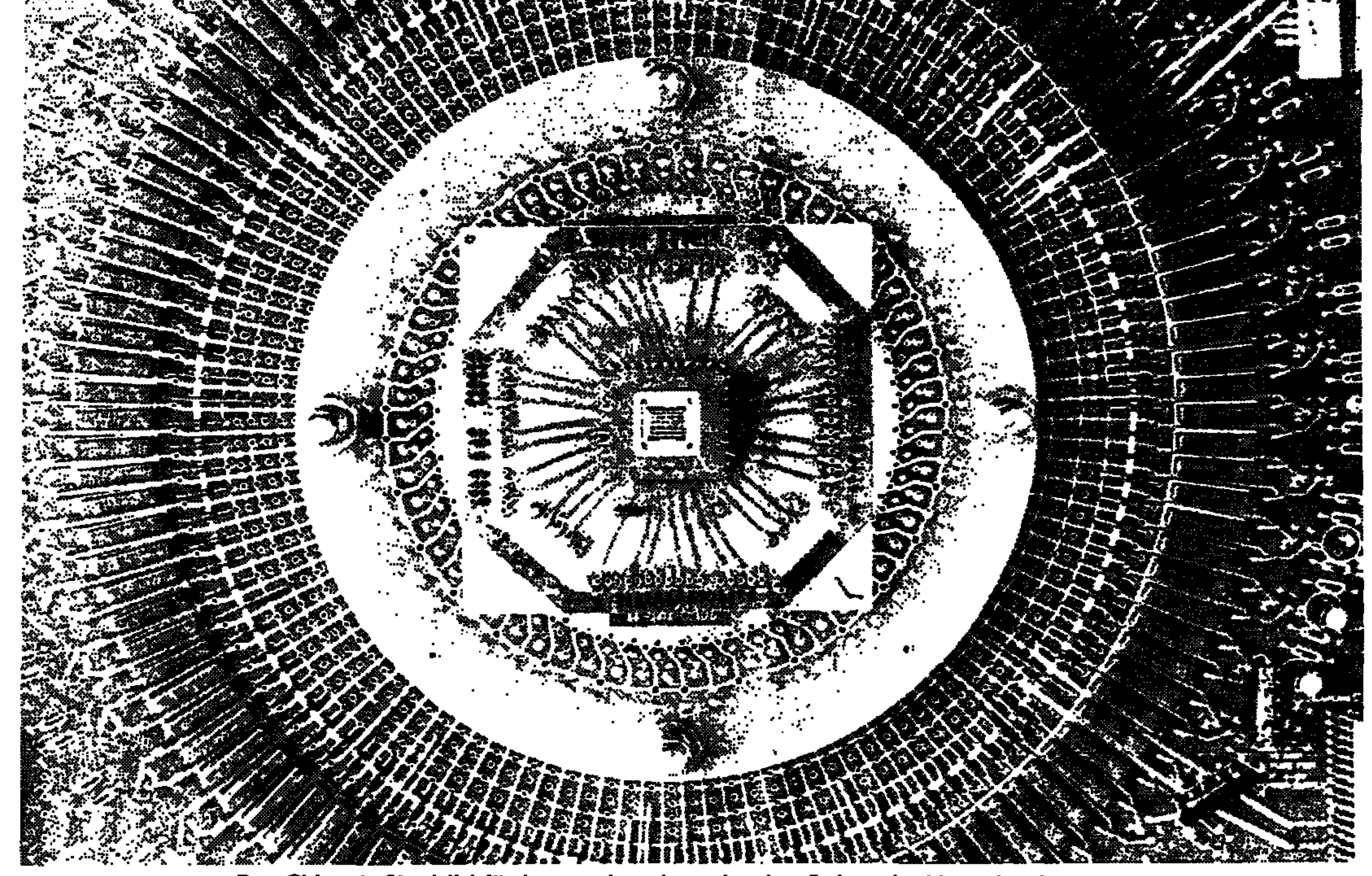
Im Auftrag der WELT hat das Institut für Innovations- und Kommunikationsforschung e. V., Münster (IIK) unter der Leitung von Prof. Dr. Wittkämper in der Zeit vom 30. 10.–15. 11. 86 eine Umfrage zur Wirtschafts- und Innovationslage in der Bundesrepublik an der Jahreswende 1986/87 durchgeführt. Bei dieser Aktion wurden die Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer der größten deutschen Unternehmen auf der Basis der Liste der „Großen 500" (erschienen am 25. 7. 86 in der WELT) und Banken (erschienen am 11. 8. 86) persönlich angesprochen. Zur Auswertung dieser Befragung ist anzumerken, daß

● eine Befragung der „Spitzen" der deutschen Wirtschaft bis heute kaum systematisch und regelmäßig durchgeführt wurde,

● einer solchen Elitebefragung der Stellenwert eines Seismographen für die gegenwärtige Situation der deutschen Wirtschaft zukommt – aber ebenso auch für deren Entwicklungstendenzen –,

● aufgrund der Auswahl des befragten Personenkreises der Befragung die Bedeutung einer gesicherten Prognose auf der Basis einer Experten- und Elitenbefragung zukommt.

Nichts geht mehr ohne Innovationen



Der Chip als Sinnbild für Innovation sitzt wie eine Spinne im Netz der Apparatur FOTO:SIEMENS

Es gab einmal eine Zeit – und das ist noch gar nicht lange her –, da ging eine Pessimismuswelle durch die deutsche Wirtschaft. Unter dem Eindruck der japanischen Technologie-Offensive schrieb die WELT im Januar 1984: „Europa droht abzusinken zur mikroelektronischen Kolonie."

Genau zu dieser Zeit war ein Buch erschienen, das großes Aufsehen erregte: „Das Ende unserer Zukunft" von Bruce Nussbaum. Gemeint war damit nicht die allgemeine Zukunft der Menschheit, sondern speziell der Kollaps der deutschen und europäischen Wirtschaft.

Bildhaft schilderte er das vermeintliche Ende: „Wie ein rasendes Auto, das über eine Pier hinausschießt und einen Augenblick quasi stillhält, bevor es ins Meer stürzt, ist die Bundesrepublik heute eine Nation, die sich selbstgefällig durch das 20. Jahrhundert bewegt, die aber blind ist für die ökonomische Katastrophe, von der sie bereits erfaßt ist."

Aber Nussbaum irrte. Drei Jahre später kann auf Grund der Umfrage ein anderes Bild gezeichnet werden.

„Wieviel Prozent Ihres Umsatzes haben Sie im vergangenen Jahr 1986 mit Produkten (oder Leistungen) gemacht, die es 1981 in Ihrem Programm noch nicht gab?" hieß die Schlüsselfrage zum Themenkomplex Innovation. Die Antwort war ebenso erstaunlich wie ermutigend: 1986 wurden bei knapp 30 Prozent der befragten Unternehmen 20 bis 50 Prozent des Umsatzes mit neuen Produkten beziehungsweise Dienstleistungen erwirtschaftet!

Wenn wir dieser Tatsache die Qualität eines Indikators für die Innovationskraft der Unternehmen beimessen, dann ist die deutsche Wirtschaft in hohem Maße innovativ. Dabei sind in der Gruppe derer, die über 30 Prozent ihres Umsatzes mit „neuen" Produkten machten, Unternehmen bis zu 800 Mill. DM Umsatz deutlich überrepräsentiert, Unternehmen mit mehr als 1,5 Mrd. DM dagegen unterrepräsentiert.

Umgekehrt stellt sich hier allerdings die Situation bei den Mitarbeiterzahlen der Unternehmen dar. Unternehmen mit bis zu 1000 oder mit 1000 bis 5000 Mitarbeitern sind hier deutlich unterrepräsentiert, Unternehmen mit 5000 bis 10 000 oder mehr als 10 000 Mitarbeitern dagegen sind in der Gruppe derer, die mehr als 30 Prozent ihres Umsatzes mit neuen Produkten beziehungsweise Dienstleistungen erwirtschafteten, deutlich überrepräsentiert.

Nixdorf vor Daimler und Siemens

Bezüglich der Branche, der die Unternehmen der befragten Manager angehören, lassen sich in der Gruppe derer, die mehr als 30 Prozent ihres Umsatzes durch „neue Produkte erwirtschafteten, deutliche Spitzenreiter herausfiltern: die Elektroindustrie, der Maschinenbau, Kfz-Industrie und Kfz-Zuliefererindustrie, Informations- und Kommunikationstechnologien und EDV, Chemie/Biochemie, Elektronik und Luft- und Raumfahrt.

Die Frage: „Wieviel Prozent Ihres Umsatzes haben Sie 1986 in die Produktinnovation, Verfahrensinnovation und Organisations- und Verhaltensinnovation ungefähr investiert?", macht die Konturen deutlicher: Von den überwiegend durch neue Produkte und Dienstleistungen erwirtschafteten Umsätzen 1986 wurden bis zu fünf Prozent in 54,0 Prozent der Unternehmen in die Neuentwicklungen von Produkten, Verfahren oder Organisationsformen investiert.

Man kann hier also von einer durchschnittlichen Investitionsquote zur Beeinflussung von Innovationen von bis zu fünf Prozent des Jahresumsatzes ausgehen.

Bei der Betrachtung der Branchen derjenigen Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes wieder in die Entwicklung innovativer Produkte beziehungsweise Dienstleistungen investieren, finden wir wieder die gleichen Spitzenreiter wie in der Gruppe der Unternehmen, die mehr als 30 Prozent ihres Umsatzes mit neuen Produkten erwirtschaften: Elektroindustrie, Maschinenbau, Kfz-Industrie, Chemie, Elektronik und Luft- und Raumfahrt.

Auch 1987 soll wieder in Innovationen investiert werden. Die befragten Führungskräfte gehen von einem stabilen Anteil von Investitionen zur Produkt-, Verfahrens- und Organisationsinnovation aus, der sich etwa in der gleichen Größenordnung befindet wie 1986.

So wollen 48,1 Prozent der Befragten in 1987 einen Umsatzanteil von bis zu fünf Prozent für die Entwicklung von neuen Produkten, Verfahren oder Organisationsformen investieren, 18,4 Prozent sogar bis zu zehn Prozent und 5,8 Prozent erstaunlicherweise bis zu 20 Prozent.

Anschaulich sind die abgefragten Umsatzanteile für Innovationen in der oberen Tabelle abgebildet.

Der Umsatzanteil, der in die Entwicklung beziehungsweise Förderung von Innovationen investiert werden muß, wird in der Zukunft noch deutlich wachsen. So geben 50,6 Prozent der befragten Manager an, davon überzeugt zu sein, daß der für Innovationen investierte Umsatzanteil in der Zukunft wachsen wird, nur 22,7 Prozent glauben, daß er gleich bleiben wird und 1,1 Prozent gehen davon aus, daß der Anteil abnehmen wird. Für 0,8 Prozent der Befragten ist eine Entwicklungstendenz heute noch nicht abzusehen.

Interessanterweise läßt sich bei diesen Antworten eine deutliche Abhängigkeit vom Firmensitz aufzeigen: Unternehmen aus Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Berlin gehen deutlich stärker von der Notwendigkeit der Erhöhung entsprechender Investitionskosten aus.

Der Durchschnitt der Befragten ist überzeugt, daß die Bedeutung der Innovationen wächst. Der Zwang zu Innovationen wird dabei im übrigen unabhängig von der Betriebsgröße eines Unternehmens gesehen: So gehen 66,5 Prozent der Befragten davon aus, daß alle Unternehmen in gleichem Ausmaß gefordert sind, innovativ zu handeln, unabhängig von ihrer Größe. 14,8 Prozent glauben, daß eher Großunternehmen innovativ handeln müssen und 18,2 Prozent sehen eine Notwendigkeit für innovatives Handeln eher bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Produktinnovationen haben für die Manager heute noch die größte Bedeutung für die betriebliche Praxis (45,5 Prozent), aber auch Verfahrensinnovationen werden mit einem Anteil von 30,7 Prozent genannt.

Innovationen bezüglich neuer Formen der Organisation oder von Arbeitszeit und Arbeitsinhalten sind aber immerhin für 22,7 Prozent von der größeren Bedeutung.

Produktinnovationen werden in den Branchen Maschinenbau, Anlagenbau, Elektroindustrie, Nahrungs- und Genußmittel, Elektronik, Kfz-Industrie und Metallverarbeitung deutlich höher bewertet als im Durchschnitt der Unternehmen.

Verfahrensinnovationen werden dagegen eher von Vertretern der Energiewirtschaft, Versorgungswirtschaft, Chemie, Bau- und Baustoffindustrie, Mineralölwirtschaft und aus Handel und Bergbau an die erste Stelle gerückt.

Aus Handel, Energiewirtschaft, Versorgungswirtschaft und Bankwesen kommen diejenigen, die die Bedeutung von Organisationsinnovationen zum Teil um ein Vielfaches höher für ihre betriebliche Praxis einschätzen als der Durchschnitt der Befragten.

Insgesamt wird der Prozeß betrieblicher Innovationsmaßnahmen in der Wirtschaft von den Befragten zweiphasig gesehen: Für die Vergangenheit und die Gegenwart kommt Produkt- und Verfahrensinnovationen die größte Bedeutung zu.

Für die Zukunft der deutschen Wirtschaft wird nach Ansicht von 88,6 Prozent der befragten Manager die Bedeutung von Organisationsinnovationen wachsen.

Die Befragung zum Innovationsklima in der Bundesrepublik Deutschland ergibt ein recht scharfes Bild der Beurteilung. Ein deutlicher Schwerpunkt der Einschätzung liegt zwischen den Noten „gut" und „befriedigend"; 0,6 Prozent schätzen das *gegenwärtige Innovationsklima* sogar als „sehr gut" ein, 33,0 Prozent als „gut" und 56,3 Prozent als „befriedigend". Weitere 9,1 Prozent glauben, das Innovationsklima als „ausreichend" bewerten zu müssen und je 0,6 Prozent als „mangelhaft" oder sogar „ungenügend".



Prof. Dr. G. W. Wittkämper leitet als Vorsitzender den Vorstand des IIK in Münster. Gleichzeitig ist er Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Auf die Frage, was politisch 1987 an erster Stelle einen Einfluß auf das Innovationsklima haben wird, nannten die befragten Manager an erster Stelle die Forschungs- und Entwicklungsförderung (64,2 Prozent), an zweiter Stelle die Inhalte des Regierungsprogramms (61,4 Prozent) und zum dritten das Wahlergebnis der Bundestagswahl 1987 (59,1 Prozent). Hier darf wohl die zum Zeitpunkt der Umfrage gültige Prognose eines Wahlsieges der Koalition unterstellt werden.

Als bedeutsame Faktoren für das Innovationsklima des Jahres 1987 wurden aber auch die allgemeine Einstellung der Öffentlichkeit zur Wirtschaft (47,7 Prozent) und bestehende oder zu erwartende Umweltschutzauflagen (43,2 Prozent) genannt.

Eher negative Einflüsse für das Innovationsklima 1987 werden von internationalen Handelshemmnissen (71,0 Prozent), von der Haltung der *Gewerkschaften in der Bundesrepublik* Deutschland (60,8 Prozent) sowie von der Verschuldung der Dritten Welt (60,8 Prozent) erwartet.

Zu den Einflußfaktoren und ihrer Bedeutung siehe untere Tabelle.

Die an der Umfrage beteiligten Spitzenmanager wurden danach gefragt, welche beiden deutschen Unternehmen für sie beispielhaft in der Innovation seien. Es ergab sich hier eine klare Rangfolge mit zehn Stufen, in der auf Platz eins mit insgesamt 29,2 Prozent Nixdorf steht, an zweiter Stelle mit 18,4 Prozent Daimler-Benz und auf Platz drei mit 14,6 Prozent Siemens.

Damit wählten die Spitzenmanager die Unternehmen Nixdorf, Daimler-Benz und Siemens als beispielhaft in der Innovation. Weiterhin wurden als hervorragend genannt: Bosch, MBB, Bayer, Dornier, VAG, Bundesbahn und Hoechst.

Es lag nahe, die Manager auch zu fragen, welche deutschen Industriebranchen nach ihrer Ansicht beispielhaft in der Innovation sind. Das Ergebnis: Als innovativste Branche der deutschen Wirtschaft stuften sie mit 20,7 Prozent die Kfz-Branche ein. Es folgten die Elektronikbranche mit 17,0 Prozent und der Maschinenbau mit 15,8 Prozent. Auf den weiteren Plätzen: Informations- und Kommunikationstechnologien/EDV mit 14,9 Prozent, Chemie/Biochemie mit 14,1 Prozent und Elektroindustrie mit 6,6 Prozent.

Auf die Frage zum Konkurrenzverhältnis Europa, Japan und USA gab es eindeutige Antworten: 63,1 Prozent der deutschen Manager gehen davon aus, daß die europäischen Unternehmen *ihren heutigen Platz* behaupten werden, 26,1 Prozent glauben sogar, daß sich die europäischen Unternehmen auf einen besseren Platz vorarbeiten können. Nur 10,8 Prozent nehmen an, daß sie den Technologie-Wettlauf mit den USA und Japan verlieren.

Die Frage, ob wir im Hinblick auf diese Konkurrenz mehr europaweite technologische Zusammenarbeit der Unternehmen brauchen, beantworteten 87,5 Prozent der Befragten mit Ja und nur 11,9 Prozent mit Nein. Dieses Plädoyer zur europäischen Zusammenarbeit der Unternehmen wird von den Vertretern aus allen Branchen in gleichem Maße unterstützt.

Deutlich weniger einheitlich fällt das Votum für beziehungsweise gegen eine Intensivierung der EG-Technologieförderung aus. Hier gaben zwar 51,7 Prozent der Befragten der Überzeugung Ausdruck, mehr EG-Technologieförderung sei notwendig, gleichzeitig lehnten aber auch 47,7 Prozent die Forderung nach einer Erhöhung der EG-Technologieförderung ab!

Ist die staatliche Technologieförderung in der Bundesrepublik ausreichend? 49,4 Prozent der Manager meinen, daß die staatliche Technologieförderung, wie sie heute besteht, ausreicht. 47,4 Prozent dagegen sind der Ansicht, daß sie nicht ausreicht. Hier teilt sich das Meinungsbild deutlich in zwei Lager: Wer zu denen zählt, die etwas bekommen haben und wer nicht. – Diese Zusatzfrage wurde nicht gestellt.

Investitionen in Innovationen
(in Prozent des Jahresumsatzes)

Anteile in %	1–5	6–10	11–20	21–30	31–40	41–50	über 50
Prozentsatz der Unternehmen: Umsatzanteile 1986 mit Produkten, die *1981 noch nicht im Programm waren*	9,9	12,8	17,7	13,3	9,2	4,7	10,1
Prozentsatz der Unternehmen: Umsatzanteile, die 1986 (1987) in die Neuentwicklung von Produkten, Verfahren oder neuen Organisationsformen investiert wurden	54,0 (48,1)	20,0 (18,4)	4,9 (5,8)	1,4 (1,4)	– (1,3)	– (1,3)	–

Einflüsse auf das Investiontionsklima

Mögliche Einflußfaktoren zur Steuerung des Investitionsklimas für das Jahr 1987	eher positiver Einfluß	eher negativer Einfluß	weder/noch
Forschungs- und Entwicklungsförderung	64,2 %	4,0 %	26,7 %
Innere Sicherheit	46,0 %	5,1 %	46,0 %
Allgemeine Einstellung der Öffentlichkeit zur Wirtschaft	47,7 %	23,3 %	26,7 %
Erwartetes Ergebnis der Bundestagswahl	59,1 %	0,6 %	29,0 %
Erwartetes Regierungsprogramm	61,4 %	3,4 %	26,7 %
Umweltschutzauflagen	43,2 %	29,0 %	26,1 %
Haltung der Gewerkschaften	10,8 %	60,8 %	25,0 %
Internationale Handelshemmnisse	13,1 %	71,0 %	13,6 %
Verschuldung der Dritten Welt	2,3 %	60,8 %	34,1 %

Furcht vor der Konkurrenz aus Übersee?

Fragen an Top-Manager zum Thema „Technologie-Rückstand":

● Brauchen wir wegen der Konkurrenz aus Japan und den USA mehr technologische Zusammenarbeit in Europa?

● Ist die staatliche Technologie in der Bundesrepublik ausreichend?

Die nachstehenden (anonymen) Antworten der Top-Manager sind ebenso interessant wie aufschlußreich:

„Innovation ist das ‚tägliche Brot' für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit."

„Obwohl ich für ein stärkeres Engagement des Staates beziehungsweise der EG bei Innovation bin, vertrete ich die Meinung, daß das nur in unterstützender Form geschehen darf. Echte Innovation ist nur in privatwirtschaftlich orientiertem Rahmen möglich."

„Die permanente Innovation ist zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig."

„Innovation wird zukünftig noch mehr das Schicksal der deutschen Wirtschaft bestimmen."

„Ohne Innovation keine Wettbewerbsvorteile und kein Wachstum. Umfang und Geschwindigkeit müssen sich aber mehr am Nutzen für den Menschen als am technisch Machbaren orientieren."

„In der gesamten Wirtschaft und besonders in Unternehmen die Voraussetzung zu schaffen, daß Innovationen gedeihen, ist vordringliche Aufgabe von Wirtschaftspolitik und Management."

„Innovation ist kein Selbstzweck, sondern muß kongruent auf die Kundeninteressen und insbesondere auf Kostensenkungsmöglichkeiten ausgerichtet sein."

„Innovation ist die Voraussetzung für Wachstum und Wettbewerb sozialer Marktwirtschaft: Initiative: Unternehmer/Staat: Innovationsfreundliches Klima."

„Vermarktung technischer Innovation beschleunigen."

„Innovationen häufig nicht öffentlich, kleine Betriebe häufig bedeutende Innovateure, Produktschleuse für Großindustrie."

„Ohne Innovation Existenzverlust, Innovation Sache der Unternehmen, Politik: Deutsche Wirtschaft durch Subvention gegenüber dem Ausland schützen, Steuerpolitik und öffentliches Klima."

„Innovation auch in Systemen und Abläufen, Wirtschaft soll Innovationen tragen."

„Innovationen durch Zufall und plötzliche Eingebung nehmen ab, Innovationen erfordern Systematik, Zeit und Geld."

„Nur echte Innovation sichert Wettbewerbsvorsprung im In- und Ausland."

„Die Gesellschaft muß Neuerungen aufgeschlossener gegenüberstehen, ohne dabei notwendige Sicherungseinrichtungen außer acht zu lassen (Datenschutz, Umwelt etc.). International denken und handeln, verkrustete Strukturen aufbrechen."

Das IIK und seine Ziele

Das Institut für Innovations- und Kommunikationsforschung (IIK) e. V. Münster wurde 1984 gegründet. Zweck des Vereins, der als gemeinnützig anerkannt wurde, sind Kommunikations-Forschungen und Forschungen auf dem Gebiet der Produkt- und Leistungsinnovationen, Verfahrens- und Organisationsinnovationen.

In der Arbeit des Instituts in Münster kommen auch der Meinungsforschung, Untersuchungen zu Image- und Organisationsproblemen und Erstellung von F+E-Profilen für Branchen und Regionen eine besondere Bedeutung zu.

Vorsitzender des IIK-Vorstandes ist Prof. Dr. G. W. Wittkämper, Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Weitere Mitglieder des Vorstandes sind: Dipl.-Soz. Irene Gerlach, eine Expertin auf dem Gebiet empirischer Forschungsarbeiten und Befragungen, und Dr. Ernst Schmacke, der als Publizist unter anderem das Handbuch „Die Großen 500" und die entsprechende Liste in der WELT betreut, die auch die Grundlage dieser Befragung bildete.

Abschließend hat Prof. Wittkämper zehn Regeln für innovativen Erfolg aufgelistet:

1. Das innovative Unternehmen überprüft laufend seine Organisation, es betreibt bei sich selbst Organisationsinnovation, um zur Produktinnovation und Verfahrensinnovation fähig zu bleiben. Zur Organisationsorganisation gehört insbesondere das ständige Experimentieren mit neuen Organisationsformen.

2. Das innovative Unternehmen sichert über ein strenges Controlling seine Investitionsfähigkeit, seine Fähigkeit zu Forschung und Entwicklung, seine Fähigkeit dafür, neue Anlagen und Vertriebsformen finanzieren zu können.

3. Das innovative Unternehmen sichert über ein eigenes Unternehmensprofil – über eine formulierte Corporate Identity – die Motivation, die psychische Stabilität und die Identifikation der Mitarbeiter sowie das Vertrauen von Kunden und Lieferanten.

4. Das innovative Unternehmen investiert nicht nur in neue Technik, sondern vor allem in Informationen über Märkte und Kunden, Lieferanten, Wettbewerbe sowie deren Produkte und Dienstleistungen, und es organisiert Informationsbeziehungen, die diese Informationen beschaffen. Im Zeitalter der Telematik kommt den Informationsbeziehungen, angesichts der Vielzahl von Kommunikationslösungen innerhalb des Unternehmens und vom Unternehmen zu seiner Umwelt, eine Schlüsselbedeutung zu.

5. Das innovative Unternehmen entlastet sich, seine Investitionen und seine Kapitalrisiken durch Kooperation mit Lieferanten von Produkten und Dienstleistungen, und es organisiert ein Netz von Beziehungen zu Know-how-Lieferanten.

6. Unternehmen sind so innovativ wie ihre Humaninvestitionen, also wie ihre Ausgaben und Methoden für die Weiterbildung der Mitarbeiter und wie ihre Kriterien für die Bildungsanforderungen der neueinzustellenden Mitarbeiter.

Suche nach neuen Nutzungsformen

7. Das innovative Unternehmen überprüft ständig in periodischen Zeitabständen seine Stärken, Schwächen und Grenzen. Ein wichtiger Weg hierzu ist ein ausgebautes System für Verbesserungsvorschläge und Arbeitnehmererfindungen.

8. Das innovative Unternehmen verfolgt systematisch den Weg seiner Produkte und Dienstleistungen in die Märkte und fragt sich im Sinne eines Frühwarnsystems, wo neue Chancen und Gefahren in den Märkten sind.

9. Innovative Unternehmen zeichnen sich vor allem durch Diversifikationen am Stamm bestehender Produkte und Dienstleistungen aus, weniger durch das Betreten völlig neuer Felder von Produkten und Dienstleistungen. Zur Diversifikation am Stamm gehören strategisch vor allem:

a) Nutzung aller Möglichkeiten, um den Marktzyklus vorhandener Produkte und Dienstleistungen durch Veränderungen oder Verbesserungen zu verlängern;

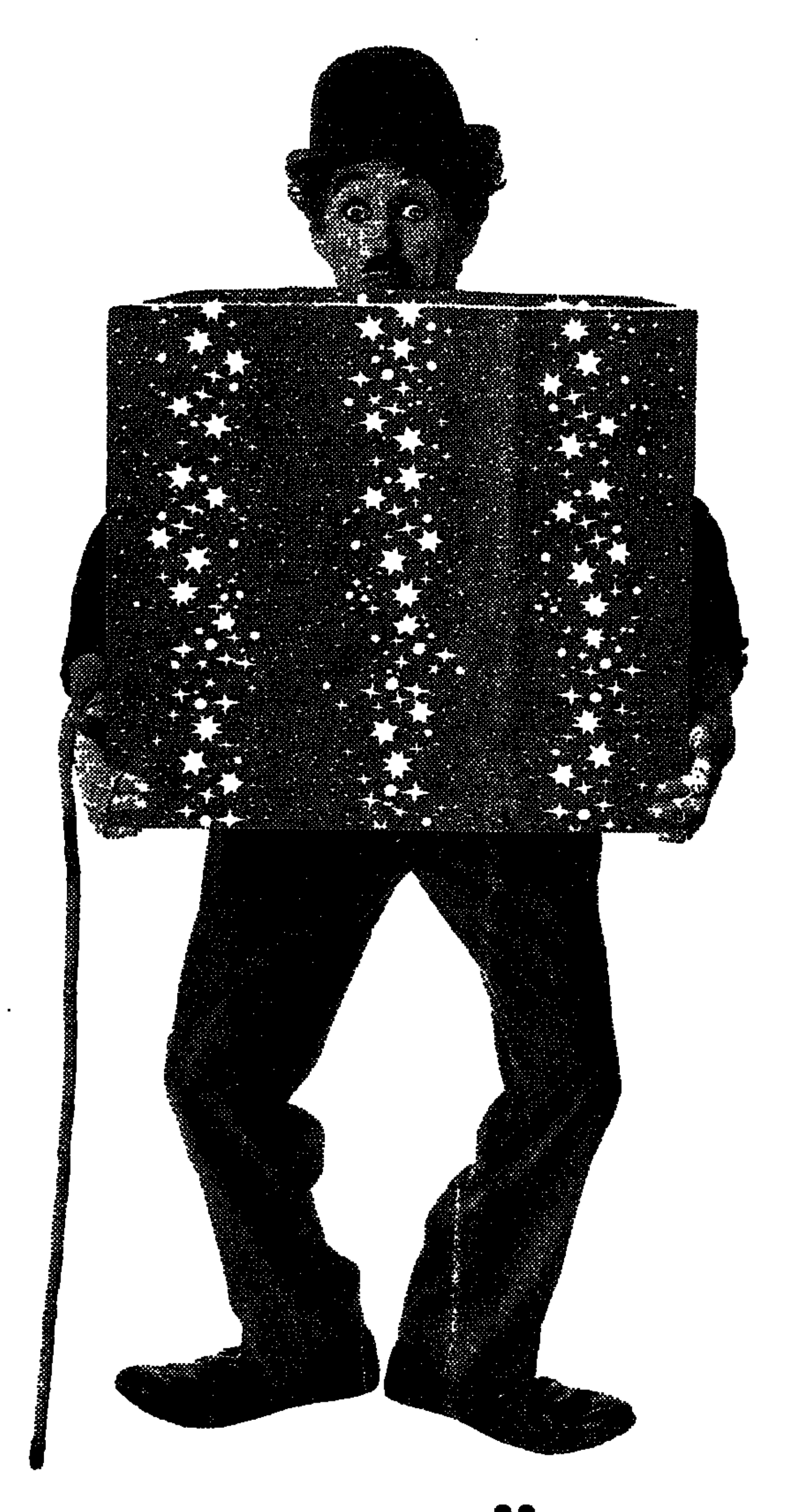
b) Suche nach neuen Nutzungsformen oder neuen Anwendungen für bestehende Produkte. Dazu gehören Markt- und Wettbewerbsanalysen ebenso wie interne Diskussionsformen.

10. Das innovative Unternehmen wartet nicht, bis in der Volkswirtschaft die optimale Großwetterlage *eintritt, es vertraut vor allem auf sein* innovatives Binnenklima; flache Hierarchien und flexible Organisationsformen im Markt begünstigen das innovative Binnenklima. Das innovative Binnenklima ist auf Dauer nur vorhanden, wenn das Unternehmen die Quelle psychischer Stabilität der Mitarbeiter ist, und das ist nur der Fall, wenn jeder Mitarbeiter von dreierlei überzeugt ist:

a) Mein Unternehmen ist der beste Verwerter meiner Verbesserungsvorschläge und meiner Warnungen.

b) Mein Unternehmen wandelt sich ständig und verlangt dies auch von mir, aber es hält mich auch durch Information und Bildung wandlungsfähig.

c) Mein Unternehmen hat die Kraft, sich ständig in seinen Stärken, Schwächen und Grenzen zu erkennen, und diese Erkenntnis systematisch in Entscheidungsprozesse umzusetzen.



Eine angenehme Überraschung für Ihre Sekretärin.

Allen Chefs, die ihrer Sekretärin eine Freude machen möchten, hat IBM eine angenehme Überraschung anzubieten: den IBM Sekretariats-PC im Geschenkpaket. Da ist alles drin, was die Schreibarbeit angenehmer und den Büroalltag farbiger macht. Packen Sie mal aus.

Die tägliche Post geht Ihrer Sekretärin mit dem IBM Sekretariats-PC ganz flott von der Hand. Denn damit kann sie alle Briefe am Bildschirm schreiben und korrigieren. Standardbriefe werden einmal auf handliche Disketten oder auf Festplatte übertragen und können immer wieder ausgedruckt werden.

Mit seinen Hilfetexten macht der leistungsstarke IBM Sekretariats-PC Ihrer Sekretärin die Bedienung ganz leicht. Und ein eingebautes Wörterbuch klärt Zweifelsfragen der deutschen Rechtschreibung und sogar firmenspezifische Fachausdrücke.

Die bedienungsfreundliche Tastatur kennt Ihre Sekretärin schon von der Schreibmaschine. Und der hochauflösende Farbbildschirm schont die Augen. Denn alle Zeichen erscheinen darauf gestochen scharf und ohne Reflexe.

Der IBM Sekretariats-PC sorgt schließlich auch dafür, daß Sie alle Texte schwarz auf weiß bekommen; in der Schrifttype, die Ihnen am besten gefällt. Sein Thermodrucker hat das schöne Schriftbild einer Schreibmaschine. Und dank der neuen Technologie arbeitet er ganz, ganz leise.

Den IBM Sekretariats-PC können Sie gleich nach dem Auspacken in Betrieb nehmen. Denn alle Programme, die er zum Arbeiten braucht, sind bereits fest installiert. Wenn Sie die Probe aufs Exempel machen möchten, besuchen Sie einfach Ihren Autorisierten Händler für IBM Personal Computer. Die genaue Adresse erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-4567.

IBM

Aktien leicht erholt

Aber wieder schleppende Umsätze

DW. – Die Kurserholung an der Wall Street löste an den deutschen Aktienmärkten Meinungskäufe aus. Dazu beigetragen hat auch die Befestigung des Dollar. Die Umsatztätigkeit blieb allerdings vergleichsweise gering. In der zweiten Börsenstunde bröckelten die Kurse teilweise ab.

Für eine kurzfristige Kurserholung sprachen nach Ansicht der Börsenprofis auch charttechnische Erwägungen. Dies ermutigte den Berufshandel zu vorsichtigen, allerdings nur unter Handelsgesichtspunkten erteilten Kaufaufträge. Sie kamen insbesondere Bankaktien zugute. Profitiert von Meinungskäufen haben auch VW-Aktien, deren Kursen ebenfalls ein gewisser Rückstand bescheinigt wird. Widerstandsfähig weiterhin die Titel der Großchemie, denen vor allem der befestigte Dollar entgegenzukommen scheint. Dies trifft auch für Siemens zu. AEG-Aktien profitieren immer noch von Meinungskäufen, die in der Hoffnung vorgenommen werden, daß Daimler eine Lösung suchen wird, um die steuerlichen AEG-Verlustvorträge zu nutzen. Immer mehr Banken empfehlen den Kauf von AEG-Aktien unter spekulativen Gesichtspunkten. Uneinheitlich noch immer die Tendenz im Maschinenbau. Die Papiere der Deutschen Babcock gaben einen Teil des Vortagsgewinns wieder her. Bei MAN scheint der Abwärtstrend immer noch nicht gestoppt zu sein.

Nachbörse: freundlich

DW-Ak.ind.: 278,36 (276,11)
DW-Ums.ind.: 3667 (2465)
Adv.-decline-Zahl: 128 (72)
38-Tg-Linie: 274,60 (274,24)
200-Tg-Linie: 277,79 (277,71)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Zürich

	16.12.	15.12.
Alusuisse	490	485
dgl. NA	170	171
Bank Leu	3900	3900
Brown Boveri	1820	1810
Ciba Geigy Inh.	3610	3620
Ciba Geigy Part.	2580	2575
Elektrowatt	3625	3600
Georg Fischer Inh.	1820	1800
Mag.z.Globus Part.	1700	1750
H. La Roche 1/10	12325	12225
Holderbank	4275	4375
Italo-Suisse	310	318
Jacobs Suchard Inh.	8700	8700
Jelmoli	4175	4200
Landis Gyr	1795	1780
Mövenpick Inh.	6850	6950
Motor Columbus	1960	1950
Nestlé Inh.	9650	9660
Oerlikon-Bührle	1415	1410
Sandoz NA	4175	4175
Sandoz Inh.	10975	11000
Sandoz Part.	1720	1715
Saurer Nam.	78	76
Art. A. Saurer	120	120
Schw. Bankges.	5960	5950
Schw. Bankverein	559	560
Schw. Kredit. A. Inh.	3765	3770
Schw. Rückv. Inh.	18700	19000
Schw. Volksb. Inh.	2690	2685
Sika -B-	3800	3800
Gebr. Sulzer Part.	575	571
Swissair	1260	1260
dgl. NA	1070	1050
Winterthur Inh.	7400	7450
Winterthur Part.	1255	1255
Zür. Vers. Inh.	8550	8600
Index: Schw. Bankv.	–	673,80

Optionshandel

Rentenoptionen

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I/92: APR87-108/0,8G; 110/2,5G; OKT87-108/0,8G, 110/3,5G; 7 1/2 Bund 85 III 91: APR87-108/1G; OKT87-106/0,3G; 108/3G; 8 1/2 Bund 82 92: APR87-112/0,8G; OKT87-112/1,8G; 8 3/4 Bund 82 92: APR87-114/0,5G, OKT87-114/1,2G; 7 1/2 Bund 85 I 95: APR87-106/0,3G; OKT87-108/0,8G; 8 Bund 85 95: APR87-110/0,3G; 112/2G; OKT87-110/0,8G; 112/3G; 8 1/4 Bund 85 V 95: APR87-112/0,5G; 114/2G; OKT87-112/0,8G; 114/3G; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-108/0,3G; 110/1,5G; OKT87-106/0,8G; 108/0,8G; 110/2,8G; 7 Bund 85 I 95: APR87-106/0,5G; OKT87-104/0,3G, 106/1,8G; 7 1/4 Bund 85 II 95: APR87-108/2,5G; OKT87-106/0,5G; 108/3,5G; 6 3/4 Bund 85 95: APR87-104/0,5G; OKT87-104/1,3G; 6 1/2 Bund 85 95: APR87-104/1,5G; 106/3,5G; OKT87-102/0,3G; 104/2,5G; 7 1/8 Bahn 85 95: APR87-104/0,8G; OKT87-104/1,5G; 7 Post 85 97: APR87-106/1,5G; OKT87-104/0,3G; 106/2,5G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 850T, VAB 2600G. Düsseldorf: BMW 560, Goldschm. 235, Lehnkering 210G, Nixdorf 718, O & K 105,5, Siemens 725G, Thüga 410G. Frankfurt: Bibl. Ins. 344G, BMW 565, Fuchs St. 162, Fuchs Vz. 157G, Goldschm. 231, Magdeburger Feuer NA 475, Magdeburger Feuer 1350B, Henaga 197B, Mercedes 1050, Nixdorf 720, Siemens 738G, Thüga 415G. Hamburg: –. München: Mercedes 1057, Stumpf 115B, VAB 2600B.

Bezugsrechte: Bremen: Dt. Hypo Bk. 51. Frankfurt: Asko entf. Berl. Bank entf. Daimler 98,6, Kolbenschmidt 11, Mercedes 80,6. Stuttgart: Daimler 98,8, Kolbenschmidt 10,55, Mercedes 80,6.

Devisenmärkte

Der Dollar blieb gefragt und wurde am 16. 12. zwischen 2,0175 und 2,025 gehandelt. Unterstützung erfuhr er von der veröffentlichten US-Industrieproduktion für November und steigenden Zinssätzen. Für Tagesgeld wurde bis zu 6¼ % Zinsen gezahlt. Der Rücktritt von Fed-Gouverneur Wallich wurde zum jetzigen Zeitpunkt nicht als beeinflußender Faktor gesehen. Die Dollarnotiz kam mit 2,0232 zustande. Am Nachmittag wurde noch der Rückgang der Neubauvorhaben in den USA um 1,8 % bekannt. Das Pfund folgte der Dollarkursentwicklung und erreichte 2,90. Neben der Entwicklung des Ölpreises spielte das Statement von Schatzkanzler Lawson vom vergangenen Wochenende eine Rolle. Er will den Pfundkurs notfalls mit Zinserhöhungen stabilisieren. Der Schweizer Franken gab auf 118,50 nach. US-Dollar in: Amsterdam 2,2865; Brüssel 42,0825; Paris 6,625; Mailand 1401,10; Wien 14,235; Zürich 1,7073; Ir. Pfund/DM 2,725; Pfund/Dollar 1,4334, Pfund/DM 2,90.

Devisen und Sorten

STELLENGESUCHE

MAINTENANCE MANAGER OR SUPERINTENDENT

German, 38, with 8 years experience in **predictiv maintenance** and highly qualified in **vibration analysis** seeks a new position somewhere in the **Far East.** Since 5 years and still working in a Middle East gas production plant.

Ang. u. B 7558 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsvertreter

36 Jahre, sucht zum 1. 1. 1987 für den Raum Nordrhein-Westfalen neue Produkte aus der Sportbranche. Gute Kontakte vorhanden. Langjährige Erfahrung in Verkauf, Kundenberatung und -betreuung. Ang. erb. u. E 7649 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsleiter

Schwerpunkt Export (54 J.), perfekte englische und französische Sprachkenntnisse, etwas Spanisch, langjährige Auslandserfahrung Asien, USA, Naher u. Mittlerer Osten, Europa, Budget- u. Absatzplanung, leitende Tätigkeit in führenden Unternehmen der deutschen Investitionsgüter-Industrie. Erstklassige Referenzen; sucht neuen Wirkungskreis in NRW.

Zuschr. erb. u. W 7553 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt

mit Englischkenntnissen, EDV-Ausbildung in BASIC COBOL Datenbanken, Assembler, IBM 4361, SSX-VSE, CICS-VSAM ICCF, sucht ab sofort od. z. 1. 1. 1987, neuen Wirkungskreis i. kaufm.- oder Verwaltungsbereich. Angebote unter Y 7249 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Volkswirt und Havard AMP

48 J. mit fund. Führungserf., Controlling, Einkauf, Lager, Market., Controll. von in- und ausl. Tochtergesellschaft. – verhandlungssicherem Engl., sucht neue verantwortungsvolle Aufg. Absolute Diskr. zugesagt. Zuschriften unter U 7377 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ungebundene, kinderliebe Philippinin

sucht Vollzeitstellung als Kindermadchen für Ihren Nachwuchs unter 6 Jahren. Zuschr. erb. u. D 7560 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bootsbau interessiert mich!

Versierter, diplomierter Kaufmann d/e/f/i, CH-Bürger, 27 J., gegenwärtig in leitender Stellung tätig, begeisterter Segler (Schweiz. B-Lizenz), möchte in der Bootsbaubranche Fuß fassen. Beste Referenzen. Sind Sie interessiert?

Detaillierte Angebote an Chiffre 25-119 291 an Publicitas, Postfach, CH-6002 Luzern.

Schiffsbetriebstechniker

33 J., 5 J. ltd. Ing. auf großen Seeschiffen, Erfahrung in Wartung und Instandsetzung von Maschinen- und Dampfanlagen, Elektro- und Klimatechnik, Verhandlungsgeschick, sucht verantwortungsvolle Position.

Zuschr. erb. u. Y 7555 an WELT-Verlag, /Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Reisebegleiterin/ Gesellschaftsdame

englisch-/spanischsprechend, gepfl. Erscheinung, kontaktfreudig, bietet freie Tätigkeit.

Zuschr. erb. u. V 7552 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Qualifizierte Controller sind Mangelware

sagte „DIE WELT" am 5. 12. 1986. Gute Leute mit Erfahrung sind auf dem Arbeitsmarkt aber rar. Ich, Engländer, 43 J., 18 Jahre als Wirtschaftsprüfer, Controller und Finanzdirektor in Deutschland tätig, suche eine neue Herausforderung in einem international orientierten Unternehmen, bevorzugt Großraum Hamburg, zum 1. 4. 87 oder später. Zuschr. erb. u. C 7559 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gebietsverkaufsleiter

30 J., Techniker m. kaufmännischem Hintergrund, 6 J. Außendiensterfahrung, Organisation u. Verhandlungstalent, dynamisch, kreativ, praxisorientiert, Erfahrung in Handel u. Industrie, sucht im Raum NRW ab 2. 1. 1987 einen neuen Verantwortungsbereich.

Ang. u. B 7624 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Schulungsleiterin 35 / Kosmetik, BDK-Diplom

Jahrelange Erfahrung in der Kosmetik- und Verkaufsschulung von Wiederverkäufern u. Verkaufsleiterin, auch überregional tätig, mit eig. Kosmetik-Praxis, möchte ihren Fähigkeiten neue Impulse geben. Angebote unter U 7551 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Konstrukteur

42, Maschinenbautechniker, verh., 1 Kind, sucht zum 1. 4. 87 neuen Aufgabenbereich im Konstruktionsbüro, Maschinen- u. Vorrichtungsbau, Entwicklung, nicht ortsgebunden. Angeb. unter X 7554 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann

30 J., Erfahrungen im Personal- u. Organisationswesen, Einkauf und Lager, sucht neues Aufgabengebiet.

Zuschr. erb. u. E 7561 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

HÄNDLER GESUCHT

Hohe Gewinnchancen! Direkt vom Importeur!

MARDERSCHRECK (auch gegen Ratten und Mäuse)

Typ 1 (kl. Räume u. Kfz/9-V-Batt.)
mind. 50 Stück DM 26,80 + MwSt.
Muster (empf. V.-Preis) DM 69,50 inkl. MwSt. + Vers.ko.

Typ 2 (mittl. Räume/220-V-Adapt.)
mind. 35 Stück DM 41,60 + MwSt.
Muster (empf. V.-Preis) DM 98,– inkl. MwSt. + Vers.ko.

Typ 3 (Dachböden/220-V-Stecker)
mind. 10 Stück DM 119,– + MwSt.
Muster (empf. V.-Preis) DM 248,– inkl. MwSt. + Vers.ko.

SPS Handels GmbH, Postf. 12 01 28, D-3004 Isernhagen-2
Tel. 05 11 / 73 48 75, Telex 9 22 080 dtsps d

Zukunftsorientierte **Beratungs- und Vertriebsgesellschaft** sucht seriösen

Regional-Repräsentanten

für die Bereiche 2/3/5/6

mit Erfahrung in Beratung und Verkauf auf Führungsebene.

Langfristige Zusammenarbeit wird vorausgesetzt. Interessante Einkommensmöglichkeiten auf Provisions- und Gewinnbeteiligungsbasis.

UBT
Unternehmer-Berater-Team für den Mittelstand
Schulstr. 6, 4322 Sprockhövel
Telefon (0 23 24) 7 98 09

Von Privat

Eigentümer einer Mineralwasserquelle in Belgien, 300 000 l pro Tag, akzeptiert Betriebsvorschlag mit Zahlung von FB 0,50 pro Liter.

Anschrift: Mr. J. M. WOIT
46, av. d'Aix-la-Chapelle
B-4500 Jupille (Belgien)

Für eine Neuentwicklung

ZUGABEARTIKEL DBGM

von hohem Werbe- und Nutzwert, suchen wir Verbindung zu

- Werbevertrieb
- Werbemitteleinkauf
- Werbeagenturen

Zuschriften erbeten unter T 7550 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

HÄNDLER GESUCHT

Hohe Gewinnchancen! Direkt vom Importeur!

STRAHLENDETEKTOR (Mini-Geigerzähler)

Taschenformat (11x7x3 cm), 9-V-Batterie, mißt Strahlen in mR für Vergl.-Messung beim tägl. Einkauf.

mind. 48 Stück DM 198,– + MwSt., Muster (empf. V.-Preis) DM 348,– inkl. MwSt.

SPS Handels GmbH, Postf. 12 01 28, Nolteweg 2, 3004 Isernhagen-2
Telex 9 22 080 dtsps.

KOSMETIK

für Großhändler und Exporteure
Pflege und Duft für Damen und Herren,
Geschenksets: kurzfristig lieferbar.
INCOS Beauty Trade GmbH, Hauptstraße 6A, 8196 Eurasburg
Tel. 0 81 79 / 81 43

Metallbaufa./2 Mio. Ums. p. a.

in Elmshorn bei Hbg. su. tätigen Teilhaber als Geschäftsführer mit fundiertem kaufm. u. techn. Wissen (Metall- bzw. Hochbau).

Reich + Co., Postfach 54 10 29
Tel. 0 40 / 8 50 60 61 2000 Hamburg 54

Gucini-Bekleidung

Italienischer Sport- u. Freizeithersteller sucht bundesweit Importeure.

Tel. 00 39 - 2 / 6 15 00 03
Telex 3 3 139 ibeni

Unternehmen des Maschinenbaus

mit interessanten Produkten

sucht Exportverbindungen

in Europa und Übersee.

Kontaktaufnahme unter M 7151 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN



WIR KÄMPFEN FÜR SIE

- Beseitigung betrieblicher Schwierigkeiten
- Organisations-problemlösungen
- Subventionsberatung
- Schwachstellenbeseitigung
- Liquiditätsverbesserungen
- Vertriebsberatung
- Krisenmanagement
- EDV-Beratung

Erfahrene Fachleute stehen für Ihre Beratung zur Verfügung.

fides
GmbH für Wirtschaftsberatung und Verwaltung
Kurfürstenstraße 22 · 4630 Bochum 1 · Tel. 02 34/5 85 64

Bewertung, Sanierung, Unregelmäßigkeiten, Nachfolgeprobleme, Kapitalübertragung.
Unternehmensberatung OTTO
Telefon 0 40 / 6 52 24 55

SPEZIALDETEKTEI
Erfahren und diskret
* Weltweite Personenauffindung (Großschuldner, vermißte Personen, Rückführung von Kindern etc.)
* Lösung von außergewöhnlichen Problemen aller Art
Nuhn-Bode & Partner
D-5300 Bonn, Riemannstr. 25
Zentrale Tag u. Nacht
02 28 - 37 99 55

Wir verkaufen mit wachsendem Erfolg modische Brillen und Zubehör an die Optiker-Fachgeschäfte. Um bestehende Kunden zu betreuen und neue zu gewinnen suchen wir

HANDELSVERTRETER

für Hamburg, Bremen, Niedersachsen

Wir sind an einer Zusammenarbeit mit Verkaufsprofis interessiert und bieten überdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten.

SIEGEL OPTIK
Schwalbacher Straße 50, 6236 Eschborn

Vorgezogene Anzeigen-Schlußtermine für die BERUFS-WELT

Für die Ausgabe vom 27./28. 12. 1986 benötigen wir die Aufträge und Druckunterlagen bis Dienstag, 23. 12. 1986, 16.00 Uhr.

Für die Ausgabe vom 3./4. 1. 1987 benötigen wir die Aufträge und Druckunterlagen bis Mittwoch, 31. 12. 1986, 10.00 Uhr.

STELLENANGEBOTE



WGZ-BANK
Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG

Wir sind die Zentralbank für rd. 650 Volksbanken, Raiffeisenbanken sowie Spar- und Darlehnskassen im Rheinland und in Westfalen. Mit einer Bilanzsumme von 25 Milliarden DM sowie mehr als 1200 Mitarbeitern in unseren Niederlassungen Düsseldorf, Koblenz und Münster zählen wir zu den großen regionalen Banken in Deutschland.

Für unsere Organisationsabteilung, Gruppe DV-Produktions- und Hardwarebetreuung in Düsseldorf, suchen wir einen qualifizierten

DV-ORGANISATOR

mit dem Aufgabenschwerpunkt EDV-Wiederanlauf-Planung.

Die Entwicklung und laufende Betreuung eines DV-Wiederanlauf-Konzepts umfaßt die Gefahren- und Schwachstellenanalysen und die Erarbeitung von Notfall-Vorsorgemaßnahmen.

Nach Realisierungsüberwachung und Einführung der Maßnahmen obliegt dem Stelleninhaber die permanente Kontrolle und Aktualisierung des Sicherheitskonzepts sowie die Koordination des Verfahrensablaufs im Gefahrenfall.

Bewerber, die in diesem interessanten Aufgabengebiet selbständig arbeiten wollen, sollten praktische Erfahrungen mit IBM-Großrechnern (MVS-XA, IMS, TSO-ISPF), Kenntnisse über Terminalsysteme IBM-327X im Local- und Remotebetrieb sowie über Datendienste der Deutschen Bundespost aufweisen.

In der Praxis erworbene Erfahrungen mit Dokumentations- und Entwicklungssystemen (VIDOC, DCF, DATAMANAGER etc.) sind wünschenswert, aber nicht Bedingung.

Eine gründliche Einarbeitung und fachliche Weiterbildung sind gewährleistet.

Wir bieten eine leistungsgerechte Vergütung und soziale Vergünstigungen, wie sie in einem Haus unserer Größe üblich sind.

Richten Sie bitte Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Zeugniskopien, Lichtbild) an:

WESTDEUTSCHE GENOSSENSCHAFTS-ZENTRALBANK eG
– Personalabteilung –
Postfach 9027
4000 Düsseldorf 1

WGZ-BANK
Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG

Wir sind die Zentralbank für rd. 650 Volksbanken, Raiffeisenbanken sowie Spar- und Darlehnskassen im Rheinland und in Westfalen. Mit einer Bilanzsumme von 25 Milliarden DM sowie mehr als 1200 Mitarbeitern in unseren Niederlassungen Düsseldorf, Koblenz und Münster zählen wir zu den großen regionalen Banken in Deutschland.

Für die neu gebildete Gruppe Benutzerservice in der Organisationsabteilung suchen wir einen engagierten und qualifizierten

ORGANISATOR/DV-ORGANISATOR

Unser Benutzerservice unterstützt im Rahmen der Individuellen Datenverarbeitung den Einsatz von Personalcomputern und Großrechner-Werkzeugen wie Lotus-Symphony, IBM-AS und TSO-ISPF bei der selbständigen Problemlösung der Endbenutzer in unseren Fachabteilungen.

Für diese anspruchsvolle Aufgabe suchen wir aufgeschlossene Bewerber mit Bankausbildung, soliden Grundkenntnissen der Datenverarbeitung sowie selbständiger konzeptioneller Arbeitsweise. Kenntnisse in den genannten Programmen sind wünschenswert, aber nicht Bedingung.

Eine gründliche Einarbeitung und fachliche Weiterbildung sind gewährleistet.

Wir bieten eine leistungsgerechte Vergütung und soziale Vergünstigungen, wie sie in einem Haus unserer Größe üblich sind.

Richten Sie bitte Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Zeugniskopien, Lichtbild) an:

WESTDEUTSCHE GENOSSENSCHAFTS-ZENTRALBANK eG
– Personalabteilung –
Postfach 9027
4000 Düsseldorf 1

Unternehmen mittlerer Größe mit Sitz im norddeutschen Raum sucht einen

Direktionsassistenten

(Dipl.-Kfm., grad. Betriebswirt o. a.)

mit praktischen Kenntnissen im Finanzwesen, in Personalführung und im EDV-Bereich; Alter bis ca. 40 Jahre.

Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild und Gehaltsvorstellung unter A 7557 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind eine Schweizer Uhrenmanufaktur. Wir suchen einen Geschäftsführer welcher als

Generalagent

unsere hochwertigen Produkte in der Bundesrepublik Deutschland vertreibt.

Wir bitten um Offerte unter Chiffre 91-325, ASSA Schweizer Annoncen AG, Postfach 9 50, CH-2301 La Chaux-de-Fonds.

Der Hammer*

Der originelle Flaschenöffner.

Ideal als Geschenk- und Werbeartikel, aus Holz, Natur oder lackiert und in Bauernmalerei.

Firmeneindruck möglich.

* ges. gesch.

Günstiger Einkauf für Handel und Gewerbe. Preisliste und Prospekt noch heute anfordern gegen frankierten Rückumschlag, Kennwort „Der Hammer".

Wir suchen Handelsvertreter in den Bereichen Gastronomie, Tankstellen, Kioske usw. Fordern Sie noch heute Ihr Musterpaket mit allem Info-Material an, gegen DM 20,– Schutzgebühr in bar per Einschreiben oder per NN + DM 6,– bei S. Zühlke, Vertrieb, Fürstenwall 235, 4000 Düsseldorf 1.

Sie haben volles Umtauschrecht innerhalb 30 Tagen, auch auf Mustersendung.
Ein Test ohne Risiko für Sie.

Kundenberater

gesucht für Düsseldorf/Köln. Möchten Sie exklusiv für renommiertes Maklerunternehmen tätig werden? Haben Sie Erfahrung in Vermarktung von EW und/oder Mehrfam.-Häusern? Dann bekommen Sie eine echte Chance, gute und stabile Erfolge zu erzielen.

Bitte wenden Sie sich an Frau HAAG, Tel. (0 61 74) 29 00 12.

Informations-vorsprung

kann man abonnieren – und Sie versäumen auch keine **Samstag-Ausgabe der WELT mit der BERUFS-WELT**, dem großen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte.

Bitte ✂

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Beruf:
Vorw./Tel.:
Datum:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift 01-930

Sie haben das Recht, eine Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Lichtblicke am Rentenmarkt

Am Rentenmarkt sind die Hoffnungen auf eine weitere Zinssenkung noch nicht vollständig geschwunden. In Verbindung mit Aufwertungserwartungen gab es bei den öffentlichen Anleihen mit längeren Laufzeiten Kaufaufträge aus dem Ausland. Die Kurse zogen hier bis zu 0,35 Prozentpunkte an. In den kürzeren Laufzeiten schwankten die Notierungen um 0,20 Prozentpunkte nach beiden Seiten, wie überhaupt die Kursbildung mangels größerer Aufträge oftmals zufallsbedingt blieb.

F PWA 86/94	105,6	106
F Renown Look 86/91	770T	775
F 5½ Rhythm W. 83/88	1325	1375G
F dgl. 84/89	590	595
F 3½ PWE 86/96	91	90,8
F Ryobi 83	740	750
F Salamander 86/96	142	145
F 6⅞ Schering 83/90	337	340
F 3 Schw. Bankg. 84/89	3150	3100
F 5½ Schw.Bk.V.I 84/89	262	269,5
F 2½ dgl. II 86/91	158G	158
F Schw.Kredit 85/90	1650G	1650
F Senko 86/91	595	600
F 7¼ Siemens 83/90	479,8	474,5
F dgl. 86/92	225	224,5
M Stumpf 78/88	73,5bGr	71bG
M dgl. 81/91	120bG	117mG
F Sumitomo 85/90	1600	1610
F dgl. 86/93	775	780G

F 5¼ dgl. 84/94 oO DM	83,5	83,5
F 2¾ dgl. 86/96 mO DM	104,75	104,75
F 2¾ dgl. 86/96 oO DM	80	79,75
F 4 SKA Fin. 85 mO	130	150G
F 4 dgl. 85 oO	97,5	97,5G
F 3 Toyo 85/90mODM	200G	200G
F 3 dgl. 85/90 oO DM	91,25	91,2
F 3½ Komw. 85/90mODM	125G	125G
F 3¾ dgl. 85/90oO DM	94,5G	94,6G
F 3¼ Isum.84/90mODM	107G	107G
F 3¼ dgl. 84/89oODM	95,75	95,75bG
F 4 Veba 85/93 mO DM	197T	197T
F 4 dgl. 85/93 oO DM	89,25	89
F 3 VW 86/96 mO DM	135	135
F 3 dgl. 86/96 oO DM	76,4	76,5bB
F 2¾ Wella 86/96 mO DM	101,5	100,5
F 2¾ dgl. 86/96 oO DM	71,25	70,25
M 3¼ Stumpf 78/88 mO	–	176bT
M 3¼ dgl. 78/88 oO	96,5B	96,5B

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Höher, mit Ausnahme des Spotmonats sowie des Mai-Kontrakts, notierte Kaffee. Knapp behauptet ging Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	15.12.	12.12.
Dez.	282,50	279,75
März	277,00-277,25	275,75-275,50
Mai	265,50-263,75	262,50-262,25

WEIZEN Winnipeg (can $/t) Wheat Board cif

[illegible]	210,73	211,28
Am. Durum	208,56	209,06

ROGGEN Winnipeg (can $/t)

[illegible]	92,70	92,90
[illegible]	97,50	97,50
[illegible]	100,4	100,00

[illegible] Winnipeg (can $/t)

[illegible]	81,50	82,00
[illegible]	81,70	81,50
[illegible]	81,10	81,10

[illegible] Chicago (c/bush)

[illegible]	169,00	169,00
[illegible]	156,50	158,50

[illegible]

Genußmittel

[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

15.12.	12.12.
26,00	26,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

22,25	22,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Dez.	15,40	14,93-14,94
Jan	15,10-15,08	15,02-14,99
März	15,40-15,38	15,32-15,30
Mai	15,68	15,59
Juli	15,86-15,88	15,78
Aug.	15,90-15,88	15,78-15,80
Sept	15,88-15,90	15,80

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk

17,00	17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	14,00	14,00

[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

NE-Metalle

[illegible]

Deutsche Alu-Gußlegierungen

[illegible]

Edelmetalle

[illegible]

Internationale Edelmetalle

[illegible]

Erläuterung – Rohstoffpreise

[illegible]

Westd. Metallnotierungen

[illegible]

Zinn-Preis Penang

[illegible]

Londoner Metallbörse

[illegible]

Energie-Terminkontrakte

[illegible]

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Kartoffeln

[illegible]

Bauholz

[illegible]

Devisenterminmarkt

Anziehende Dollarzinssätze sorgten am 16. Dezember für höhere Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,28-0,23	0,71-0,66	1,38-1,28
Pfund/Dollar	0,60-0,58	1,68-1,65	3,32-3,27
Pfund/DM	2,30-0,90	5,00-3,60	9,20-7,80
FF/DM	17-1	38-22	66-50

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16.12.: Tagesgeld 4,65-4,70 Prozent; Monatsgeld 4,80-5,00 Prozent; Dreimonatsgeld 4,70-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 16.12.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 16.12.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 16.12. Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6½-6⅝	5-5⅛	4½-4¾
3 Monate	6⅛-6⅜	4⅞-5	4⅝-4⅞
6 Monate	6-6⅛	4⅞-5	4-4¼
12 Monate	6-6⅛	4⅞-4⅞	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 16.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 14,50; Verkauf 17,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,00; Verkauf 17,00 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 16.12. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	196,00	251,94	35,14
20 ffr. Napoleon	5,8070	147,00	196,08	33,77
20 sfr Vreneli	5,8070	163,00	214,32	36,91
1 Sovereign Neu	7,3220	173,00	225,72	30,83
1 Sovereign Alt	7,3220	177,00	230,28	31,45
100 Kronen Öster.	30,4880	740,00	912,00	29,91
20 Kronen Öster.	6,0980	147,00	190,38	31,22
10 Kronen Öster	3,0480	82,00	109,44	35,91
4 Dukaten Öster	13,7700	345,00	427,50	31,05
1 Dukaten Öster	3,4420	80,00	111,72	32,46
10 Rubel Tscherw.	7,7423	193,00	248,52	32,10
Krügerrand 1 Uz	31,1035	775,00	923,40	29,69
Krügerrand ½ Uz	15,5517	410,00	490,20	31,52
2 Rand Südafrika	7,3220	171,00	222,30	30,36
1 Rand Südafrika	3,6610	78,00	111,72	30,52
50 C.$ MapLL.1 Uz	31,1035	803,00	955,52	30,71
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	83,00	106,02	34,09
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	975,00	1259,70	41,86
Gold Am.Eagle 1 Uz	31,1035	808,00	961,02	30,90
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1015,00	1202,70	38,67
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	102,00	132,24	42,52

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75 , Kurs 100,60, Rendite 5,61 .

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 16.12.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,378	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	61,00	6,03
Commerzbank	100,00	4.8.00	42,60	6,46
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	148,00	8,55
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	113,30	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,70	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,37	6,65
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	52,80	6,92
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,63	6,30
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,76	6,70
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,20	6,39
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,86	6,95
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,73	6,82
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,28	6,96
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,38	6,84
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	59,00	6,41
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,60	6,60
WestLB 603	100,00	1.6.01	40,20	7,06
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,95	7,23
WestLB 500	126,86	16.2.89	–	–
WestLB 501	137,01	16.2.90	117,60	4,96
WestLB 504	141,85	1.10.91	110,55	5,3a5
WestLB 505	143,24	1.9.92	105,00	5,60
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	116,50	6,58
Österreich	294,12	24.5.00	116,00	7,14
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	134,25	8,13
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	138,50	7,45
Prud Realty	$ 100	15.1.99	75,70	8,57
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	80,125	7,26
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	69,25	7,41
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	61,00	10,06
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	67,25	7,99
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	67,125	7,94
Gen. Elec (AAA)	100,00	17.2.93	64,00	7,49
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	55,00	8,71
Penney (A+)	100,00	17.2.94	55,75	8,48
Sears (AA)	100,00	27.5.94	56,00	8,09
Philip Morris/A	100,00	6.6.94	54,75	8,38
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	53,75	7,84

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,75 (4,75)	100,3	101,1	102,1	103,0	104,0	104,9
2	5,00 (4,97)	100,0	101,7	103,6	105,4	107,3	109,1
3	5,30 (5,30)	99,20	101,6	104,3	107,1	109,8	112,5
4	5,60 (5,58)	97,55	101,1	104,6	108,1	111,5	115,0
5	5,80 (5,79)	96,20	100,9	104,7	108,9	113,1	117,3
6	6,00 (5,98)	94,60	100,0	104,4	109,3	114,2	119,1
7	6,35 (6,35)	92,05	98,05	103,8	108,5	114,0	119,5
8	6,60 (6,57)	89,75	95,75	101,8	107,9	113,9	120,0
9	6,75 (6,70)	87,85	94,45	101,7	107,6	114,1	129,7
10	6,80 (6,76)	86,60	93,65	101,4	107,8	114,8	121,9
15	7,10 (7,08)	80,20	89,20	99,10	107,2	116,2	125,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,631 (112,707)
Performance-Rentenindex: 251,011 (251,074)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	15 Dez.	6,25-6,567
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,10
	60–270 Tage	5,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,20
	60 Tage	6,10
	90 Tage	6,00
Certificates of Deposit	1 Monat	6,20
	2 Monate	6,10
	3 Monate	6,00
	6 Monate	5,98
	12 Monate	6,00
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,55
	26 Wochen	5,85
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,14
	30 Jahre	7,40
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	1. Dez.	721,4 Mrd. $ (+9,9 Mrd.$)
NYSE-Aktienindex (New York) Dez	142,80	140,10
März	143,40	140,80

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	15.12.	12.12.
9¾ EEC 90	105,75	105,75
11¼ dgl. 90	112	112
10⅝ EIB 93	110,875	110,875
6⅝ Sears 91	105,5	105,625
6¾ Swed.Ex.91	103	103,25
7 TRW 94	102,375	102,375
6¾ Un.Tech.92	103,375	103,5
6¾ W.Disn.96	103,25	103,375
6⅞ World Bk96	104,75	104,875
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8⅛ dgl. 87	99,75	99,75
9 Paribas 92	104	104
10¼ Paribas89	103,5	103,5
8 Philips 89	100,5	100,5
6⅝ CrdLyon 92	94,125	94
8⅞ CrdNat 95	106,25	106,125
10⅝ dgl. 94	109,625	109,625
8⅞ Credanst.94	104,375	104,5
9⅞ Credito 92	104,875	104,875
7⅞ Danmark 96	97,25	97,5
8⅝ Phibro 96	101,375	101,5
7½ Ph.Mor. 89	99	–
9 Philips 95	103,125	103,25
9¾ Pibo 92	105,75	105,75
10 Prvbk. 92	105	105

[illegible]

Lux. Franc Bonds

[illegible]

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52852

[illegible]

ECU

[illegible]

Euro-Yen

[illegible]

ECU-Tageswerte

[illegible]

SZR-Wert

[illegible]

Der Gitarrist John McLaughlin: Ein Guru des modernen Jazz

Nie gehörte Töne aus der Alten Welt

Wahrscheinlich ist es Zufall, obwohl Jazzmythographen auch hierin allzugern Symbolhaftes erspähen wollten, daß der britische Gitarrist John McLaughlin, damals 26 Jahre alt, sich ausgerechnet im Jahr 1968 entschloß, dem Ruf des Jazzbassisten Dave Holland zu folgen und mit Sack und Pack in die USA zu reisen.

Denn im Juni jenes Jahres war ein Jazzgitarrist gestorben, der mit seinen Blockakkorden und weich swingenden Daumen-Oktaven die Sechziger für sein Instrument entscheidend geprägt und revolutioniert hatte – Wes Montgomery. Er war der letzte Exponent jener jazzgitarristischen Ära, die tief und fest im musikalischen Vokabular des Bebop-Jazz verankert war – ein „Mainstream"-Virtuose, den man heutzutage mit hineinzuschieben pflegt in die gewaltig große Schublade mit der Aufschrift „traditional jazz".

So ändern sich die Etiketts. Meinte man zu Montgomerys Zeiten damit den Oldtime-Jazz, so verweist man heute damit auf die Riege der Väter aller moderner Jazzgitarristik, wie sie begründet wurde durch Barney Kessel, Herb Ellis, Irving Ashby und viele andere mehr.

„Schuld" an der Verschiebung der Wortbedeutungen hat zum Gutteil eben John McLaughlin, der über Dave Holland zu dem Trompetenstar Miles Davis kam und begann, die moderne Sprache des Gitarrenjazz zu revolutionieren, und dann mit seinem Mahavishnu Orchestra fortfuhr, das Exklusive am herkömmlichen Jazz mit System zu zerspielen, indem er an seine Stelle noch nie gehörte asiatische Töne setzte.

Der Weg dieses jungen Mannes aus Doncaster in der britischen Grafschaft Yorkshire erscheint heutzutage beinah typisch für all jene Gitarrenspieler, die sich fortan auf ihr neues Vorbild McLaughlin beriefen – eines Briten, wohlgemerkt, der nun auch im Jazz vollzog, was ebenfalls in den Sechzigern im Pop-Bereich längst selbstverständlich war: die massive Einflußnahme aus der Alten auf die Neue Welt.

Ohne Filter – ARD, 23.45 Uhr

John kommt aus einer Familie, die der europäischen Klassik verschrieben ist, mit einer Violinistin als Mutter und drei ebenfalls musizierenden Brüdern. Mit zwölf Jahren beherrschte er bereits erstaunlich souverän die Stile seiner damaligen Blues-Idole vom Schlage Leadbellys und Muddy Waters'. Als er mit 14 zum erstenmal Django Reinhardt hörte, war sein Weg in den Jazz programmiert. Er lauschte Miles Davis und John Coltrane und setzte sich mit Bartók und Debussy auseinander. Er entwickelte alsbald einen eigenen Stil, der ihm ermöglichte, nach Belieben zu wechseln zwischen Rhythm 'n' Blues, Mainstream und Avantgarde.

In jener Zeit kristallisierte sich bei John McLaughlin heraus, was heute für fast alle jüngeren Jazzmusiker unverzichtbar ist: das Assimilieren, das Fusionieren von Jazz- und Rockelementen, das der Engländer sodann in Amerika perfektionierte wie kein zweiter Gitarrist.

Aber auch keiner war innovativer als er, sowohl stilistisch und handwerklich, als auch im Bereich des Gitarrenbaus – als hätte ihm das herkömmliche elektrische wie akustische Instrumentarium nicht mehr ausgereicht ...

Und so bleibt John McLaughlin noch lange, nachdem er Ende der siebziger Jahre das Schüler-Gewand des Guru Sri Chonmoy wieder abgelegt hat, selbst ein Guru, ein Guru der modernen Jazzgitarre.

ALEXANDER SCHMITZ

Federico Fellini spielt einen Solopart

Seine Filme sind wie die Kapitel eines Romans. Ein jedes stehe, hat Ettore Scola einmal gesagt, mit jedem in engem Zusammenhang und jedes bedinge das folgende. Genau zwanzig Kapitel hat der 55jährige italienische Regisseur, der seine Karriere als Journalist und Karikaturist begann, bislang „geschrieben".

Scola erzählt immer wieder – deftig und hinreißend vital, unnachahmlich komisch und doch auch todtraurig – große Geschichten von kleinen Leuten, von Habenichtsen und Drop-Outs der italienischen Gesellschaft, zu denen durchaus auch ein paar Intellektuelle zählen.

In seiner Heimat und auch in Frankreich ist Scola fast schon so populär wie sein Freund und Mentor Federico Fellini. Bei uns ist man erst vor kurzem aufmerksam und neugierig geworden auf diesen Meisterregisseur aus Italien.

Sein jüngster Film „Macaroni" mit dem brillianten Duo Jack Lemmon und Marcello Mastroianni läuft derzeit erfolgreich in unseren Kinos; und auch „Le Bal", eine Parabel der Einsamkeit, die ganz ohne Worte auskommt und das Leben als einen Tanzpalast voller tragikomisch-skurriler Typen vorführt, war hierzulande ein echter „Knüller". „Le Bal" gewann 1984 in Berlin den Silbernen Bären, das Deutsche Fernsehen zog daraufhin mit drei früheren Scola-Filmen nach, die auch keineswegs enttäuschten: der „Terrasse" (1980), dem „Besonderen Tag" (1977) und der „Flucht nach Varennes" (1982) mit Hanna Schygulla in einer Hauptrolle.

Wir hatten uns so geliebt – im ZDF um 22.55 Uhr

Heute abend ist nun auch Scolas 1975 entstandener Streifen „C'eravamo tanto amati" zu sehen. Es ist eine der faszinierendsten Arbeiten dieses Regisseurs, ein Ritt durch dreißig Jahre italienischen Lebens und gleichzeitig die Geschichte einer höchst ungewöhnlichen Freundschaft zwischen drei Männern und einer Frau.

Große Momente des italienischen Kinos sind in dieses phantasievolle Meisterwerk hineinverwoben, die in jene dreißig Jahre fallen, von denen der Film erzählt und die im Leben der Helden eine Bedeutung gewinnen, etwa die berühmte Szene aus „La dolce vita", in der Fellini Anita Ekberg, lasziv und verführerisch, im nächtlichen Trevi-Brunnen fotografiert. Der Film ist ausgezeichnet besetzt. Fellini und de Sica machen als Schauspieler mit, neben Stefania Sandrelli und Vittorio Gassman.

Das Gespann Gassman / Sandrelli steht auch wieder – dieses Mal als Ehepaar – im Mittelpunkt von Scolas soeben in Cinecittà abgekurbeltem Streifen „La Famiglia", einer Familien-Saga aus dem römischen Bürgertum, die 1906 beginnt und in unseren Tagen endet: ein groß angelegtes soziales und historisches Tableau Italiens im zwanzigsten Jahrhundert.

DORIS BLUM

Weihnachtliches Glockengeläut über Peking

Das Verhältnis zwischen China und der katholischen Kirche bleibt zwiespältig. Zu Weihnachten 1985 war die größte Kirche in Peking nach 27 Jahren den 30 000 Katholiken der chinesischen Hauptstadt zurückgegeben worden, zu Maria Himmelfahrt läuteten in den drei seit der Kulturrevolution wiedereröffneten Kirchen erstmals wieder die Glocken und im September wurde in der Diözese von Peking auch wieder ein Priester geweiht. Doch auch im heutigen China bleibt das Leben der Katholiken schwierig.

Erst kürzlich berichtete die Menschenrechtsorganisation Amnesty International von neuen Christen-Verfolgungen. Im Südwesten von Peking seien 40 Gläubige festgenommen worden; dabei seien mehrere geschlagen und zwei Ordensschwestern sexuell belästigt worden.

Christliche Wiedergeburt in China – ZDF, 22.05 Uhr

Trotz der in China verfassungsmäßig garantierten Religionsfreiheit gilt weiterhin der Grundsatz: „Religiöse Körperschaften und Aktivitäten dürfen keiner ausländischen Macht unterworfen sein." Das richtet sich vor allem gegen die bereits seit 1300 in China missionierende katholische Kirche, die sich stets als zu Rom gehörig betrachtete.

Nachdem 1957 zahlreiche Priester in Haft genommen wurden, gab sie ihren Widerstand gegen die Bildung einer unabhängigen Nationalkirche auf und formierte sich zur „Patriotischen Vereinigung der chinesischen Katholiken". Dennoch gibt es in entlegenen Provinzen immer noch Katholiken, die dem Vatikan die Treue halten – sie praktizieren unter dem Risiko, als „Agent einer fremden Macht" verhaftet zu werden.

Peking ist jedoch um einen Ausgleich mit Rom bemüht. Ein Stolperstein dabei ist allerdings Taiwan. Die Patriotische Vereinigung chinesischer Katholiken fordert vom Vatikan den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan. Der Vatikan ist offenbar bereit, den Kirchenoberen in China Selbstverwaltung zugestehen, sofern man das Recht des Papstes auf die Ernennung der Bischöfe wieder akzeptieren würde. Dabei soll der chinesischen Regierung ein inoffizielles Vetorecht eingeräumt werden.

RENATE FRANK



9.45 Ratgeber: Handspielpuppen
10.00 heute
10.05 Der schwarze Seeteufel
11.30 Bilder aus der Wissenschaft

15.50 Tagesschau
16.00 Die Sklavin Isaura (15)
16.25 Die schönen stummen Mannequins
Ines – besucht von Elke Baur
16.45 Wilde Tiere
Wie die Pumas vom Baum gepflückt wurden
17.00 Links und rechts vom Äquator
Geschichten und Reportagen aus Spanien, Algerien, Ecuador und dem Libanon
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Peter der Große (2)
Vierteiliger Fernsehfilm von Edward Anhalt nach der Biographie von Robert K. Massie
21.45 Sportler des Jahres 1986
Proklamation und Ehrung
Aus dem Kurhaus Baden-Baden
22.30 Tagesthemen
23.00 Steffi Graf
Deutschlands Tenniskönigin
Portrait von Gernot Kilx
23.45 Ohne Filter – Musik pur
Mit Toto, Mezzoforte, Commander Cody and the Airmen, John McLaughlin, Jonas Hellberg
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken



12.00 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

15.15 Theatertreff: Die Ratten
Schauspiel von G. Hauptmann
16.25 Sicht weg – Gas weg
Eine Aktion des Deutschen Verkehrssicherheitsrates
16.35 Der Waschbär Rascal
Zeichentrickserie
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Die Wicherts von nebenan
Katzen lieben Baldrian
18.55 Lotto am Mittwoch
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Präsentation: Viktor Worms
20.15 Kennzeichen D
Wehner in Dresden. Warum General Wachter gefeuert wurde – Personalplanung der Bundeswehr. Arbeitslosen-Schicksal
21.00 Der Denver-Clan
Um Haaresbreite
21.45 heute-journal
22.05 Christliche Wiedergeburt in China
Bericht von Gottfried Edel über den Wiederaufbau christlicher Zentren nach der Kulturrevolution.
22.35 Wir hatten uns so geliebt
Italienischer Spielfilm
Mit F. Fellini, M. Mastroianni
Regie: Ettore Scola
0.35 heute

SAT 1

15.55 Indian River
Verbindung unterbrochen
16.00 Abu, der Sohn der Sahara (5)
Englischer Jugendfilm
16.25 Die Waltons
17.10 Kung Fu
Caine und die Goldräuber
18.00 Es darf gelacht werden
Festival mit Charley Chase
Der Jüngling im Teich
Slapstick-Serie
18.30 blick
18.45 Sport
Show-Formationstanz. Rock'n'Roll. Trampolin-Springen. US-Eishockey
19.45 Das Mädchen Rosemarie
Deutscher Spielfilm (1958)
Mit Nadja Tiller, Peter van Eyck
21.35 blick
22.15 Single sucht Single
Partnersuche mit Reinhard Münchenhagen
22.45 Nummer Sechs
Pas de Deux
Amerikanische Krimiserie



19.00 Entführung ins Serail
Das Topkapi-Museum in Istanbul
Film von Enis Günay
19.45 Follow me (57)
20.00 Tagesschau
20.15 Fröhliche Weihnachten
Fernsehspiel von R. Stromberger
Mit K.-M. Vogler, Sonja Ziemann
21.25 Wildwege
Aufgespürt von Erik Zimen
Der Steinkauz
22.10 Die Legende vom Tianyun-Gebirge
Chinesischer Spielfilm (1981)
Aufwühlende Darstellung politischer Intrigen in China zur Zeit Maos „großem Sprung nach vorn"



18.10 Bilder aus Deutschland
Ein Ländermagazin
19.00 heute
19.30 Die Schweizermacher
Schweizerischer Spielfilm (1978)
Mit Emil Steinberger
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Begegnungen
Max Frisch im Gespräch mit Otto F. Walter



19.55 Fußball UEFA-Cup
Achtelfinal-Rückspiel
Inter Mailand – Dukla Prag
Live-Übertragung aus Mailand
21.45 RTL-Spiel
22.12 Wer bin ich?
Quiz mit Prominenten
Spielleiter: Rainer Holbe
22.37 Mädchen, Mode und Musik
Wahl der Miß Schleswig-Holstein

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Zu Gast: René Kollo
21.34 Wissenschaftsshow
Neuheiten der Musik-Industrie
22.30 Lianna
Amerikanischer Spielfilm (1981)

NORD
19.15 Das internationale TV-Kochbuch
Pakistan (3)
19.30 Ökoland (5)
Biogas aus dem Meer
Film von Hans-Ernst Weitzel
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Live-Sendung mit Zuschauern
Polizisten mit Namensschild?
21.15 In bester Gesellschaft (8)
Heißer Boden, kalte Füße. Serie
22.00 Freaks
Amerikanischer Gruselfilm (1932)

HESSEN
20.00 Parlament, Parteien, Perspektiven
Umweltstrafrecht. Krise der rot-grünen Koalition. Chemie-Multi Höchst. Interview mit W. Wallmann
20.45 Persönlich
Manfred Buchwald im Gespräch mit Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein
21.30 Drei aktuell, Sport
21.50 Lindenstraße (54)
Spätes Glück
22.20 Die neuen Leiden des jungen W.
Fernsehspiel von Ulrich Plenzdorf
Mit Klaus Hoffmann
Regie: Eberhard Itzenplitz

SÜDWEST
19.30 Schlaglicht
Thema: Die Kabelpilot-Projekte
20.15 In bester Gesellschaft
8. Heißer Boden, kalte Füße. Serie
Nur für Baden-Württemberg
21.15 Kronen, Krieg und Republik
Geschichte Südwestdeutschlands
Film von H. Douglas, W. Niess
Nur für Rheinland-Pfalz
21.15 Guten Abend aus Mainz
Unterhaltungsmagazin mit dem Kabarettisten Hutmacher, dem Fotografen Hartmut Frien, dem Literaten J. Tettenborn, I Villani und einem Chor der US-Army
Gemeinschaftsprogramm
22.15 Love Happy
Amerikanischer Spielfilm (1949)

BAYERN
20.00 In bester Gesellschaft (8)
18teilige Fernsehserie
Heißer Boden, kalte Füße
20.45 Zeitspiegel
CSU-FDP. Interviews mit Minister Walter Wallmann und Ministerpräsident Johannes Rau. Aids
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
Aus der Benediktiner-Abtei Ettal
21.50 Frauen der Sonne (4)
Vierteilige australische Serie
22.50 Lese-Zeichen
Literaturbeilagen zum Jahresende
23.20 Man-Eater
Von Tigern und Opfern

Am 13. Dezember 1986 verstarb völlig überraschend im Alter von 62 Jahren

Dr. Fritz Oschmann

Mitglied des Vorstandes der VEBA AG
und Vorstandsvorsitzender der VEBA OEL AG

Unter seiner Leitung wurde die Mineralölsparte der VEBA neu geordnet und für die Aufgaben der Zukunft weiterentwickelt. Seine Persönlichkeit war von Wissen, Engagement und Menschlichkeit geprägt. Er hat weit über den Konzern hinaus gewirkt und Anerkennung gefunden.

Herr Dr. Oschmann hat Außerordentliches geleistet und sich um die VEBA verdient gemacht. Wir werden ihn nicht vergessen.

VEBA AG

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsräte und Mitarbeiter

Die Beisetzung findet im engsten Kreise statt.

Im Sinne des Verstorbenen wird anstelle von Kränzen und Blumen um eine Spende für das Kinderheim St. Elisabeth in Gelsenkirchen-Erle, Kontonummer 114 300 300 bei der Volksbank in Gelsenkirchen-Buer, gebeten.

Am 13. Dezember 1986 verstarb völlig überraschend im Alter von 62 Jahren

Dr. Fritz Oschmann

Vorstandsvorsitzender der VEBA OEL AG

Er übernahm im Jahre 1978 die Leitung unserer Gesellschaft in einer für die gesamte Mineralölwirtschaft schwierigen Zeit. Unter seiner Führung gelang es, eine gesicherte wirtschaftliche Basis für eine erfolgreiche Weiterentwicklung zu schaffen. Seine international anerkannte fachliche Kompetenz, seine Motivations- und Integrationsfähigkeit, seine menschliche Lauterkeit und seine über das Tagesgeschäft weit hinausreichende unternehmerische Kreativität werden uns fehlen.

Herr Dr. Oschmann hat sich im Dienst für das Unternehmen und seine Mitarbeiter verzehrt. Seine Verdienste und seine Persönlichkeit bleiben uns unvergessen.

VEBA OEL AG

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsräte und Mitarbeiter

Die Beisetzung findet im engsten Kreise statt.

Im Sinne des Verstorbenen wird anstelle von Kränzen und Blumen um eine Spende für das Kinderheim St. Elisabeth in Gelsenkirchen-Erle, Kontonummer 114 300 300 bei der Volksbank in Gelsenkirchen-Buer, gebeten.

Am 13. Dezember 1986 verstarb völlig überraschend im Alter von 62 Jahren

Dr. Fritz Oschmann

Aufsichtsratsvorsitzender der RAAB KARCHER AG

Seit 1979 stand Herr Dr. Oschmann dem Aufsichtsgremium unseres Unternehmens vor. Durch seine große Erfahrung und fachliche Kompetenz, insbesondere auf dem Gebiet der Mineralölwirtschaft, hat er unserem Unternehmen fruchtbare Impulse gegeben. Seine unternehmerische Weitsicht, sein soziales Verantwortungsbewußtsein und seine persönliche Ausstrahlung sind für uns unersetzlich.

Wir werden ihm ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.

RAAB KARCHER AG

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsräte und Mitarbeiter

Wir trauern um den Vorsitzenden des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft, Herrn

Dr. Fritz Oschmann

Er gehörte dem Aufsichtsrat seit dem 16. 6. 1978 an und übernahm gleichzeitig erstmals dessen Vorsitz. Als Mitglied der Aktionärsgremien unserer Gesellschaft, in denen er bereits seit 1972 mitwirkte, war er unserem Hause eng verbunden. Wir haben Herrn Dr. Oschmann in den Jahren der Zusammenarbeit auch in schwierigen Situationen sehr schätzen gelernt. Sein ausgewogener Rat war stets verläßlich, und seine menschlichen Qualitäten wurden von uns hoch geschätzt.

Wir werden ihn sehr vermissen und ihm stets ein ehrendes Angedenken bewahren.

Aral Aktiengesellschaft

Am 13. Dezember 1986 verstarb für uns völlig unerwartet der frühere Vorsitzende unserer Geschäftsführung und unseres Beirates

Dr. Fritz Oschmann

Herr Dr. Oschmann hat in entscheidenden Jahren des Bestehens unserer Gesellschaft als Vorsitzender unserer Geschäftsführung und bis zuletzt im Aufsichtsgremium unserer Gesellschaft seine unternehmerische Gestaltungskraft und sein hohes fachliches Können in den Dienst unseres Unternehmens gestellt. Seine von großer menschlicher Ausstrahlung geprägte Persönlichkeit hat die Geschicke der Deminex maßgeblich gestaltet. Wir sind von diesem Verlust tief betroffen.

Wir sind dem Verstorbenen zu besonderem Dank verpflichtet und werden ihm aus dieser Gesinnung heraus stets ein ehrendes Andenken bewahren.

DEMINEX

Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH
Beirat, Geschäftsführung und Belegschaft

Am 13. Dezember 1986 verschied unerwartet, Herr

Dr. rer. nat.

Fritz Oschmann

Sein Tod erfüllt uns mit tiefer Trauer. Wir verlieren mit ihm einen uns in langjähriger enger Zusammenarbeit verbundenen guten Freund unseres Unternehmens. Als früheres Mitglied unseres Aufsichtsrates und als Beiratsmitglied hat er Entscheidungen von besonderer Bedeutung für unser Unternehmen mitgetragen.

Wir nehmen Abschied von einem Mann, dessen hohe menschliche Eigenschaften und vornehme Gesinnung in unserer Erinnerung bleiben werden.

RUHRGAS AKTIENGESELLSCHAFT

Am 13. Dezember 1986 starb in Amsterdam

Wolfgang Frommel

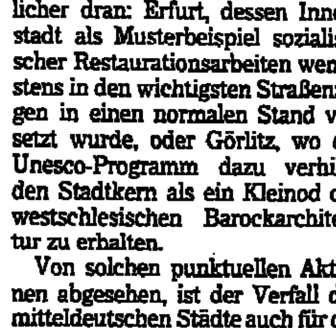
geboren am 8. Juli 1902

Offizier des Ordens von Oranien-Nassau
Jad-Vashem-Medaille der Gerechten
Bundesverdienstkreuz Erster Klasse

Im Namen seiner Freunde
Manuel R. Goldschmidt

Castrum Peregrini, Postbox 645, 1000 AP Amsterdam
Die Beisetzung findet am Mittwoch, dem 17. Dezember, um 15 Uhr auf dem Friedhof „Akker Gods" in Spaarnwoude bei Spaarndam statt.

Altenburger Kartenhaus



goj. – Ein Kartenspiel besonderer Art wird jetzt aus der „Skatstadt Altenburg" angeboten. Statt Pique Sieben, Karo Bube, Herz Dame oder Eichel Ober zeigen die Karten nichts als – Altenburger Baudenkmäler: die Mönchsgasse, die Spitzweggasse, Türme, Kirchen, Schlösser und malerische Winkel. In der linken oberen Bildecke stehen zwar noch die traditionellen Gattungssymbole wie Herz, Karo, Schell, Kreuz, Eichel, aber die Zahlen fehlen. Mit diesem Spiel kann man nichts spielen. Was soll man dann?

Wahrscheinlich soll man sich der Baudenkmäler erinnern, so wie sich die Leipziger an ihre Universitätskirche erinnern. Dieses Kartenspiel kann als ein Hilferuf verstanden werden, denn in Altenburg sind die Räumbagger am Werk, die hier wie anderswo die über den Krieg erhaltene, inzwischen aber in 40jähriger Vernachlässigung verfallene Bausubstanz beseitigen, zugunsten sozialistischer Einheitsarchitektur.

Manche Städte sind etwas glücklicher dran: Erfurt, dessen Innenstadt als Musterbeispiel sozialistischer Restaurationsarbeiten wenigstens in den wichtigsten Straßenzügen in einen normalen Stand versetzt wurde, oder Görlitz, wo ein Unesco-Programm dazu verhilft, den Stadtkern als ein Kleinod der westschlesischen Barockarchitektur zu erhalten.

Von solchen punktuellen Aktionen abgesehen, ist der Verfall der mitteldeutschen Städte auch für die in der „DDR" akkreditierten West-Journalisten ein Tabu-Thema: Darüber zu schreiben würde – obgleich es am Ende westliche Hilfsbereitschaft mobilisieren könnte – ihre ganze wohlabgewogene Berichtsarbeit gefährden, also unterbleibt es. Und die Städte und Baudenkmäler, die nicht im Brennpunkt stehen, verfallen weiter vor sich hin. Beispiel: Altenburg.

Das Altenburger Pseudo-Skatspiel mag so eine nützliche Aufgabe erfüllen: dem Verfall der abgebildeten Baudenkmäler Kontra zu bieten. Aber ob das schon reicht, Tabus zu überspielen?

Berlin: Hermann Brochs „Aus der Luft gegriffen"

Plüsch, Prunk und Protz

Ein ausschweifendes Bühnenbild, das man sich im Schiller-Theater in Berlin ausgedacht hat, schön bis zur imponierenden Protzigkeit. Man blickt in eine voluminöse Hotelhalle. Ein monströs schöner Lüster hängt von der hohen Decke. Zwei sanfte, breite Treppenaufgänge führen in den 1. Stock, anmutend wie die glatten Steigeleitern einer glitzernden Großstadt-Revue.

Oben eine Zimmerflucht hinter rot ausgeschlagenen Türen. Hier unten das Plüschgepränge gewaltiger Sitzarrangements im Stil eines hochkarätigen Art deco. Über die gigantische Hotelhalle sieht man auf einen See. Es regnet über die Scheiben. Gebirg erhebt sich. Fontänen springen in der Ferne. Feine Welt wimmelt an dem hohen Stand des edlen Concierge vorbei. Protzwelt, Nobelgepränge aus voller Hand. Es könnte losgehen mit Hermann Brochs Hochstapler-Komödie „Aus der Luft gegriffen".

Fred Berndt hat das monströs schöne, durchsichtige und edel prunkende Dekor gebaut. Er hat die Verbrecherposse auch inszeniert. Spezialeffekt: daß später auf Regiegeheiß die Wände vor den einzelnen Hotelzimmern im 1. Stock hochgehen werden. Dann blickt man, einzeln oder insgesamt, in die teuren Wohnschächte der Hotelgäste. Wenn das zum ersten Mal passiert, erhebt sich amüsierter Beifall. Später nicht mehr.

Hermann Broch hat die piekfein eingelassene Hochstapler-Komödie vor mehr als 50 Jahren geschrieben. Er tat es, sozusagen im Gefolge von Georg Kaiser oder Walter Hasenclever. Es geht in feinster Umgebung um schlichte Täuschung. Auch große Welt – besonders die – will betrogen sein. Eine geschickte Laus hat sich im Pelz der Nobelgesellschaft eingelassen. Der Kerl tritt auf, natürlich mit falschem Namen, wie ein Nobelmann. Er ist ein kleiner, aber siegreich geschickter Gauner.

Eigentlich wäre nach vielen anderen Mustern vergleichbarer Art die Stätte für ein Unternehmen der Schadenfreude und ständigen Düpierung reicher Schlaumeier erstellt. Sonderbar: Wenn man die Pracht und Herrlichkeit des optischen Aufwandes staunend genossen hat – das eigentliche Spiel, das sich darin ergeben müßte, läuft eigentümlich kompliziert, dabei doch einfältig, es läuft sonderbar leer ab. Ein später Erfolg für den großen Hermann Broch wird an diesem Abend nicht erstritten. Er geht eher müde vonstatten.

Helmut Wildt spielt einen genußvoll knarrenden Großkapitalisten, Toni Slama, merkwürdig ungeprägt, seinen ebenfalls vor Reichtum stinkenden, hackenschlagenden, vermeintlichen Schwiegersohn. Maresa Hörbiger, sehr laut und mit einem Zug zum Ordinären, ist die blonde Räuberbraut und Spießgesellin des Hochstaplers. Den Hochstapler selbst spielt, schlank, jugendlich und emsig, wenn auch die Rolle kaum ausschöpfend, Horst Buchholz. Man denkt etwas melancholisch daran zurück, wie er einst Thomas Manns viel dichter ausgestattete Figur des Rossetäuschers Krull im Film spielte.

Es gibt immer wieder ganz Lustiges. Wie, beispielsweise, Peter Matić einen Hoteldirektor hinter dem hohen Tresen seines Empfangstisches darstellt, das hat immerhin einige satirische Schärfe und dirigierte Lustigkeit.

Wenn es aber an die langen Geschäftskonversationen geht, wenn die Kapitalisten von dem Räuber im Gentleman-Gewande, von Horst Buchholz also, aufs Kreuz gelegt werden sollen, dann flattert das Interesse. Broch packt zu viel Bitterkeit und Einsicht in seine Dialoge. Sie sollten schwirren. Sie ermüden zumeist.

Dabei ist die Komödie doch mit so vielen albernen Effekten durchsetzt. Das Licht geht in der feinen Welt aus. Plötzlich stehen die Reichen alle im Dunkeln. Oder die Betten der Damen werden ausgetauscht wie die Bäumelein. Das aber auch geschieht immer nur mit dramaturgischen Hemmungen und deutlichen Unglaubwürdigkeiten.

Broch wollte eine satte, unsichere, reiche Welt immer nur komisch und allzu tiefsinnig diffamieren. Er hat sie mit diesem seinem frühen Stück aus dem Jahre 1934 nur geringfügig dargestellt und szenisch gekratzt. So großer Aufwand – so geringer Gewinn! Der Beifall klang eher kleckernd.

FRIEDRICH LUFT

Jules Dassin wird 75

Der größte Coup war „Rififi"

Männer berühmter Frauen haben ihre Probleme mit dem Image – so auch Jules Dassin mit Blick auf Melina Mercouri. So wie der Ruhm als Meisterregisseur des Schwarzen Kriminalfilms und der intelligenten Komödie bei Dassin zu verblassen begann, so stieg der Stern von Melina Mercouri als Schauspielerin, Heroine des Widerstands gegen das griechische Obristenregime und schließlich als Kulturministerin. Dassin scheint das mit Geduld zu tragen, wenn hinter seinem Rücken über den „Mister Mercouri" gewitzelt wird.

Die Karriere von Melina Mercouri wäre ohne Jules Dassin, der morgen 75 Jahre alt wird, nicht denkbar gewesen. Zwei Welterfolge hat er mit ihr gedreht: „Sonntags nie" (1960), jene Komödie um ein leichtes Mädchen im Hafen von Piräus, deren Titelmelodie Aufnahme in die Ehrengalerie der Evergreens gefunden hat. Und schließlich „Topkapi" (1964), jenen humorvoll hingetupften Kriminalfilm um einen Diamantenraub im Museum von Istanbul. Problematischer allerdings sind die Dassin-Mercouri-Filme, in denen in Seelengründen geschürft oder griechische Klassiker in die Gegenwart versetzt werden.

Sie kamen teilweise nie in die Kinos, wohl weil den Verleihern ihr Gefühlsüberschwang unheimlich war. Da tut es einem um jene Filme aus Dassins amerikanischer Zeit, die das gleiche Schicksal traf, schon mehr leid, wobei man sich in Erinnerung rufen muß, daß Dassin kein Franzose, sondern Amerikaner ist. Amerika freilich hat ihn in den 50er Jahren, zur Zeit der Kommunistenfurcht, vertrieben. Filme wie „Zelle R 17", „Stadt ohne Maske" oder „Die Ratte von Soho" waren der Grund dafür. Sie gehören zur Schwarzen Serie und legen recht naturalistisch den Dschungel der Großstadt bloß, üben Sozialkritik im Thrillergewand.



„Mister Mercouri": Der amerikanische Filmregisseur Jules Dassin FOTO: RALPH CRANE

Jules Dassin emigrierte nach Frankreich und verlebte dort einige kümmerliche Jahre. Bis ihm 1956 der größte Coup glückte: Mit „Rififi" gelang ihm ein Krimi, der bis heute von seinen Spannungsqualitäten nichts verloren hat. Dassin wurde mit Preisen überhäuft, und so geschah es, daß er 1956 bei den Filmfestspielen von Cannes Melina Mercouri kennenlernte. Und damit begann eines der Kapitel der Geschichte von Männern berühmter Frauen.

SVEN HANSEN

Italien im Literaturrausch – Die „nouvelle plume" erneuert alte Formen und bringt eine frische Brise

Umberto Eco ist nicht an allem schuld

Umberto Eco hat es an den internationalen Tag gebracht: Italiens Gegenwartsliteratur befindet sich im Aufwind. Spätestens seit der letzten Frankfurter Buchmesse können es die Buchhändler an Zahlen ablesen: Nicht nur der „Name der Rose" belebt das Geschäft, sondern darüber hinaus überhaupt der Handel mit italienischen Lizenzen und Übersetzungsrechten. Italiens moderne Autoren erfreuen sich zur Zeit einer Beliebtheit wie schon lange nicht mehr. Die Qualitätsmarke „Made in Italy", bisher besonders bei Kleidung, Küche und Design bestimmend, wird auf die Literatur ausgedehnt.

Verlage aus aller Welt kaufen die Erstlingswerke noch relativ unbekannter italienischer Schriftsteller sogar schon „blind" und „en bloc". Die wenigen schon immer um die italienische Literatur bemühten Traditionsverlage, wie etwa Piper, müssen sich dranhalten, wenn sie ein ihnen angemessenes Stück vom Kuchen abbekommen wollen.

Kenner der Branche versichern, daß es sich keineswegs um einen bloßen „Umberto-Eco-Effekt" handle. Sie verweisen auf den „anderen" Schriftsteller-Philosophen Italiens, Luciano de Creszenzo, dessen „Also sprach Bellavista" in einigen Ländern die Verkaufszahlen Ecos bereits überflügelt hat. Dennoch wird allgemein eingeräumt, daß die Italiener von einer Reihe günstiger Umstände profitieren, z. B. von der neuerdings stagnierenden Literaturproduktion Lateinamerikas, das noch vor kurzem allen romanischen Ländern die Schau stahl.

Aber auch im Lande selbst spürt man den literarischen Aufbruch und nimmt seine Resultate teils dankbar, teils säuerlich entgegen. Zur Gruppe der hochbegabten, weithin beachteten Autoren gehören Antonio Tabucchi („Donna di Porto Pym", „Piccoli equivoci senza importanza"), Stefano Benni („Terra!", „Comici, spaventati guerrieri"), Andrea De Carlo („Treno di panna", „Macno"), Roberto Pazzi („Cercando l'imperatore", „La principessa e il drago"), Aldo Busi („Seminario sulla gioventu", „Vita standard di un venditore provvisorio di collant"), Pier Vittorio Tondelli („Pao Pao", „Rimini"), Daniele Del Giudice („Lo stadio di Wimbledon", „Atlante occidentale").

Trotz aller Unterschiede weisen diese Autoren doch so manche Gemeinsamkeit auf. Nicht nur, daß ihnen fast gleichzeitig der Weg aus dem Nichts in die Buchhandlungen gelungen ist, nicht nur, daß sie die sonst so stabile Konstellation auf den Auslagetischen aus dem Gleichgewicht gebracht und somit Raum für Neues geschaffen haben, es zeichnet sie auch eine bemerkenswerte ideologische Unbekümmertheit aus. Die sozialistische Utopie und die gesellschaftskritische Attitüde sind für sie nicht mehr von vornherein verbindlich. Doch auch ihr Formkanon ist von Vielfalt, Volkstümlichkeit und dem Ausprobieren traditioneller, längst totgeglaubter Genres geprägt. Mit vollem Recht sprechen einige Kritiker von einer Bewegung der „nouvelle plume", der „Neuen Feder".



Symbolfigur, aber nicht Mitglied der „nouvelle plume" in Italien: Der Erfolgsautor Umberto Eco FOTO: PETER PEITSCH

Der Unterschied wird sofort deutlich, wenn man die „Neuen" mit den literarischen Recken der sechziger und siebziger Jahre vergleicht, mit Autoren wie Giorgio Manganelli, Antonio Porta, Edoardo Sanguineti, Luigi Malerba. Auch diese Schriftsteller bemühten sich, der ewigen „Querelle des anciens et des modernes" zu entkommen, aber ihre Antwort auf den marxistisch getönten Realismus war die Hinwendung zum totalen Sprachexperiment.

Die Texte, die in dieser Zeit entstanden, hätten beispielsweise nie und nimmer einem Hollywood-Film als Vorlage dienen können. Werke wie „Hilarotragoedia" (Manganelli), „Purgatorio de l'Inferno" (Sanguineti), „La scoperta dell'alfabeto" (Malerba) und „Partita" (Porta) waren experimentelle Anti-Romane, die keine Handlung vorwiesen, keine Mitteilung enthielten, keinen allgemeinen Sinngehalt produzierten; jegliche syntaktische Struktur und jede semantische Dimension wurde auf den Kopf gestellt, die chaotische Wirklichkeit sollte sich in einer chaotischen Vision widerspiegeln. Seiten über Seiten wurden gefüllt, die zumindest teilweise jedem nicht spezialisierten Leser völlig unverständlich und sinnlos erscheinen mußten. Eben dies ist jetzt durch das Aufkommen der „nouvelle plume" anders geworden.

Was die neue Generation hauptsächlich vereint, ist die Wiederentdeckung des Romans in seiner streng traditionellen Form, die Wiederentdeckung der Novelle als „unerhörter Begebenheit". In den Werken der „nouvelle plume" gibt es wieder einzelne, klar umrissene Figuren, eine klar gegliederte Handlung mit raffiniert geschürztem Handlungsknoten, eine Umgebung, die so beschrieben ist, daß man sich darunter etwas vorstellen kann; kurzum, eine Geschichte mit Hand und Fuß. Außerdem sind die Werke der „Neuen" auch insofern „jung", als sie meistens die Welt junger Leute beschreiben.

Der Erfolg der „Neuen" hat hier und da Abwehrreflexe der bisherigen „Szene"-Platzhirsche hervorgerufen. So verfaßte Edoardo Sanguineti, der mit so bekannten Autoren wie Manganelli, Guglielmi, Malerba und anderen die berühmt-berüchtigte „Gruppe '63" bildete, einen wilden Essay, in dem er der „nouvelle plume" ein unerlaubtes Schielen nach Erfolg und vor allem ein „Sich-Ausliefern an Hollywood" vorwarf.

An der Tatsache, daß sich die Romane und Novellen der „Neuen" gut verkaufen, daß Literaturpreise für sie neuerdings durchaus im Bereich des Möglichen liegen und daß für einzelne ihrer Werke (z. B. „Terra" von Stefano Benni) bereits Filmangebote vorhanden sind, ändert das nichts, im Gegenteil. Im übrigen sind die Temperamente, Themen und Stile der „Neuen" unter sich viel zu unterschiedlich, als daß sie sich so einfach in einen Topf werfen ließen, wie Sanguineti das versucht.

Von den unterschiedlichsten Standpunkten aus, mit den verschiedensten Blickwinkeln, Ausgangslagen und Zielen wird das Universum der heutigen jungen Generation schriftlich durchlebt, von jedem Autor auf eine andere Art und Weise. Es ist eine frische Brise, die sich da erhoben hat, sehr angenehm in ihrer Wirkung, unberechenbar in ihrer Entwicklung. Neuerdings werden in Italien schon wieder Stimmen laut, die behaupten, die Zukunft gehöre der Dichtung . . .

PATRICIA ENGELHORN

Seelenaustausch: Peter Medaks Film „Men's Club"

Die redseligen Sieben

The Men's Club" ist tatsächlich ein Club für Männer. Für frustrierte Männer allerdings, die erste Erfahrungen mit Randphänomenen der Frauenemanzipation machen mußten. Nun wollen sie auch ihre Emanzipation haben. Sieben von der Sorte versammelt Peter Medak in seinem Film und läßt sie Erfahrungen austauschen. Es sind Leute, die sich ausdrücken können, Akademiker, leitende Angestellte, ein Therapeut natürlich und – zum Ausgleich für soviel intellektuelles Übergewicht – ein gealterter Baseballspieler.

Zu Beginn werden diese Männer in Szenen mit ihren Frauen, Geliebten oder anderen weiblichen Begleiterscheinungen vorgestellt. Hier wird eine Dame aufdringlich, dort verweigert sich eine Angetraute, eine andere macht sich stillschweigend samt Mobiliar aus dem Staub. Das sind alles nicht eben aufregende Szenen. Jede einzelne hätte gestrafft werden können. Aber wirklich schauderhaft wird es erst danach. Da treffen sich nämlich die Bedauernswerten und beginnen zu reden. Und sie reden und reden. Über ihre Erlebnisse mit Frauen natürlich. Sie geben nicht an. Das können sich Männer mit Grips nicht mehr leisten. Sondern sie strippen ein bißchen an der Seele herum. Sehr weit kommen sie dabei nicht.

Dialogfilme von vergleichbarer Bauart hat es in den letzten Jahren aus den USA immer wieder gegeben. Manchen von ihnen war Erfolg beschieden. Etwa dem „Breakfast Club" oder mehr noch Lawrence Kasdans „Großem Frust". Und zur Zeit macht in den Programmkinos eine dreiste Komödie Karriere, von deren Frechheit man dem „Men's Club" schon ein Quentchen gönnte: „Der Untergang des amerikanischen Imperiums." Dialogfilme müssen also nicht langweilig sein. Es gibt Meisterwerke von der Sorte, etwa Jacques Doillons „Die Frau, die weint". Drei Leute, zwei Schauplätze, eine Kamera. Auch im Mekka des Small talks wäre so etwas denkbar, und auf dem Albee-Boulevard ist ja auch schon manches geleistet worden. Hier findet nichts dergleichen statt.

Die mitspielenden Roy Scheider und Harvey Keitel irren auf der Talsohle ihrer Karriere umher. Dem Film liegt ein gleichnamiges Buch zugrunde. Geschrieben hat es ein Mann namens Leonard Michaels. Vielleicht liest es sich flott. Die Umarbeitung zum Drehbuch hat es aber nicht verkraftet. Manches, was ein Autor zwischen Anführungszeichen setzt, erweist ja seine Leblosigkeit erst, wenn es von lebendigen Personen gesprochen wird.

DIETMAR BITTRICH

Platte: Glucks „Iphigenie" und Hasses „Pyramus"

Sprechende Orchester

Zu welch enttäuschenden Resultaten es führen kann, allein auf große Namen zu setzen, hat vor drei Jahren Lamberto Gardellis Aufnahme von Glucks „Iphigénie en Tauride" gezeigt. Durch eine Aufnahme unter John Eliot Gardiner mit der Lyoner Oper und einer jüngeren Sängerriege wird die ältere Einspielung jetzt geradezu deklassiert (Philips 416148-1).

Diana Montague, deren Sopran gleich zu Beginn des ersten Akts beim Aufruhr der Elemente leidenschaftlich lodert, findet in einigen Airs ebenso anrührende Töne. John Aler singt hinreißend Pylades' Dithyrambus auf die Freundschaft. Superlative freilich sind vor allem für Thomas Allen angebracht, der mit seinem für alle Ausdrucksnuancen durchlässigen Bariton ein fesselndes Psychogramm des vom Fluch des Muttermordes getriebenen Orest gibt. Zum Mitakteur wird schließlich das so „sprechend" wie möglich musizierende Orchestre de l'Opéra de Lyon; während der wieder ganz exzellente Monteverdi Choir bei einigen Chören der Priesterinnen für Oasen eines geradezu schönheitstrunkenen Lyrismus sorgt.

Nur ganze elf Jahre vor der Pariser Uraufführung von Christoph Willibald Glucks „Iphigénie en Tauride" war Johann Adolph Hasses vorletzte Oper „Piramo e Tisbe" erstmals in Szene gegangen. Doch während Glucks späte Reformoper Geschichte machte, während sie bis tief ins 19. Jahrhundert hinein Goethes „Iphigenie" an Popularität den Rang ablief, hatte Hasse seinen eigenen Ruhm bereits überlebt. In Vergessenheit geriet so auch das „Intermezzo tragico", das bei einer Aufführung im Rahmen der Brühler Schloßkonzerte jetzt als erste komplette Hasse-Oper in die schwarzen Rillen gepreßt wurde (Schwann VMS 4527).

Doch seltsam: Dank flexibel gehandhabter traditioneller Formschemata hat die knapp zweistündige Oper sogar progressive Elemente. Für Hasse überraschend unkonventionell wird die Geschichte von Pyramus und Thisbe erzählt, die ihre über alle Familienzwänge triumphierende Liebe nach einem unseligen Mißverständnis mit dem Leben bezahlen. Mit gutem Grund sind in Helmut Müller-Brühls Aufnahme die Partien der beiden Protagonisten klanglich so homogen wie möglich besetzt. Daß das gelungen ist, ist dem schlanken, sehr klar zeichnenden Sopran von Barbara Schlick als Pyramus zu verdanken wie der ebenfalls ganz vorzüglichen Suzanne Gari als Thisbe.

HANS CHRISTOPH WORBS

Harmonie im Widerspruch: Bremen zeigt den Bildhauer Werner Stötzer

Gebrochenen Flügels himmelwärts

Etwas Tragikomisches aus geschichtlichen Zeiten" wollte er machen – ein gestürzter Engel ist es geworden. Dieser Engel steht nun neben vielen anderen Skulpturen von Werner Stötzer im Gerhard-Marcks-Haus in Bremen. Zum ersten Male zeigt ein westdeutsches Museum Arbeiten (60 Skulpturen und 30 Zeichnungen) dieses Künstlers aus der „DDR", der dort zu den bedeutendsten Bildhauern zählt.

Stürzender Engel: eine zum Himmel strebende und dennoch in sich ruhende Figur, schmal, mit überdimensionial langen Beinen und gebrochenen Flügeln. Werner Stötzer erzählt dazu die Geschichte des Engels Arcade in Anatole Frances Roman, die Geschichte jenes Engels, der mit anderen Abgefallenen den Aufstand gegen Gott plante – und es dann doch nicht wagte.

Diese trotz ihrer Plastizität ungewöhnlich zart wirkende Figur bildet nicht die einzige Engelskulptur, die Stötzer 1986 geschaffen hat. Eine zweite ist hier zu sehen: „Engel mit gebrochenen Flügeln", aus Marmor, einem „Abfallstück", gehauen. Wie überhaupt Fundstücke den Künstler herausfordern. So hat der zweite Engel ein Hohlkreuz. Dem flüchtigen Blick mag es erscheinen, als habe Stötzer diesem Torso eine klassische Form gegeben. Doch das Hohlkreuz bricht diese Form.

Stötzer vereinfacht, reduziert oder übersteigert. Die plastische Gesamtwirkung bleibt für ihn das entscheidende Kriterium, nicht die Naturnähe der Proportionen. Seine Ideen finde er beim Zeichnen, sagt der Bildhauer. Das gilt wohl auch für einen weiblichen Torso aus Sandstein, den er zwölf Jahre früher geschaffen hat. Brüste, Bauch und Hüftknochen sind in klaren, geometrischen Formen herausgearbeitet: komprimierte, plastische Massen.

Diese drei Skulpturen scheinen typisch für die Arbeiten von Werner Stötzer zu sein: die Verbindung von strukturierter, fragmentierter Form mit Amorphem, Unregelmäßigem und Urwüchsigem. Seine Figuren – meist weibliche Akte – sind selten harmonisiert: ihre Widersprüchlichkeit wird ihnen belassen. Damit formuliert der Künstler das Grundthema seiner Arbeiten: der Mensch in seiner zerrissenen Realität. Seine Trauer, sein Leiden, aber ebenso sein Sich-Behaupten und sein Widerstand gegen diese Realität – ein Thema auch in der „DDR".

Gelernt hat Stötzer bei Walter Arnold und Eugen Hoffmann und war Meisterschüler bei Gustav Seitz an der Akademie der Künste der „DDR" in Berlin. Seine Lehrer waren es auch, die ihm den Zugang zu Tradition und Gegenwart europäischer Bildhauerkunst wie zum Beispiel den Arbeiten von Aristide Maillol, Henri Matisse, Manolo und später Fritz Wotruba eröffneten.

Die Bremer Ausstellung umfaßt Arbeiten aus den Jahren 1958 bis 1986 und vermittelt einen guten Überblick über das Werk dieses Bildhauers, der, nach seinem Anliegen befragt, antwortet: „Ich mag Menschen, denen die bleibenden Eigenschaften der Menschheit, Liebe, Trauer, Helfen und Schützen, genügen, um sich Gedanken über ihr Leben zu machen; ich denke, eine Skulptur kann dazu einen Anstoß geben." (Bis 11. Jan., Kat. 20 Mark)

CHIRINE RUSCHIG



„Zigeuner von Marzahn" (1982) von Werner Stötzer FOTO KATALOG

JOURNAL

Irina Ratuschinskaja verläßt die Sowjetunion

dpa, Frankfurt

Die russische Dichterin Irina Ratuschinskaja wird nach vorzeitiger Haftentlassung mit ihrem Ehemann Igor Geraschtschenko die Sowjetunion verlassen und nach Großbritannien gehen. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt bekanntgab, hat die 32jährige Dichterin der Organisation gestern in einem Telefongespräch mitgeteilt, sie werde am Donnerstag von Moskau nach London fliegen. Irina Ratuschinskaja war am 10. Oktober vorzeitig aus der Haft entlassen worden, nachdem sie im März 1983 wegen ihrer Gedichte zu zwölf Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden war.

Film- und Theaterpläne von Werner Herzog

dpa/DW. Bogota

Der deutsche Filmregisseur Werner Herzog sucht gegenwärtig in Kolumbien Schauplätze für seinen neuen Film „Die grüne Kobra", dessen Dreharbeiten im März beginnen sollen. Hauptdarsteller soll wieder Klaus Kinski sein, der zusammen mit Claudia Cardinale auch in dem vorangegangenen Streifen „Fitzcarraldo" mitwirkte, den Herzog im Urwald Perus gedreht hat. Ähnlich wie „Fitzcarraldo" soll auch „Die grüne Kobra" das Schicksal eines weißen Abenteurers behandeln, der im Urwald Südamerikas schnellen Reichtum sucht. Er handelt jedoch nicht mit Kautschuk, sondern mit Sklaven. Im Anschluß an die Dreharbeiten wird Werner Herzog in Bayreuth mit den Proben zu Wagners „Lohengrin" beginnen, mit dem die nächsten Festspiele im Sommer eröffnet werden.

Auseinandersetzungen im Deutschen Theater

dpa, München

Das Rumoren hinter den Kulissen des Deutschen Theaters in München hört nicht auf. Auf seiner jüngsten Sitzung beschloß der Aufsichtsrat des städtischen Hauses Abmahnungen für die beiden Geschäftsführer Heiko Plapperer-Lüthgarth und Gino Askanasy, deren Verträge im Herbst 1987 auslaufen. Den Finanzchefs der Gastspielbühne mit dem Schwerpunkt leichterer Unterhaltung wird vom Aufsichtsrat vor allem Führungsschwäche angelastet. Der Aufsichtsrat, der sich damit zum wiederholten Male um Personal- und Wirtschaftsprobleme an der Spitze des kommunalen Theaters befassen mußte, entschied sich gegen eine Kündigung der Verträge und für die Abmahnung, arbeitsrechtlich eine Voraussetzung für eine vorzeitige Kündigung.

New Yorker Kritikerpreis für Woody-Allen-Film

dpa, New York

Woody Allens Komödie „Hannah and her Sisters" (Hannah und ihre Schwestern) ist vom New Yorker Filmkritiker-Kreis zum besten Film des Jahres 1986 gewählt worden. Allen wurde außerdem der erste Preis in der Sparte Regisseure und der zweite im Bereich Drehbuchautoren zuerkannt. Zum besten fremdsprachigen Film bestimmten die Kritiker die kanadisch-französische Komödie „The Decline of the American Empire" (Der Untergang des amerikanischen Imperiums). Im Bereich Dokumentarfilm erhält Maximilian Schell den Kritikerpreis für „Marlene", die Geschichte der Schauspielerin Marlene Dietrich.

„reutlinger drucke" stellen Erscheinen ein

dpa, Reutlingen

Nach 21 Jahren stellt die literarische Zeitschrift „reutlinger drucke" ihr Erscheinen ein. Herausgeber Richard Salis (55) gibt die in Pfullingen bei Reutlingen verlegte Vierteljahreszeitschrift aus gesundheitlichen Gründen mit der Dezemberausgabe auf. Die Zeitschrift, die Salis in einem Ein-Mann-Unternehmen herstellte, erschien als zwölfseitiges Faltblatt und trug als Signatur einen markanten Holzschnitt von HAP Grieshaber.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Er war eine zwiespältige Persönlichkeit, voll neuer Ideen, rücksichtslos und grausam bis zum Exzess, der sich nicht scheute, seine Untertanen foltern und oder sogar mit eigener Hand hinzurichten: Zar Peter der Große von Rußland (1672–1725). Der Franzose Henri Troyat hat eine neue Biographie über den Reformer und Despoten geschrieben. Der Zar war so sehr von seinen neuen Ideen besessen, daß er seinen eigenen Sohn zu Tode foltern ließ, als der Zarewitsch die eingeleiteten Reformen wieder rückgängig machen wollte. Es ist ein spannendes Buch, das einen faszinierenden Einblick in die russische Geschichte vermittelt. Bo.

Henri Troyat: „Peter der Große", Heyne, 396 S., 14,80 Mark.

Werden in Hessen Äpfel mit Birnen verglichen?

Untersuchung über Auswirkungen eines Tempolimits

RUDOLF ZEWELL, Bonn

Das erste Argument, das ins Spiel gebracht wurde, hieß Energieeinsparung. Es zog nicht. Das zweite hieß Schadstoffreduzierung. Auch dieses konnte nicht verfangen. Jetzt hat Hessens Wirtschaftsminister Steger (SPD) ein drittes Argument vorgebracht, um ein generelles Tempolimit auf Autobahnen einzuführen – und zwar durch die Hintertür.

Am Montag hatte Steger das Ergebnis eines Großversuchs vorgestellt (WELT vom 16. 12. 86): Im November 1984 waren auf drei südhessischen Autobahnabschnitten, der A 66 (Wiesbaden–Frankfurt), der A 661 (Offenbach–Egelsbach) jeweils Tempo 100, auf der A 5 (Darmstädter Kreuz–baden-württembergischen Grenze) Tempo 120 eingeführt worden. Ergebnis: ein deutlicher Rückgang der Unfallraten (bei Unfällen mit Toten und Schwerverletzten sogar um mehr als die Hälfte). Minister Steger kündigte an, er wolle bis Februar kommenden Jahres eine „Gesamtkonzeption" vorlegen, die die gewonnenen Erkenntnisse umsetzen werde. Klartext: In Hessen wird man sich auf weitere Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Autobahnen einstellen müssen.

Bundesverkehrsminister Dollinger sind die Hände gebunden, handelt es sich doch um kein „generelles Tempolimit", das in seine Kompetenz fiele, sondern um einzelne Schritte, die gesamt gesehen aber durchaus so etwas wie einen „generellen" Charakter annehmen könnten. Paragraph 45 der Straßenverkehrsordnung bietet den Ländern nämlich die Möglichkeit, für Strecken eine Beschränkung zu erlassen, die als besonders unfallträchtig gelten.

Ein Sprecher des Bundesverkehrsministeriums konnte gegenüber der WELT zur hessischen Studie nicht detailliert Stellung beziehen, da sie den Bundesbehörden noch nicht zugestellt worden ist. Eine Untersuchung der Bundesanstalt für Straßenwesen (zusammen mit dem Großversuch) aber habe ergeben, daß es „sehr, sehr schwer sei, in diesem Bereich eine präzise Aussage zu machen, vor allem was Unfälle mit Todesfolge betrifft". Die Temporeduzierung auf 100 km/h (Autobahnen) und 80 (Landstraßen) habe nach der Untersuchung der Bundesanstalt zu einer Verringerung der Unfallzahlen um 2,3 Prozent geführt. Man werde also prüfen müssen, ob in Hessen nicht „Äpfel mit Birnen verwechselt worden sind". Ein Vergleich sei nur bei derselben Verkehrsdichte und demselben Straßenzustand aussagekräftig. Die meisten schweren Unfälle auf Autobahnen (1985 gab es dabei 670 Tote) geschahen nur zum geringen Teil bei Geschwindigkeiten über 100 km/h, sondern vielmehr im Bereich darunter, bei Nebel, an Ein- und Ausfahrten sowie Baustellen.

Nach wie vor bleibt unbestritten: Autobahnen sind die sichersten Straßen. Auf ihnen rollt mehr als ein Viertel des Verkehrs, aber nur 4,3 Prozent der schweren Unfälle mit Verletzten oder Toten ereignen sich hier.

WETTER: Kalte Meeresluft

Lage: An der Südseite eines Tiefs bei Island fließt in Staffeln kalte Meeresluft nach Deutschland.

Vorhersage für Mittwoch: Wechselnd, vielfach stark bewölkt mit einzelnen Schauern, im Flachland mit Schnee und Graupel vermischt, im Bergland durchweg Schneeschauer. Tageshöchsttemperaturen um 4 Grad, nachts um null Grad, dabei von Westen aufkommender Schneeregen und Schneefälle. Verbreitet Straßenglätte. Frischer, im Norden starker und böiger Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Durchzug eines Niederschlagsgebietes mit ergiebigem Regen und Schneeregen, im Bergland weitere Schneefälle.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.23 Uhr*, Untergang: 16.14 Uhr; **Mondaufgang:** 17.42 Uhr, Untergang: 10.38 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 17. Dez., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

990 1000 1000 1010 980 970 1020 Haparanda Reykjavik 3 T -25 H 980 1020 990 Stockholm T 1000 1010 Hamburg Berlin 3 3 2 London 1020 2 Frankfurt Wien 1 1030 Paris 5 München 1 Dubrovnik 10 Nizza 6 6 Rom H Madrid 6 1030 1020 1010 12 Lissabon 15 Malaga 5 Palma 18 Tunis

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	3	R
Bielefeld	3	S
Braunlage	0	bw
Bremen	4	Rs
Dortmund	4	bw
Dresden	4	bw
Düsseldorf	4	Rs
Erfurt	4	bw
Essen	4	bw
Feldberg/S.	-3	S
Flensburg	5	bw
Frankfurt/M.	5	bd
Freiburg	4	R
Garmisch	4	he
Greifswald	2	Sr
Hamburg	3	R
Hannover	5	bw
Kahler Asten	-2	S
Kassel	4	bw
Kempten	4	he
Kiel	5	bw
Koblenz	3	bw
Köln-Bonn	6	bw
Konstanz	4	bw
Leipzig	5	bw
List/Sylt	7	bw
Lübeck	3	R
Mannheim	6	Rs
München	5	he
Münster	5	bw
Norderney	5	bd
Nürnberg	5	bw
Oberstdorf	3	he
Passau	3	bw
Saarbrücken	2	R
Stuttgart	5	bw
Trier	2	R
Zugspitze	-15	he

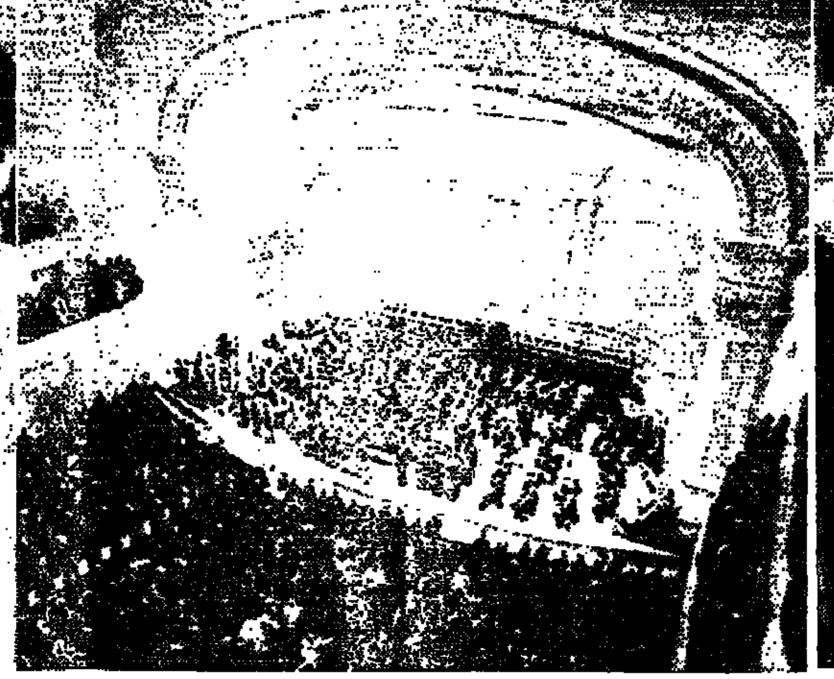
Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	15	bw
Amsterdam	6	bd
Athen	16	he
Barcelona	14	bw
Belgrad	3	R
Bordeaux	10	Rs
Bozen	4	he
Brüssel	4	he
Budapest	0	bd
Bukarest	5	bd
Casablanca	16	bd
Dublin	5	he
Dubrovnik	13	R
Edinburgh	5	he
Faro	16	he
Florenz	7	R
Genf	7	bw
Helsinki	-8	he
Hongkong	19	bw
Innsbruck	2	he
Istanbul	10	bw
Kairo	18	he
Klagenfurt	1	he
Konstanza	8	bw
Kopenhagen	5	bd
Korfu	16	bd
Las Palmas	20	bw
Leningrad	-25	wl
Lissabon	13	he
Locarno	4	bw
London	7	he
Los Angeles	15	bw
Luxemburg	1	bw
Madrid	10	bw
Mailand	-1	Ne
Malaga	19	he
Mallorca	17	bw
Moskau	-23	wl
Neapel	15	bw
New York	3	bw
Nizza	15	he
Oslo	0	S
Ostende	6	he
Palermo	15	bw
Paris	7	he
Peking	0	bd
Prag	5	he
Rhodos	19	he
Rom	12	bw
Salzburg	5	he
Singapur	30	bw
Split	13	bd
Stockholm	-1	bd
Straßburg	4	bw
Tel Aviv	19	he
Tokio	13	he
Tunis	15	he
Valencia	18	he
Varna	15	bw
Venedig	4	bw
Warschau	0	S
Wien	0	bw
Zürich	6	bw

bd = bedeckt, bw = bewölkt; Gr = Graupel, Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe



James Wolfensohn (l.), Carnegie-Verwaltungsdirektor, begrüßt den berühmten Geiger Isaac Stern



Eine Bürgerinitiative verhinderte den Abriß der Carnegie Hall. 50 Millionen Mark ließ sich New York die Restaurierung der traditionsreichsten Konzerthalle Amerikas kosten.



Auch Larry Hagmann (alias J. R.) und Gattin ließen sich die Gala-Vorstellung nicht entgehen.

Die Carnegie Hall erstrahlt im alten Glanz

SAD/F. NEWEL, New York

New Yorks altehrwürdige Carnegie-Hall, seit 95 Jahren Amerikas bedeutendster Konzertsaal, ist am Montag abend nach siebenmonatiger Renovierung mit einer Gala-Veranstaltung wiedereröffnet worden. Der Konzertsaal, dessen Akustik schon Tschaikowsky und viele Jahre später die Beatles begeisterte, wurde bei dem 50 Millionen Dollar teuren Umbau so renoviert, daß sein Interieur wieder in altem Glanz erstrahlt. Wie im Eröffnungsjahr 1891 ist auch der elegante Bogen über dem Proszenium wieder zu sehen, der sich seit 1946 hinter Vorhängen und Holztäfelung verstecken mußte.

Völlig umgestaltet wurde das Foyer. Neu sind Aufzüge und Bestuhlung, und natürlich wurde auch bei den 2812 neuen Sitzen an die Akustik gedacht: In die Sitzflächen wurden kleine Löcher gebohrt, nach Vorschlag der Klangexperten. Bei dem Gala-Konzert wurde ein dreistündiges Potpourri klassischer und volkstümlicher Musik gespielt. Stars des Abends waren unter anderen Zubin Mehta, Frank Sinatra, Isaac Stern, Yo-Yo Ma, Marylin Horne und der Pianist Wladimir Horowitz, dessen Auftritt eine Überraschung war. Die Gala-Gäste mußten zwischen 50 und 500 Dollar berappen. Für 1000 Dollar, umgerechnet 2000 Mark, durfte man an einem Champagner-Empfang „danach" teilnehmen.

Andrew Carnegie, der Stifter dieses renommierten Konzerthauses, genoß unter schottischen Landsleuten seiner Zeit den wenig schmeichelhaften Ruf, großkotzig und überheblich zu sein, denn aus ihrer Sicht pflegte der Stahlmagnat einen ausgeprägten Hang zu protzigen Extravaganzen. Dabei gab der Multimillionär lediglich ein bißchen mehr Geld aus, als Schotten gemeinhin lieb ist.

Als armer Einwanderer mit Stahlgeschäften zu einem der reichsten Männer Amerikas geworden, tauschte Carnegie seinen sparsamen Schottenrock gegen ein paar übergroße Spendierhosen aus und finanzierte so ziemlich alles, was ihm Ruhm und Ehre versprach. Unter anderem finanzierte er mit seinen Millionen im ganzen Land über zweieinhalbtausend öffentliche Büchereien, gründete in Pittsburgh eine Technische Hochschule und spendierte den Künsten eine Stiftung in Washington.

Den Höhepunkt seines Philanthropen-Lebens genoß Carnegie am 5. Mai 1891, als im Herzen Manhattans sein monumentaler Konzert-Tempel eröffnet und er überschwenglich gefeiert wurde. Peter Tschaikowsky gab an diesem Abend sein US-Debüt, was den hemdsärmeligen Schotten indes wenig zu beeindrucken schien. Nach dem anhaltenden Applaus für seine Spende schlief er zufrieden ein – als eingefleischter Dudelsack-Liebhaber langweilte ihn klassische Musik.

Diesen Fehltritt vor New Yorks versammelter High Society konnte sich der eigenwillige Industrielle leisten. Seine mächtige und prächtige Konzerthalle galt nämlich vom ersten Tag an als „musikalisches Schatzkästchen", denn Baumeister Burnet Tuthill hatte den fast 4000 Quadratmeter großen Saal bereits so entworfen, „daß Carnegies Werk ein fester Platz in der Kultur-Geschichte garantiert war", wie die Chronik festhält. An Geschichte mangelt es der Carnegie Hall fürwahr nicht. Dank einer hervorragenden Akustik, die noch heute Architekten wie Künstler nachhaltig beeindruckt, stieg sie schnell zum „Mekka der Musik" auf.

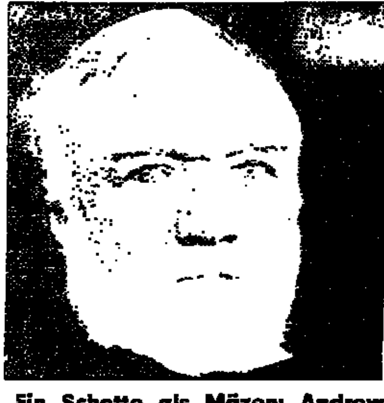
Respekt gebührt seither jedem, der vor den gewaltigen, fast anderthalb Tonnen schweren Samtvorhang treten darf. Und dies ist nur jenen Virtuosen vergönnt, die den Gipfel ihres künstlerischen Schaffens erreicht haben und mit einem Auftritt in der Carnegie Hall geadelt werden. Weil nur schwer zu erklimmen, wird sie oft auch „Mount Everest der Konzerthäuser" genannt.

Lang ist die Liste mit berühmten Namen, die dem Konzertsaal an der siebten Avenue, Ecke 57. Straße zu diesem Nimbus verholfen haben: Sergej Rachmaninow, Arturo Toscanini, Enrico Caruso, David Horowitz, die Callas, Benny Goodman, Judy Garland, Pablo Casals, Leonard Bernstein, Herbert von Karajan, Frank Sinatra, Ella Fitzgerald, Dietrich Fischer-Dieskau und die Beatles gehören unter anderen dazu.

Das Ende des traditionsreichen Hauses drohte, als die New Yorker Philharmoniker ihr Stammhaus aufgaben und ins modernere Lincoln Center flüchteten. Zu dieser Zeit kreisten bereits New Yorks Immobilienhaie wie Aasgeier über dem Gebäude, das sie abreißen und durch einen 44stöckigen, Lippenstift-roten Wolkenkratzer ersetzen wollten.

Diese „städtebauliche Schande", wie eine Bürgerinitiative mit engagierter Beteiligung namhafter Stars das Projekt verärgert nannte, blieb der Millionen-Metropole schließlich doch erspart – die Stadt übernahm das Gebäude, stellte es unter Denkmalschutz und beschloß eine Millionen-Renovierung. Vor sieben Jahren, als wieder Geld in der Kasse klingelte, kramte man die alten Pläne hervor und beauftragte das Institut für Architektur an der Columbia Universität mit den Umbauarbeiten.

Dank der Original-Pläne, die zufällig in einem versteckten Keller zum Vorschein kamen, konnte Architekt James Steward Polshek die Wünsche seiner Auftraggeber zu 95 Prozent erfüllen. Dabei sprengte er allerdings gewaltig den Kostenrahmen: Statt der ursprünglich kalkulierten 20 Millionen gab er 50 Millionen Dollar aus. Nach Abschluß der Restaurierung bescheinigen ihm jetzt Experten und Laien, ein wahres Meisterwerk geschaffen zu haben.



Ein Schotte als Mäzen: Andrew Carnegie FOTOS: AP (3), DPA

Lottokönig als Bettelmann: Nein, ich bereue nichts

E. REVERMANN, Papenburg

In einer Nacht schenkte er einer Bardame bei Wilhelmshaven ein Haus. An seinem Hotel in Jever brachte er das Schild an: „Wegen Reichtum geschlossen". Auf der Reeperbahn ließ er an einem Abend für 25 000 Mark die Puppen tanzen. Vor genau 30 Jahren, als Walter Knoblauch eine halbe Million und dann noch einmal etwa 300 000 Mark im Lotto gewonnen hatte, ist er einmal im Leben wer gewesen. Nur eineinhalb Jahre lang dauerte sein Leben in Saus und Braus. Jetzt zum denkwürdigen „Jubiläum" am 16. Dezember bleibt dem damals gefeierten „Lottokönig von Wittmund" nur eine wehmütige Erinnerung.

In einer armseligen Wohnung hockt der heute 76jährige mit Zipfelmütze und Rauschebart im Rollstuhl, nach einem Schlaganfall Anfang Dezember halbseitig gelähmt. Eine Feier zum Lotto-Jubiläum gibt es nicht. Dazu reichen die 780 Mark Sozialhilfe, 290 Mark Pflegekosten, 165 Mark Weihnachtsbeihilfe und 600 Mark Kohlegeld nicht. Aber Walter und seine Frau Elisabeth sind trotzdem glücklich – oder erst recht?

In Norddeutschland, Nordrhein-Westfalen und Hessen kannte man den damaligen Feuerschlucker aus einem Berliner Zirkus – per Fahrrad fuhr er in der Nachkriegszeit mit Bauchladen durch die Gegend, verkaufte Schnürsenkel und Schmierseife an der Haustür. Bis am 16. Dezember 1956 in der Wittmunder Kneipe „Zur Börse", wo sein Wohnwagen mit Pferd stand, das Lottoglück zuschlug: Ein Weihnachtsgeschenk von einer halben Million Mark – für damalige Verhältnisse eine Summe, die heute mehreren Millionen Mark entsprechen würde. Und als bald darauf noch zweimal „mittlere Treffer" von zusammen fast 300 000 Mark hinzukamen, war Walter nicht mehr zu halten: Eine Villa, ein Landhaus, fünf Autos der Nobelklasse mit Chauffeur, 40 Maßanzüge auf einen Schlag – die Geschäftsleute nicht nur im ostfriesischen Wittmund konnten sich die Hände reiben.

Als Walter am 15. Januar 1957 heiratete, gab es in Wittmund eine 150 000 Mark teuere Prunkhochzeit. Damalige Repräsentanten von Stadt- und Bankdirektoren schauen heute etwas betroffen, wenn vergilbte Fotos sie artig gratulierend bei „Majestät Lottokönig" dokumentieren. Damals durfte der Mann, der ein Niemand gewesen war, auch in den Schützenverein als Mitglied aufgenommen werden, aber erst, als etwa 80 000 Mark, wie er heute sagt, für Gewehre und „sonstiges" hingeblättert waren.

„Da haste auf einmal Freunde!", weiß Walter Knoblauch heute und fügt gleich hinzu: „Richtige Saukerle waren das!" Was wollte er auch von einem Vertreter, der ihm einen Karton Klopapier versprach, in Wirklichkeit aber einen ganzen Waggon anfahren ließ? Der Bardame, der er im Separée das Haus und dazu noch ein Auto schenkte, trauerte er nur kurz nach. Wenn Walter mal wieder auf der Reeperbahn in Hamburg mit Geld nur so um sich warf, weiß sich noch heute ein Taxifahrer „an unseren lieben Walter" zu erinnern: „Als er nach einer fürchterlich wilden Nacht in einem Imbiß endlich eine Hühnersuppe bekam, meinte er überglücklich: ‚Diese Suppe, das war das Schönste von ganz Hamburg.'"



Walter Knoblauch mit Frau. Vor 30 Jahren machte er Schlagzeilen. FOTO: REVERMANN

Wenn er im Münsterland oder in Schleswig-Holstein „auf Tour" war, dann bekam die Polizei Arbeit: Besorgte Wirte mutmaßten einen spendablen Bankräuber, bis das Revier in Wittmund per Telefon nachts wissen ließ: „Keine Bange, unser Walter ist wirklich ein Lottokönig …" Das Geld, das für ihn zum Verjubeln da war, ist längst weg. Wie viele Schulden er heute hat – genau weiß er's nicht. Glücklich oder unglücklich?

„Alles auf den Kopp hauen und in den Sand setzen" würde er wohl nicht noch einmal. Aber unglücklich ist er wirklich nicht. „Wenn du da oben ankommst, dann brauchste auch nichts." Und wenn Walter, der auch heute noch seine Post mit „Lottokönig" unterschreibt, wirklich bei seinem immer noch regelmäßigen Lottotip noch einmal vom Glück getroffen werden sollte, dann will er nur eines: „So ein klein bißchen auf die Kante legen für die letzten Tage. Vielleicht einmal eine Kur – aber auf den Putz hauen, das täte ich trotzdem noch. Bereuen, nein, nie und nimmer."

Startschuß für das Kartentelefon

DW. Bremen

Dem alten Münzfernsprecher ist Konkurrenz erwachsen. Beim neuen Abrechnungsverfahren, zu dem Postminister Christian Schwarz-Schilling gestern in Bremen den Startschuß gab, genügt eine Buchungskarte der Bundespost. Für die neue Art zu telefonieren stellte die Post 200 öffentliche Kartentelefone (Foto) in 16 Großstädten an Bahnhöfen, Flugplätzen und im Innenstadtbereich auf. Anfang nächsten Jahres sollen weitere 200 Geräte im Großraum Stuttgart hinzukommen. Bundesweit sollen sie 1988 eingeführt werden. Gespräche über die Buchungskarte werden mit der monatlichen Telefonrechnung beglichen. Die Post zieht 23 Pfennig pro Einheit sowie eine monatliche Grundgebühr von fünf Mark pro Karte ein. Die neuen Telefone können aber auch mit Telefonkarten benutzt werden, die es für zwölf Mark mit 40 Einheiten und für 50 Mark mit 200 Einheiten zu kaufen gibt.

Schäfer-Notstand

dpa, Belgrad

Für die in der Nähe der südjugoslawischen Stadt Pirot erbauten Schafsfarmen mit mehreren tausend Tieren finden sich keine Schäfer. Selbst die großzügige Ausstattung der Arbeitsplätze mit Radios, Fernsehern und Telefonen konnte kein größeres Interesse wecken. Auch der Verdienst und die „Sozialleistungen" sind für jugoslawische Verhältnisse mehr als vorbildlich: Geboten wird ein Durchschnittsgehalt, eine Werkswohnung und kostenlose Verpflegung.

Fehler des Piloten

dpa, Berlin

Der Absturz einer sowjetischen Verkehrsmaschine in der Nähe des „DDR"-Flughafens Schönefeld, bei dem am Freitag 70 Menschen ums Leben kamen, ist auf einen Fehler des Piloten zurückzuführen. Wie die amtliche Nachrichtenagentur ADN meldete, hat der Pilot die „Regeln des Landeanflugs" verletzt. Einzelheiten wurden nicht mitgeteilt. Die Untersuchung durch eine Regierungskommission der „DDR" hat ergeben, daß die Maschine vom Typ Tupolew 134 in „technisch einwandfreiem Zustand war". Der Flughafen sei zur Zeit des Unglücks voll einsatzfähig gewesen, und die Flugleitung habe „exakt nach den internationalen Regeln für die Durchführung von Landungen" gehandelt.

ZU GUTER LETZT

Sechs Jahre hatte ihm seine Frau nur Müsli vorgesetzt, dann hatte der australische Anwalt Robert Lindsey es satt. Als sie ihm zum Frühstück Möhrensaft und zum Mittagessen gar nichts mehr vorsetzte, wurde er handgreiflich und fand sich vor Gericht wieder. Dieses zeigte Verständnis für die seelische Verfassung des Beklagten und sah von einer Strafe ab.

